

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnement-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,50 RM, monatlich 1,10 RM, wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Beraternungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (sechsgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengedächte und Schlußstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 23. September 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

An unsere Leser!

Mehr und mehr wird die tägliche Zeitung zum Hauptmittel, das dem heutigen modernen Menschen sein Wissen, seine Kenntnis der gesellschaftlichen Zustände beschafft. In dem Hasten und Jagen des kapitalistischen Erwerbs- und Konkurrenztreibens verliert er immer mehr die Zeit, Ruhe und Spannkraft, viele Bücher zu studieren. Jeder Tag bringt ihm eine solche Fülle neuer und verschiedenartiger Eindrücke, daß er nur noch liest, was kurz und aktuell ist, was ihn in knapper Fassung über das ihn umgebende soziale Getriebe informiert.

In Anbetracht dieser stetig steigenden Bedeutung der politischen Tagespresse ist es um so nötiger, daß die Organisationen wie die einzelnen Mitglieder unserer Partei alles aufbieten,

die sozialdemokratische Presse

zu unterstützen und unablässig für ihre Verbreitung zu sorgen. Jeder neue Abonnent, der gewonnen wird, bedeutet eine Verstärkung der sozialdemokratischen Reihen, eine Schwächung der Widerstandskraft unserer Gegner. Wir richten deshalb an alle bisherigen Leser unseres Blattes, die sich den ungehörten Fortbezug des „Vorwärts“ sichern wollen, nicht nur die dringende Mahnung, ohne Verzug ihr

Abonnement zu erneuern,

sondern auch im Kreise ihrer Freunde und Bekannten, in der Werkstatt und Fabrik wie im Bureau, neue Abonnenten für den „Vorwärts“ zu werben. Noch immer zählt die sogenannte „unparteiliche“, tatsächlich aber trotz aller scheinbaren Arbeiterfreundlichkeit lediglich die Interessen der Unternehmerschaft vertretende Presse in der Arbeiterklasse gar manche Leser. Diese Leser gilt es vor allem heranzuziehen, sie zur Abbestellung des bisher von ihnen gelesenen Blattes und zum Abonnement auf den „Vorwärts“ zu bewegen — und sie damit einzureihen in die Stabes der sozialdemokratischen Arbeiterarmee, damit sie nicht mehr bei politischen und gewerkschaftlichen Kämpfen ihren Arbeitsgenossen in den Rücken fallen und zu getäuschten, unfreiwilligen Verrätern an ihrem eigenen Lebensinteresse werden.

Werbung neuer „Vorwärts“-Abonnenten.

In fast allen Volksschichten gärt's und brodel't. Die Trostlosigkeit unserer politischen Zustände, das schwere Bleigewicht feudaler Herrschaft, das trotz seiner schnell zunehmenden Industrialisierung das neue Deutsche Reich preussischer Nation mit sich schleppt, die riesig steigende Last eines auf die Spitze getriebenen Militarismus und einer Welt- und Flottenpolitik, die für fast werlose Kolonialgebiete immer neue, größere Opfer an Blut und Geld fordert; dazu eine Wirtschaft- und Steuerpolitik, die nicht nur den ärmeren Volksschichten die notwendigsten Lebens- und Genußmittel maßlos verteuert, sondern den Großagrariern obendrein auf Volkskosten

enorme Staatsunterstützungen

an Liebesgaben, Zollprozenten, Ausfuhrprämien usw. gewährt: alle diese Schönheiten des preussisch-deutschen Regierungssystems haben, wie die letzten Reichstagsverhandlungen beweisen, selbst in bürgerlichen Kreisen eine derartige hochgradige Unzufriedenheit und Verbitterung hervorgerufen, daß sich einer energischen Agitation für die sozialdemokratische Presse ein ganz prächtiges Werbefeld bietet. Diese günstige Gelegenheit muß nach Kräften ausgenutzt werden!

Wie bisher, wird auch ferner der

„Vorwärts“

bemüht sein, in dem Kampf der unterdrückten Volksschichten gegen den Kapitalismus seine Pflicht zu tun: die politische Lage zu kennzeichnen, über die wichtigsten Vorgänge auf sozialem Gebiet kritisch zu referieren, die Stellung der Gegner aufzudecken, ihre Schwachzüge und Ausschüchte darzulegen und die Schwäche ihrer Beweisführung zu enthüllen. Vornehmlich wird dem immer größere Bedeutung gewinnenden

Kampf auf gewerkschaftlichem Gebiet

die volle Aufmerksamkeit des „Vorwärts“ gewidmet sein. Daneben wird unser Unterhaltungsblatt, der aus dem täglichen

„Kleinen Feuilleton“ und „Unterhaltungsblatt“ sowie der reichillustrierten Wochenbeilage

„Die Neue Welt“

besteht, fortlaufende Berichte bringen über alle wichtigen Vorgänge auf den Gebieten der Wissenschaft, Literatur, Kunst, Technik, Theater, Musik usw., sowie ferner sorgfältig ausgewählte Romane, Novellen und Skizzen.

Klare Entscheidung.

Magdeburg, 22. September.

Die bürgerliche Presse ist also trotz unseres Optimismus, will sagen unseres Vertrauens auf das politische Taft- und Pflichtgefühl des revisionistischen Teils unserer süddeutschen Genossen, nicht um die heißersehnte Sensation gekommen. Dank der bedauerlichen Rücksichtslosigkeit dieser Genossen kam es zu Vorgängen, die bis jetzt noch kein deutscher Parteitag erlebt hat und hoffentlich auch nicht wieder erleben wird. Der extreme Flügel der Budgetbewilliger, der durch seine Provokationen die Mehrheit selbst gezwungen hatte, aus der beabsichtigten und unzweideutig bedeuteten Zurückhaltung herauszutreten, verließ, als der geschäftsordnungsmäßige Verlauf der durch ihn doch erst provozierten erneuten Verhandlung nicht nach seinem Belieben ausfiel, einfach den Parteitag mit der Erklärung, daß er an der ferneren Verhandlung nicht mehr teilnehmen wolle! Doch der Parteitag kniete vor dieser erneuten Provokation keineswegs zusammen, sondern brachte mit der Entschlossenheit, die als Antwort auf eine solche Herausforderung einzig am Plage war, die Verhandlungen trotz der vorgeschrittenen Zeit zu Ende. Trotz des Erobus der Unentwegten des Revisionismus, trotz des Fehlens einer Anzahl von Genossen, die für diesen Abend als Versammlungsredner verpflichtet waren, wie z. B. der Genossen Antrid, Liebknecht und Zubeil, wurde nach 11 Uhr abends mit 228 gegen 64 Stimmen beschlossen, die Deklaration des Parteivorstandes, wonach ein erneuter Verstoß gegen den erneut bestätigten Beschluß des Nürnberger Parteitages als hinreichender Grund zum Ausschluß aus der Partei zu betrachten sei, zum Parteitagsschluß zu erheben.

Damit war das geschehen, was der Zusatzantrag Zubeil ursprünglich beabsichtigte, wovon aber die Parteitagsmehrheit, die ihn unterstützte hatte, weniger aus parteigenösslicher Rücksichtnahme auf die formalen Einwendungen, als auf die Empfindungen der Minderheit in unbegrenzter Rücksicht verzichtet hatte.

Man vergegenwärtige sich nur die Situation. Im ganzen Lande hatte man gefordert, daß endlich den größten Verstößen gegen die Parteibeschlüsse durch eine Radikatur ein Ende gemacht werde. Dem Empfinden der Masse der Genossen hätte es entsprochen, wenn über die des wiederholten bewußten Disziplinbruchs Schuldigen ohne weiteres die gebührende Sühne verhängt worden wäre, da doch viel geringfügigere, viel entschuldbarere Verstöße „gewöhnlicher“ Parteigenossen in Hunderten und Tausenden von Fällen mit dem Ausschluß aus der Partei geahndet worden sind! Aber die Mehrheit glaubte im Interesse der Parteeinheit und des so dringend gebotenen gemeinsamen Kampfes wider die Gegner auf jede solche Maßregel verzichten zu sollen. Sie begnügte sich mit der denkbar mildesten, veröhnlichsten Forderung. Damit, daß in der neuen Resolution ausgesprochen werde, daß künftig jeder derartige Verstoß gegen die zum vierten Male von einem Parteitag beschlossenen Richtlinien das Ausschlußverfahren nach sich ziehen werde. Ja sogar von dieser bescheidenen Forderung ließ die Mehrheit sich noch abmarkten. Sie verzichtete aus Rücksicht auf die sadenscheinigen, formalen Bedenken und auf das in Parteifragen so überaus zart besattete Gemüt der Minderheit sogar darauf, daß diese Meinungsbekundung zum Bestandteil der Resolution gemacht wurde, und erklärte ausdrücklich, daß sie sich mit einer Deklaration des Sinnes der Resolution durch den Antragssteller, den Parteivorstand, zufrieden geben werde!

Wie aber wurde diese Zurückhaltung, diese — fast möchten wir sagen — sträfliche Rücksicht der Mehrheit gelohnt? Durch demagogische Angriffe in der Schlußrede Franks, durch die geradezu unbegreifliche Erklärung Franks, daß die Budgetbewilliger ihr fernerer Verhalten nicht von dem Ultimatum des Parteitages, sondern von den Verhältnissen abhängig machen würden. Das war eine unumwundene Kriegserklärung an die Partei und ihre Beschlüsse, die gar keine andere Antwort zuließ, als sie dann der Parteitag tatsächlich gegeben.

Sonderbarerweise fanden sich dennoch am Mittwochabend Genossen, die das Vorgehen Franks und seiner Anhänger verteidigen zu sollen glaubten. Sie debuzierten, daß Franks Erklärung mißverstanden worden sei, daß sie nur den Zweck gehabt habe, sich den bürgerlichen Parteien gegenüber nichts zu vergeben, die sie sonst als die Gefangenen des Parteitages verspotten würden. Eine rätselhafte Anschauung! Dem Parteitag darf man in die Zähne hinein trogen! Ihm darf man jede demo-

kratische Kompetenz, jede Urteilsfähigkeit absprechen. Aber den urakten, abgeschmackten, selbst von wirklich demokratischer Seite als albern gebrandmarkten Redensarten der Gegner will man sich nicht preisgeben! Man will nicht zugeben, daß in der Sozialdemokratie die Vertretung der Masse zu entscheiden hat, nicht die erhabene Selbstherrlichkeit etlicher Parlamentarier oder sonstiger Funktionäre. Mit Recht erklärte es diesen schnurrigen Beschönigungsversuchen gegenüber Genosse Hoch als demokratische und erst recht sozialdemokratische Auffassung, daß die Ausübung des Volkswillens nicht eine Erniedrigung, sondern eine Tugend und eine Ehre sei! Unglaublich nur, daß die Feststellungen solcher Axiome, die vom Wesen jeder Demokratie untrennbar sind, auf einem sozialdemokratischen Parteitage überhaupt notwendig wurden!

Und noch eins: die Erklärung Franks war eine vom Jaune gehrochene Provokation. Konnten die Budgetbewilliger nicht parteigenössliches, sozialdemokratisches Pflichtgefühl genug aufbringen, ihr Einverständnis mit dem Parteitagsschluß zu erklären, so hatten sie wenigstens die Pflicht, zu schweigen, den Parteitag nicht zu verhöhnern! Die Partei hätte dann ruhig die kommenden Dinge abgewartet. Aber Frank schwieg nicht nur nicht, sondern erklärte mit dürren Worten, die trotz der abenteuerlichsten Interpretationsversuche keines Doppelsinnes fähig sind, daß der erneute Parteitagsschluß das Verhalten der Fraktionen zur Budgetfrage nicht entscheidend bestimmen werde!

Da blieb denn dem Parteitag nichts anderes übrig, als unmittelbar im Anschluß an solche Provokationen seinen Willen nunmehr ganz unzweideutig zu manifestieren. Und daß das in so imposanter Weise geschehen ist, sollte allen denen, die bisher der unerlöschlichen Languor der Parteimehrheit alles bieten zu können glaubten, eine heilsame Lehre sein!

Natürlich wird der Revisionismus jetzt verkünden, daß er „bergewaltigt“ worden sei. Ach nein, der Mehrheit lag von Anfang an jedes schroffe Vorgehen fern. Aber sie hatte es satt, sich selbst noch länger bergewaltigen und verhöhnern zu lassen! Oder entspräche es etwa den Grundsätzen der Demokratie, daß sich die große Mehrheit von der Minderheit fortgesetzten Bruch von Parteitagsschläßen gefallen lassen soll, die diese Mehrheit aus festester, heiligster Ueberzeugung heraus für unbedingt innezuhaltende Richtlinien hält? Oder soll etwa die Bergewaltigkeit darin liegen, daß der Parteitag trotz aller Spiegelschereien der Minderheit darauf bestand, noch gestern abend die Sache zur Entscheidung zu bringen? Man hat zu behaupten gewagt, den badischen Genossen habe es an Zeit gefehlt, zu dem letzten Antrag der Mehrheit Stellung zu nehmen. Nun: erstens bedeutete dieser Antrag in seinem Wesen absolut nichts anderes, als was dem Sinne nach der erste Antrag Zubeils bezweckte, der doch zwei Tage lang zur Debatte stand. Und zweitens bot die namentliche Abstimmung den badischen Genossen mehr als eine Stunde Zeit, um sich über eine Erklärung schlüssig zu werden. Daß es aber die badischen Genossen und ihre Freunde bei der nackten Wiederholung der provokatorischen Erklärung Franks bewenden ließen, zwang den Parteitag, aus Gründen der Selbstachtung und wirklichen Parteiinteresses auf sofortige Entscheidung zu dringen. Oder hätte am Ende gar der letzte rückwärtslose Pressionsversuch der Badener, ihr Verlassen der Tagung, die Genossen zu einer Nachgiebigkeit veranlassen sollen, die doch bisher so arg mißbraucht worden war?!

Und dann: Was hat denn der Parteitag beschlossen? Nichts als die selbstverständliche, angesichts des wiederholten Disziplinbruchs gar nicht zu vermeidende Erklärung, daß abermalige Verstöße die im Organisationsstatut vorgezeichneten Konsequenzen nach sich ziehen würden. Daß diese Erklärung zum Beschluß erhoben werden mußte, haben die badischen Genossen aber einzig und allein sich selbst und ihrer Provokation durch Franks unglückselige Erklärung zuzuschreiben. Aber trotzdem: wenn die Genossen der Minderheit nur gewillt sind, den Nürnberger Beschluß zu respektieren, wozu dann die Entrüstung über den „Galgen“?

Endlich: man macht so großes Geschrei davon, daß die Budgetbewilliger nunmehr als die Opfer des Parteitagsschlusses dem Spott und Hohn der Gegner preisgegeben wären, daß sie nun nicht mehr als freie mündige Männer selbst entscheiden dürften. Nun, den Spott wird jeder vernünftige Genosse mit aller Gelassenheit zu ertragen vermögen! Als ob es zudem bis zum heutigen Augenblick den Gegnern so gänzlich unbekannt gewesen wäre, daß die Sozialdemokratie ihrem Namen und ihren Prinzipien gemäß allerdings fordert, daß sich jeder einzelne selbst im Falle einer differenzierenden Auffassung dem Mehrheitsbeschluß unterordnet! Und als ob nicht jede Partei Disziplin forderte,

als ob nicht selbst die Nationalliberalen darauf hielten! Was aber das Gerücht anlangt, der Parteitag habe innerlich den Gegnern diese Waffen gegen die eigenen Parteigenossen geliefert, so braucht demgegenüber nur auf das unerschöpfliche Arsenal verwiesen zu werden, das unsere Revisionisten den schmunzelnden Gegnern gefüllt haben und täglich emsig bereichern!

Bei ruhiger Ueberlegung werden sich also unsere badischen Genossen sagen müssen, daß sie sich ganz ohne Grund aufgeregt haben. Und wenn sie auch nur den zehnten Teil der Friedensliebe und Nachgiebigkeit beweisen wollen, die die Mehrheit so lange bekundet, so werden sie jetzt wenigstens jeden weiteren Eklat vermeiden und sich mit der Parteimehrheit dem zuwenden, was uns so bitter Rot tut: dem Kampf gegen den Feind!

Der parlamentarische Bericht vor dem Parteitag.

Magdeburg, 22. September.

Die Idee, die gestern Abend durch den Auszug der badischen Gruppe entstanden war, ist heute Morgen wieder ausgefallen. Ueberhaupt verrät nichts mehr den heftigen Meinungsstreit, der gestern entbrannt war. Gegner und Anhänger der Budgetbewilligung sprachen auch heute, aber diesmal in einmütiger Geschlossenheit gegen den gemeinsamen Feind. So wird es hoffentlich bald wieder draußen im Lande sein, sobald erst die unvermeidliche Aussprache über die Ergebnisse des Parteitages vorüber sein wird.

Zur Verhandlung stand heute der Bericht über die parlamentarische Tätigkeit, den Roske in gedrängter Form und mit scharfer Kennzeichnung der reaktionären Zustände im Reich erstattete. Das Plakat des Bülow-Blocks, die öde Talent- und Charakterlosigkeit der neuen Regierungsspitze, die Nichtswürdigkeiten der Finanzreform des Schnapsblocks, kurz das ganze Elend des letzten Jahres fand in Roskes Rede die gebührende Würdigung. Mit einer kräftigen Antwort auf die Proklamation des Gottesgnadentums und einem Ausblick auf die kommenden Reichstagswahlen schloß der Referent unter starkem Beifall seine wuchtigen Anklagen.

Die Diskussion ergab interessante Ergänzungen und Anregungen. Dann trat bereits um 11 Uhr die Vertagung des Parteitages auf Freitag ein. Der Rest des Tages ist dem Ausflug nach Thale gewidmet. Hoffentlich hält sich das Wetter, ist doch den Delegierten nach der geistigen Strapazie der Dauerstimmung eine Erholung in der frischen Gebirgsluft des Harzes von Herzen zu gönnen.

Zur Stichwahl in Frankfurt-Lebus.

Aus Kottbus wird uns geschrieben:

Als es am 15. September, dem Wahltag für Frankfurt-Lebus, zur mitternächtigen Stunde ging, ereignete sich ein kleines Satyrspiel. Freund und Feind hatten nach den eingelaufenen Hauptwahlergebnissen einen Sieg für unseren Genossen Haber herausgerechnet und mit großen Lichtbilderbuchstaben verkündete sogar die nationalliberale Frankfurter „Oder-Zeitung“, daß der Sozialdemokrat Haber mit einer Mehrheit von 1500 Stimmen den Wahlkreis erobert habe. Herr Dr. Winter, der nationalliberal-antifemilich-konservativ-freimütige Kandidat, legte sich vor Schreck ins Bett und tat es jenem nationalliberalen Abgeordneten gleich, von dem Wassermaun auf einem nationalliberalen Parteitag erzählte, daß er sich stets ins Bett zu legen pflegt, wenn im Reichstage eine brenzliche Abstimmung in Aussicht stand.

Aber die vorläufige Siegesnachricht war einem Rechenfehler entsprungen, und unsere Genossen in Frankfurt, die alle Ursache hatten, sich des vermeintlichen Wahlerfolges zu freuen, mußten gegen Mitternacht erfahren, daß es zu einer Stichwahl zwischen uns und den Nationalliberalen kommen werde.

Die amtliche Auszählung des Wahlergebnisses hat am Montag auf dem Landratsamt in Seelow stattgefunden; es stellte sich heraus, daß der Sozialdemokrat Lumpige 39 Stimmen an der Majorität gefehlt haben. Von 3674 Wahlberechtigten übten 2892 ihr Wahlrecht aus. 197 Stimmen waren ungültig, so daß im ganzen 2869 gültige Stimmen abgegeben wurden, von denen 14319 auf unseren Genossen Haber, 7754 auf den nationalliberalen Kandidaten Dr. Winter und 6595 auf den konservativen Arbeitersekretär Dunkel entfielen. Ein polnischer Kandidat erhielt 20 Stimmen und zersplittert waren 7 Stimmen.

Es trifft also zu, was wir in Nr. 214 des „Vorwärts“ über die Wahl in Frankfurt-Lebus schrieben: daß das Wahlergebnis auf des Messers Schneide balancieren wird.

Wegen dieser 39 Stimmen, die unseres Erachtens nach mit Glanz aus unseren eigenen Reihen aufzubringen gewesen wären, wenn die in Berlin arbeitenden und in den einzelnen Ortschaften des Wahlkreises wohnenden Arbeiter zur Wahlurne gegangen wären, muß es nun zur Stichwahl kommen. Die uns aus dem Wahlkreis berichtet wird, haben es eine Anzahl gewerkschaftlich organisierter Bauarbeiter nicht über sich vermocht, von ihrer Berliner Arbeitsstelle aus auf einige Stunden nach Hause zur Wahl zu reisen. So hat der Ort Rindberg, in dem im Jahre 1907 für uns 297 bzw. 303 Stimmen fielen, diesmal nur 224 sozialdemokratische Stimmen aufgebracht.

Wir wollen dringend hoffen, daß die im Baugewerbe tätigen Arbeiter, die am Hauptwahltag so großlich ihre proletarische Pflicht verletzten, am Montag, den 26. September, ihr Wahlrecht bei der Stichwahl ausüben. Der festgesetzte Stichwahltag ist für uns nicht gerade ungünstig. Eine große Anzahl von Arbeitern, die des Sonntags ohnehin zu Hause weilen, werden nunmehr ansatz Montag früh erst des Mittags nach Berlin fahren und dazu beitragen, daß uns der Sieg trotz des vereinbarten Zusammengehens aller bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie zufällt.

Das Wahlergebnis von Fürstenwalde kann auch nicht voll befriedigen. Wenn auch nicht geleugnet werden kann, daß durch Arbeitsmangel bei der Firma Pirsch einige hundert Arbeiter die Stadt verlassen mußten, so ist doch die Wählerzahl um 380 gegen 1907 gestiegen. Eine nicht geringe Anzahl von Fabrikarbeitern und Handwerkern, die in Fürstenwalde wohnen, sind auch in Berlin tätig, und ob diese Leute ihr Wahlrecht ausgeübt haben, muß nach dem geringen Zuwachs von 169 Stimmen in Zweifel gezogen werden.

Wenn alle in Frage kommenden freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter am Hauptwahltag zur Wahlurne geschritten wären, dann wäre die Stichwahl am 26. September überflüssig gewesen. Es kann an dieser Stelle nicht eindringlich genug geraten werden, die in Berlin beschäftigten

und im Wahlkreis Frankfurt-Lebus wohnenden Arbeiter mit allen nur erdenklichen Mitteln zur Teilnahme an der Stichwahl zu veranlassen!

Diese Mahnung ist um so nötiger, als nach unserer Kenntnis der Verhältnisse der Konservativen auf dem Lande eine Vermehrung der sozialdemokratischen Stimmen durch einen vermehrten Druck auf die Arbeiter herbeiführen wollen. Dem gilt es, ein Paroli durch Heranziehung der sozialdemokratischen Reserven zu bieten.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß unser Stimmenergebnis in der Hauptwahl ein besseres gewesen wäre, wenn man die Aufstellung der Wählerlisten in den Städten mit größerer Sorgfalt vorgenommen hätte. In Frankfurt a. O. sowohl als auch in Fürstenwalde haben sich am Dienstag die Stadtverordnetenkollegien mit den Mängeln der Wählerliste beschäftigt. Die Schamperei in den städtischen Verwaltungen scheint nach den mitgeteilten Proben nicht geringer als auf dem Lande zu sein.

In Frankfurt stellte der Genosse Stadtverordneter Reihner fest, daß mehr als tausend Namen von Wählern in den Listen stehen, die tot oder verzogen sind. Bürgerliche Stadtverordnete bestätigen die sehr mangelhafte Listenführung. Ganze Häuser mit ihren Bewohnern sind fortgelassen worden. Wähler, die seit zwölf Jahren verzogen, andere, die seit acht Jahren tot sind, standen in den Listen.

Ein Wähler, der in der ausliegenden Liste richtig bemerkt war, wurde nicht zur Wahl zugelassen, weil in der offiziellen Liste des Wahlvorstandes sein Name mit Bleistift ausgestrichen und mit dem Vermerk „tot“ versehen war! Andere Wähler konnten nicht wählen, weil die Einladung nicht die richtige Nummer auswies. Der Oberbürgermeister mußte die Beschwerden als berechtigt anerkennen; er führte die haarsträubenden Mängel der Wählerlisten auf die Mißstände im Einwohnermeldebüro zurück.

Lehnlige Mißstände hinsichtlich der Aufstellung der Wählerlisten wurden in der Stadtverordnetenversammlung zu Fürstenwalde von unserem Genossen Jeller und einigen bürgerlichen Stadtverordneten zur Sprache gebracht. Auch hier erkannte die Stadtverwaltung die Klagen als gerechtfertigt an. Auf eine weitere Anfrage des Genossen Jeller, wieso es komme, daß die städtischen Schulbeamten und Lehrer für die bürgerlichen Parteien Schullehrerleistungen verrichten mußten, hüllte sich der Führer der Fürstenwalder Nationalliberalen, Gymnasialprofessor Breitenbach, in Stillschweigen. Er bemerkte nur, daß diese Arbeit „freiwillig“ verrichtet worden sei, und unsere Genossen den städtischen Beamten den „kleinen Nebenverdienst“ wohl nicht gönnten!

Was hätten die nationalliberalen und konservativen Herren gesagt, wenn die unteren Beamten sich für die Sozialdemokratie zur Verfügung gestellt hätten?

Es ist ohne Frage, daß die Mängel in der Aufstellung der Wählerlisten auch der Sozialdemokratie zum Schaden ausgefallen sind und daß mancher Wähler, der für uns seine Stimme abgegeben hätte, sich unrichtiger Sache vom Wahltag entfernen mußte.

Wie jetzt noch bekannt wird, hat der Vorstand der konservativen Partei in seiner Sitzung am 20. September beschlossen, bedingungslos für den nationalliberalen Kandidaten Winter einzutreten. Der Versuch des zu einer gewissen Berühmtheit gelangten Herrn v. Stünzner-Karke, den Nationalliberalen als Gegenleistung für die konservative Stichwahlhilfe ein Landtagsmandat abzutrotzen, scheint demnach als vorläufig undiskutabel angesehen zu werden. In einer gemeinsamen Sitzung der nationalliberalen und konservativen Wahlvereinsvorstände ist, wie die konservative Berliner Presse mitteilt, völlige Uebereinstimmung in der bis zur Stichwahl notwendigen Agitation erzielt worden. In einem konservativen Flugblatt sollen alle Wähler auf dem Lande „energisch“ aufgefordert werden, am 26. September für den nationalliberalen Kandidaten einzutreten.

So ist denn auf gegnerischer Seite scheinbar alles vorbereitet, um den Sieg des Genossen Haber zu verhindern.

Aber wir haben alle Ursache anzunehmen, daß einmal der konservativen Stichwahlerei von den Wählern nicht so heiß gegessen wird, als er gekocht wurde und daß dann die Sozialdemokratie mit ihrer rührigen Agitation auch noch da ist, um den Herrschaften das Konzept gründlich zu verderben. Es wäre freilich verkehrt, sich auf die Wahrscheinlichkeit bis zu einem gewissen Grade vorhandene Abneigung der konservativen Wähler gegen den nationalliberalen Kandidaten zu verlassen. Wir müssen aus eigener Kraft unsere Stimmengahl erhöhen, müssen aus eigenen Reserven so viel Wähler heranziehen, um den Genossen Haber mit einem respektablen Mehr an Stimmen wie bei der Hauptwahl zum Siege zu verhelfen.

Die von der Sozialdemokratie arrangierten Wahlversammlungen erfreuten sich eines recht guten Besuches und was bis zum Stichwahltag in der Kleinarbeit noch geleistet werden kann, wird sicher geschehen.

Das Strafgericht, das schon in der Hauptwahl über die Gegner herabgebrochen ist, muß am 26. September vollendet werden. Es steht mehr auf dem Spiele als das Mandat. Es gilt den in Bildung begriffenen Weismann-Block zu zertrümmern und zu zeigen, daß das Volk es satt hat, sich zum Spielball konservativer und nationalliberaler Brotverteuerer und Hochschulzähler machen zu lassen.

Deshalb, Ihr Arbeiter von Frankfurt-Lebus, die Ihr in Berlin schafft, eilet am 26. September nach Hause und helfet das Werk vollenden, das am 15. September so glänzend begonnen wurde!

Wir müssen am Montag den Wahlkreis erobern!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. September 1910.

Getäuschte liberale Erwartungen.

Seit in der deutschen Sozialdemokratie der „Revisionismus“ auftauchte, fand er in der liberalen Presse zärtliche Bemutterung und Unterstützung. Das ist leicht begreiflich. Jeder hält den, der seine Ansichten teilt oder diesen am nächsten steht, für den Gescheidtesten; und da der liberale Durchschnittspolitiker glaubt — ob mit Recht oder nicht, kann hier unerörtert bleiben — daß der Revisionismus den „den Revolutionarismus“ und das „Massenkampfgeschrei“ der marxistischen Sozialdemokratie überwinden und sich zu einer radikal-liberalen parlamentarischen Reformpartei durchzuaufern werde, mit der sich leicht paktieren lasse, so ist ganz selbstverständlich, daß er den Revisionisten

seine glütige Fürsorge zuwendete, und zwar denen am meisten, die innerhalb der revisionistischen Gruppe auf dem äußersten Flügel stehen. Es hat uns deshalb auch immer heiter gestimmt, wenn die liberalen Blätter, voran das allerweitestpolitische „Berliner Tageblatt“, erklärten, alle Intelligenz und alles Verständnis für die gegenwärtige politische Lage sei bei den Führern der Revisionisten, und Dr. Joseph Bloch von den „Sozialistischen Monatsheften“ hätte eine weit gründlichere Einsicht in die Bedingungen einer erfolgreichen Arbeiterpolitik, als alle marxistischen Theoretiker zusammengekommen. Besonders aber amüsierte es uns, wenn sie sogar in ihrer Vorliebe für die Gedankenwelt des Revisionismus Schippelsche Angriffe auf die „freisinnigen U.V.C.-Schützen des Freihandels“ oder die „unwissenden Freihandelsbauernburden“ als geistige Offenbarungen aufnahmen, obgleich sie sonst selbst die englische Freihandelsdoktrin als höchste Weisheit verkündeten. Sie meinten eben die angebliden und wirklichen revisionistischen Anschauungen an ihrem eigenen Maß. Da uns das als etwas ganz Natürliches erschien, haben wir nur ganz gelegentlich über diese Pflegefürsorge gespottet — macht doch das Gebaren der liberalen Blätter auf den denkenden Arbeiter gerade den entgegengesetzten Eindruck, den die liberalen Journalisten mit ihrem Geschreibsel beabsichtigen; denn dieser Arbeiter sagt sich, wenn meine liberalen Gegner, die sonst meine Forderungen so rücksichtslos bekämpfen, an der revisionistischen Politik so großes Gefallen finden, dann muß diese Politik auf schmachliche Abwege geraten sein.

Es war uns deshalb auch keineswegs eine große Ueberzückung, als die liberalen Blätter für die sogenannten „Angeklagten“ in Magdeburg eine große Sympathie bekundeten, ihre staatsmännische Bildung priesen und prophetisch verkündeten, daß wahrscheinlich zwar die Radikalen bei der Abstimmung die Oberhand behalten würden, daß aber der große moralische Erfolg und politische Sieg selbstverständlich auf der Seite der Revisionisten sein werde.

Nun es anders geworden ist, zittert durch die Spalten der liberalen Blätter von der rechts-nationalliberalen Couleur bis zur äußersten linksliberalen Schattierung blinde Wut, die Radikalen werden begeißelt und die schrecklichsten Unglücksprophezeiungen verkindet.

Voran marschiert natürlich wieder das ehrsame „Berliner Tageblatt“. Hat es bisher von den großen Gegenätzen zwischen den Anschauungen der Radikalen und Revisionisten gesprochen, so erklärt es nun, nachdem es sich in seinen schönen Hoffnungen auf den großen Reichsblock nach badischem Muster so schmachlich getäuscht sieht:

„Man wird sich keinen Augenblick darüber täuschen können, daß es sich hierbei nicht etwa um Prinzipien, sondern zum allergrößten Teil um kleinliche persönliche Fäulnisse und Bestimmungen handelt. Auch in den Reihen der Vertreter der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit geht es menschlich, allzu menschlich her. Dieser und jener will dem Rivalen, der ihm unsympathisch ist, eins auswischen und ruiniert die Partei. Das sind Dinge, die den Außenstehenden nichts angehen, die aber bei der Beurteilung der ganzen Situation nicht mit Stillschweigen übergangen werden können. Ein Reich, das in sich selbst uneins ist, zerfällt, diese alte Wahrheit wird durch die jetzigen Kämpfe innerhalb der sozialdemokratischen Partei von neuem bestätigt“

Die sozialdemokratische Partei befindet sich offenbar in einer gefährlichen Selbsttäuschung über die Fähigkeiten ihrer Gegner. Gewiß, Herr v. Weismann-Hollweg hat sich bisher nicht gerade als ein Mann von großem staatsmännischen Blick erwiesen. Aber so weit reicht bei ihm doch noch, daß er bei der Magdeburger Budgetdebatte eingreifen wird. Er braucht ja nur die Reden des Fürsten Bülow nach dem Dresden Parteitag zu lesen, um zu wissen, wie es gemacht werden muß, damit dem Spiehbürger die Gänsehaut über den Rücken läuft. Und die Parteien des blauschwarzen Blocks werden natürlich erst recht mit der Magdeburger Budgetdebatte operieren, um die Wähler der Sozialdemokratie mobil zu machen und auf die reaktionäre Seite zu ziehen. Wirklich, den Zubeil, Liebnecht, Haase, Ledebour, Stadthagen und Genossen gebührt in dieser Zeit der Ordensdekoration eine ehrende Anerkennung in Gestalt eines königlich preussischen Ordens. Sie haben ihn mit ihrer Dummheit verdient.“

Das „Berliner Tageblatt“ droht sogar damit, daß die Freisinnigen sich bei der Stichwahl in Frankfurt-Lebus rächen und gegen den Genossen Haber stimmen werden. Es schreibt:

„Es ist nicht unmöglich, daß die Wirkung sich bereits bei der Stichwahl in Frankfurt an der Ober zeigen wird. In der Hauptwahl wäre der sozialdemokratische Kandidat um ein Haar gewählt worden. Nur ein paar Duzend Stimmen fehlten ihm zur absoluten Mehrheit. Wir sind sehr gespannt darauf, wie er nach dem Magdeburger Parteitag bei der Stichwahl abschnitten wird. Jedenfalls, der gestrige Tag kostet der Sozialdemokratie Hunderttausende von Stimmen, die ihr sonst bei den nächsten allgemeinen Wahlen zugesallen wären.“

Der Moskauer Monitor sollte sich dergleichen alberne Mähchen ersparen. Es ist in Frankfurt-Lebus schon im ersten Wahlgang der Freisinn nach rechts abgeschwenkt und für die Stichwahl hat das „Berliner Tageblatt“ selbst seinen Meinungsgenossen eindringlich die Abstimmung für den Geh. Archivrat Winter empfohlen. Seine Vorsehung um den sozialdemokratischen Wahlsieg ist also nichts als Heuchelei. Auch im Kerger soll man nicht lächerliche Sabriolen schießen.

„Ghetto-Katholizismus.“

Der Streit, der seit einigen Jahren im Lager des deutschen Alerikalismus geführt wird über die wahre Natur des Zentrums, über das Verhältnis von Partei und Kirche, von Glaube und Wissenschaft, über Modernismus, Intellektualismus und ähnliche Dinge, hat zu einer ansehnlichen Verzeichnung des Sprachschabes geführt. In dieser Zeit ist zu dem älteren Begriff des „Lauffcheinakatholiken“ der des Margarinkatholiken hinzugekommen, der sich mit dem ersten deckt und seinem Träger den Mafel des Unschien und Krügerischen anhängt. Die „Abinische Volkszeitung“, die in der Erfindung detartiger Verzeichnungen ihre Stärke sucht, bracht neulich die Sorte der „praktizierenden Katholiken“ auf den Markt, worunter jene Gwäubigen verstanden sein sollen, die ihren religiösen Pflichten genügen, aber deshalb nicht ganz loscher sind, weil sie es an dem nötigen Eifer für das Zentrum fehlen lassen. Jetzt hat das genannte Blatt einen neuen Begriff aufgebracht, den „Ghetto-Katholizismus“ und zwar geschieht das aus Anlaß einer in diesen Tagen erschienenen Schrift „Das alte und das neue Zentrum“, deren Verfasser unter dem Pseudonym Montanus auftritt. Es ist der rücksichtslosste Teil des Zentrums, der hier zu Wort kommt; der Standpunkt des hinterwäldlerischen Bauernpastors, der kein Heil sieht, weder in weltwirtschaftlichen und

sozialen noch in politischen Dingen, außer im feilen Zusammenhang mit der Kirche; der im Mittelstand, im biedereren Bauern und Bäuerlein die Stütze der Gesellschaft erblickt, die unter allen Umständen vor dem Kapitalismus der Großen wie vor dem Sozialismus der Arbeiter geschützt werden muß. Das Zentrum hat nach seinem Kritiker Montanus den großen Sündenfall, der alles weitere Unheil nach sich zog, als es der Sozialreform Bismarcks zustimmte und damit dem Staate Aufgaben zuerteilte, die der freiwilligen Selbsthilfe, der christlichen Nächstenliebe im Zusammenwirken mit der Kirche vorbehalten sein sollten. Durch die Sozialreform werde einerseits die Begehrlichkeit der Masse geweckt, dann aber auch die Meinung großgezogen, daß das herrschende Wirtschaftssystem in seiner Grundlage richtig, und nur im einzelnen zu verbessern sei, während es doch nach der christlichen Soziallehre darauf ankomme, Omnia instaurare in Christo: Alles in Christo zu erneuern, Staat und Gesellschaft wieder in engen und ständigen Zusammenhang mit der Kirche zu bringen und in der beherrschten Art der alten Stände und Bünde eine neue Ordnung der Dinge herbeizuführen.

Weg mit der Gewerbefreiheit und Freizügigkeit; weg mit dem Schulzwang und der Volksschule, die über dem Nationalismus, über ein wenig Lesen und Schreiben und Rechnen hinausgeht — das sind die Hauptforderungen, die der Kritiker des Zentrums stellt. Und weil diese Forderungen von dem jetzigen Zentrum schände verweigert werden, weil die Parteihäupter durch ihre Politik das herrschende System, statt es von Grund auf nach christlichen Prinzipien umzuwandeln, nach Kräften fördern und festigen, deshalb hält Montanus ein fürchterlich Gericht über die Vertreter des heutigen Zentrums. Immer mehr sehe man im wirtschaftlichen und sozialen Leben den Unterschied zwischen Katholiken und Nichtkatholiken schwinden; kaum noch finde man im katholischen Lager grundsätzliche und entschiedene Gegner der heutigen Wirtschaftsordnung:

Selbst da, wo die Katholiken die Mehrheit haben, finden wir keine sozialen Rücksichten im Erwerbsleben. Der Konkurrenzkampf unter ihnen und die Anbetung des goldenen Kalbes ist hier so groß wie da. Religiöse Motive spielen im Erwerbsleben immer weniger eine Rolle. Wir sehen darum katholische Großunternehmer und Kommerzienräte, Warenhausbesitzer und Börsenspekulanten strupellos die kleineren Konkurrenten, selbst Christen, zugrunde richten, Syndikate und Ringe bilden ohne Rücksicht auf gerechte Höchst- und Mindestpreise, Löhne drücken — kurz, alle Klüften des jüdisch-liberalen Wirtschaftssystems sich aneignen. Wir sehen, wie sie von den also erbeuteten Millionen Zins und Zinseszins nehmen und dann gelegentlich Tausende stiften oder Wohltätigkeitsfeste veranstalten, um die Not zu lindern, die sie selber geschaffen haben, oder um einen Orden zu bekommen. Wer ernstlich von den Herren verlangen wollte, sie sollten sich beschränken, daß auch ihre Glaubensgenossen zu einer gleichen Stellung gelangen könnten, ließe Gefahr, als Sozialdemokrat tituliert zu werden.

In einer anderen Stelle ist die Rede von den paar „Journalisten und Politikern“, die jetzt „mit religiösen Schlagworten und Phrasen die katholischen Massen an sich gezogen und nach ihrem persönlichen Willen und ihren Wünschen, unabhängig von Staat und Kirche geleitet haben“, die „jedem, der eine offene und freie Diskussion der sozialen Prinzipienfragen anstrebt, mit wahrhaft virtuoser Tyrannei unterdrücken und durch die an der Parteikrippe stehende Presse toßschweigen ließen“, die „jedem, der sich erhebe, ihren persönlichen Wünschen entgegenzuhandeln und anderer Meinung zu sein, beim Volke mit geheimnisvollem Augenwedern als Feind des Zentrums, und damit der katholischen Kirche hinstellen“.

Diese Vorwürfe richten sich gegen die „Kölnische Richtung“ im Zentrum, gegen die Wachsmeleute, aus deren Kreise der Ruf nach „mehr katholischen Kommerzienräten“ erscholl. Die „Kölnische Volkszeitung“ erwidert den Angriff, indem sie den Verfasser der Schrift als „politischen Konfessionsarius“, sein Programm als „Ghetto-Katholizismus“ bezeichnet und seinen Anhängern den Rat gibt, außerhalb des Zentrums zu zeigen, was sie können, denn zur Partei gehörten sie längst nicht mehr! Im Zentrum trachtet an allen Ecken und Enden.

Vorkünftig keine neuen Steuern.

Der Reichskanzler hat seit seiner Rückkehr aus Hohenstein verschiedene Konferenzen mit seinen Ministerkollegen und den Staatssekretären abgehalten, über deren Resultat bisher noch nichts an die Öffentlichkeit gedrungen war. Wie die Scherzpresse jetzt aus zuverlässiger Quelle zu melden weiß, soll das Ergebnis der vielstündigen Besprechungen sein,

„daß von dem Versuch, neue Reichsteuern auszuschreiben, mindestens vor den Reichstagswahlen des nächsten Herbstes Abstand genommen wird. Man wird mit der größtmöglichen Sparsamkeit auszukommen suchen. Die Vorarbeiten zur Aufstellung des nächsten Reichsetats sind noch nicht abgeschlossen. Gegenwärtig sind erst die einzelnen Etats mit den vom Reichschahamit vorgenommenen Abstrichen an die betreffenden Ressorts zurückgelangt, die nun ihrerseits dazu noch Stellung zu nehmen, die Abstriche entweder zu genehmigen oder sie ganz oder teilweise zu bekämpfen haben. Dann erst, wenn dieses Stadium durchlaufen ist, kann der Reichshaushaltsetat für 1911 endgültig aufgestellt und an den Bundesrat gebracht werden. Es läßt sich also gegenwärtig die Gestaltung des neuen Etats noch nicht mit Sicherheit übersehen. Das Bestreben des Reichschahamits soll nach wie vor dahin gehen, eine Balanzierung des Etats herbeizuführen. Ob dies möglich sein wird, ist ja allerdings höchst fraglich. Für schlechthin unmöglich hält man es aber im Reichschahamit noch immer nicht. Sicher sei also vor der Hand nur soviel: Neue Reichsteuervorlagen sind bis auf weiteres nicht zu erwarten und nahezu ausgeschlossen.“

Möglich, daß es gelingt, bis nach den Reichstagswahlen ohne neue Steuern auszukommen. Der Steuerzahler gewinnt dadurch jedoch rein gar nichts, denn um so größer werden nach den Wahlen die Nachforderungen sein. Alle Beschönigungen helfen nicht darüber hinweg, daß bereits wieder eine neue Reichsfinanzreform nötig ist.

Die Polen und die Reichstagswahlen.

Der polnische „Gornoslaz“ leitartikel über die voraussetzlichen Parteikämpfe, die sich bei den kommenden Reichstagswahlen entspinnen werden. Von dem Ausgange der Wahlen für die Polen scheint sich das Blatt aber nicht viel zu versprechen, denn es rechnet vorläufig nur damit, daß, wenn auch kein neues Mandat gewonnen wird, doch wenigstens der alte Bestand den Polen erhalten bleiben werde. Es schreibt:

„Es bleibt noch die Frage offen, welche Folgen die Wahlen für uns Polen haben werden, ob wir gewinnen oder wenigstens die bisherige Anzahl polnischer Abgeordneter zu erhalten im-

stande sein werden. Es ist schwer, nach dieser Richtung etwas mit aller Bestimmtheit sagen zu können; wir erwarten jedoch, daß, wenn wir auch keinen neuen Abgeordneten gewinnen, der Verlust eines der bereits in unseren Händen befindlichen Mandate nicht zu befürchten ist, sobald wir nur die Birnen in der Tasche nicht verfallen lassen und rechtzeitig an eine entsprechende Agitation denken. Wir Polen haben mehr wie jede andere Partei ein besonderes Interesse daran, möglichst viele Abgeordnete nach dem Reichs- und Landtage zu entsenden, denn das hilft uns im Kampfe um unsere nationale Existenz.“

In Schlesien setzt die polnische Wahlagitation bereits ein. Für den kommenden Sonntag sind drei große Wahlversammlungen einberufen. In der radikalpolnischen Presse wird einem zentrumpolnischen Kompromiß mit aller Entschiedenheit entgegen gearbeitet. Der „Kurier Glaski“ meldet, daß der Kompromißabgeordnete Pfarrer Slowacki ein Mandat nicht mehr annehmen wolle und wartet vor dem in Aussicht genommenen Nachfolger, dem Pfarrer Ganczarski-Gr. Strehli, weil dieser ein verdeckter „Germanisator“ sei. Inzwischen hat Pfarrer Ganczarski öffentlich erklären lassen, daß er ein Wahlmandat nicht anzunehmen gedenke und der radikale Korsanyski „Kurier“ bemerkt dazu: „Allem Anscheine nach sind Ganczarski und Slowacki zu der Ueberzeugung gelangt, daß die Zentrumsträuben in jenem Wahlkreise (Kofel-Gr. Strehli) nicht mehr reifen und zu sauer sind.“

Grundbesitzverwerb der Polen.

Nach einer Mitteilung des „Osten“ sind seit dem 14. April, also in fünf Monaten, 50 000 Morgen Land im Werte von 17—18 Mill. Mark in polnischen Besitz übergegangen. Darunter befinden sich 22 große Güter, die sich auf die 4 Ostprovinzen ziemlich gleichmäßig verteilen, mit im ganzen 86 000 Morgen. Von den 49 großen Bauerngütern von 80 bis 800 Morgen entfallen je 17 auf Westpreußen und Posen; es sind zusammen 13 700 Morgen. Der Rest besteht aus kleinen Gütern und Parzellen.

Freisinnige Sozialpolitik.

Ein Teil der Wähler der Fortschrittlichen Volkspartei besteht leider noch immer aus Arbeitern. Das trifft besonders in jenen Gegenden zu, wo die gewerkschaftliche Organisation noch nicht Eingang gefunden hat. Der Kapitalismus blaut aber auch ihnen sozialistische Reaktionen ein.

Auf dem Bezirkstag der Fortschrittlichen Volkspartei in Nordhausen stellten die freisinnigen Arbeiter des Wippertales (Wahlkreis Nordhausen) Forderungen, die zwar den Drang nach Vesserstellung betonen, aber keine feste, bestimmte Normierung darstellen. Die Leute sind nicht klar über das, was sie fordern und so machen sie es ihren freisinnigen Führern leicht, den Antrag, der als Material der Fraktion der Fortschrittlichen Volkspartei überwiesen wurde, abzumurfen. Erst wenn diese freisinnigen Arbeiter zu klarer Erkenntnis kommen, werden sie finden, daß mit solch unklaren Forderungen nichts anzurichten ist.

Der Antrag lautet:

Die fortgeschrittenen Abgeordneten werden ersucht, in nachfolgendem Sinne sozialpolitisch zu wirken:

1. Festsetzung eines auskömmlichen ortsbüchlichen Tagelohns, der in der Landwirtschaft, in Fabriken usw. auch ordnungsmäßig ausgezahlt werden muß.
2. Bessere Aufsicht in den Fabriken und anderen Betrieben. Ordnungsmäßige Behandlung der Arbeiter und Arbeiterinnen.
3. Vergütung der staatlichen und kommunalen Arbeiten nur an solche Unternehmer, welche Gewähr leisten, daß sie so viel wie möglich nur inländische Arbeiter beschäftigen und auskömmliche Löhne zahlen.
4. Keine Ausbeutung der Arbeiter durch die Unternehmer durch Ueberbürdung der Arbeitskraft.
5. Besteuerung der ausländischen Arbeiter resp. der Unternehmer, welche ausländische Arbeiter beschäftigen.
6. Bessere Regelung und Beschränkung der Kinderarbeit.
7. Bezeichnung der Waren, ob Fabrik- oder Handarbeit, hauptsächlich in der Textilindustrie.

Was heißt heute „Festsetzung eines auskömmlichen ortsbüchlichen Tagelohns“, der in der Landwirtschaft, in Fabriken usw. auch ordnungsmäßig ausgezahlt werden muß? Soll die Regierung nach dem Muster für die Verpflegungslöhne der Krankenversicherung die ortsbüchlichen Löhne diktiert? Wenn man schon Minimallohne will, dann können es doch nur die sein, die von beruflichen Organisationen festgesetzt sind. Die Antragsteller rekrutieren sich zum großen Teile aus Textilarbeitern und Kallarbeitern. Diese sollten sich ihren Gewerkschaften anstellen, dann würden sie bald solche und definierbaren Anträge stellen lassen und, gestützt auf ihre Organisation, bestimmt formulierte Forderungen stellen können. Das gilt sowohl für die in Fabriken, wie auch in der Hausindustrie der Textilbranche Tätigen.

Uebrigens, wie kann man die Erfüllung solcher Forderungen von den freisinnigen verlangen, denen in wirtschaftlichen Dingen jede Einrichtung des Staates ein Grauel ist, wo bliebe denn der Grundgedanke des „laissez faire“. Glauben denn die Antragsteller wirklich, die freisinnigen Führer würden sich in sozialpolitische Experimente einlassen, mit denen sie ihre Hauptgesamtheit — die keine gesetzlichen Beschränkungen will — vor den Kopf stoßen? Da müßte der Druck schon sehr stark sein. Und das ist er nicht, denn die Arbeitergesellschaft des Freisinn ist nicht so groß, als daß sie ein Nachwort sprechen könnte. Die sozialpolitischen Forderungen der Sozialdemokratie hat der Freisinn bisher nur der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, in geringem Maße unterliegt, um nur vor ihren Arbeiteranhängern renommieren zu können: Seht, wir sind auch für Sozialpolitik! Zum größten Teil sind noch immer die freisinnigen bzw. Fortschrittler der entschiedenste Gegner wirklich sozialpolitischer Forderungen.

Polizeinspektor Schubert rekrutiert.

Am 6. August hatte der Polizeinspektor Schubert in Elbeben als stellvertretender Amtsanwalt in einer Verurteilung die Verurteilung getan, die Sozialdemokratie betrachte den Eid nur als leeren Wortschwall, weshalb er auch die parteigenösslichen Zeugen für unglaubwürdig halte. Eine überaus stark bedachte Verurteilung protestierte gegen die Annahme und beschloß, den Justizminister von dem Vorgang in Kenntnis zu setzen sowie zu veranlassen, daß der Herr nicht mehr in seinem Amte fungiere. Jetzt ist nun vom Oberstaatsanwalt in Raumburg als Beauftragten des Justizministers die Bescheidantwort zurückgekommen. Hierin wird der Vorgang als ziemlich harmlos hingestellt, aber zugestanden, daß die Schubertsche Verurteilung nicht angebracht gewesen sei. Er solle deshalb dieser entsprechend instruiert werden. Also doch! Es ist wenigstens etwas.

Aus der Hamburger Bürgerschaft.

In der ersten Sitzung nach den Ferien, am Mittwochabend, liefen mehrere Anträge ein, welche die Einleitung geeigneter Schritte zur Beseitigung der Fleischnot und Verbilligung des Fleisches bezw. Aufhebung der Grenzsperrung und Lebensmittelzölle verlangen. Ein weiterer Antrag forderte, daß die Quarantäne und Tuberkuloseimpfung für aus Dänemark eingeführtes Schlachtvieh aufgehoben und dafür angeordnet werde, daß dieses Vieh unter den erforderlichen Vorsichtsmaßnahmen direkt auf die Schlachthöfe zur abschließenden Abklärung überführt werde.

Die Anträge gelangen in einer der nächsten Sitzungen zur Verhandlung.

Da die neue Beamtengehaltsvorlage im Schoße der Kommission ruht und noch geraume Zeit vergehen dürfte, bis die Sache an das Plenum zurück gelangt, beantragte der Senat, bis zur definitiven Regelung, allen Beamten und Angestellten mit einem Jahresgehalt von weniger als 3000 M. eine jährliche Gehaltszulage von 100 M. zu gewähren. Auf Antrag der Linken wurde die Grenze auf 4000 M. festgesetzt und mit dieser Modifikation der Antrag angenommen.

Obwohl schon früher die Bürgerschaft sich gegen die Vorschläge zu den höheren Schulen ausgesprochen hat, beantragte der Senat den Bau einer neuen Realschule mit Vorschule. Die Linke wandte sich entschieden gegen den Antrag, während der Vertreter der Patrierpartei die Abneigung dieser auf Demokratisierung des Schulwesens abzielende Beseitigung der Vorschulen in die Worte kleidete: „Nach meinem Geschmack ist es nicht gut, die Eltern zu zwingen, ihre Kinder in die Vorschule zu schicken, wenn sie sie dorthin gar nicht haben wollen.“ Mit 63 gegen 50 Stimmen wurde die Realschule ohne Vorschule bewilligt, doch hat noch eine zweite Lesung stattzufinden.

Oberbürgermeister Cuno,

der bisherige Vertreter des Reichstagswahlkreises Hagen-Schwelm, will bei der nächsten Reichstagswahl nicht wieder kandidieren. Sein Rücktritt von der Kandidatur wird damit begründet, seine halbamtliche Tätigkeit ermöglichte ihm nicht eine uneingeschränkte Wahrnehmung des Mandats.

Antismüde.

Der Oberpräsident der Provinz Pommern, Freiherr v. Malchahn-Gülz, wird am 1. April aus seinem Amte scheiden. Der Mann hat in der letzten Zeit bekanntlich dadurch von sich reden gemacht, daß er die Behauptung aufstellte, die deutsche Presse werde zum größten Teil von jungen Leuten redigiert, die noch nicht einmal hinter den Ohren trocken seien. Sonst ist Wissenswertes über ihn nicht bekannt.

Oesterreich.

Parlamentarisches.

Wien, 22. September. Im heutigen, unter dem Vorhitz des Grafen Lehrenthal abgehaltenen gemeinsamen Ministerrat wurde beschlossen, die Delegationen am 12. Oktober zusammenzutreten zu lassen. Sie werden, wie verlautet, ein begrenztes Arbeitsprogramm haben, doch wird Graf Lehrenthal in derselben ein ausführliches Exposé geben, welches einen Einblick in die politischen Ereignisse der letzten Zeit geben wird.

Der böhmische Landtag wurde für den 30. September einberufen.

Frankreich.

Die Regierung des ehemaligen Sozialisten.

Ein Telegramm aus Paris meldet: Die Direktion der Westbahn hat entsprechend dem Beschluß des Disziplinarausschusses den Syndikatssekretär Renault aus dem Dienst entlassen. Dieser erhob gegen seine Entlassung Einspruch und verweigerte die Annahme des ihm angebotenen Restgehaltes. Das Syndikat der Eisenbahnangestellten beschloß, in den nächsten Tagen große Protestversammlungen zu veranstalten.

Renault ist der Verfasser einer Broschüre: „Der Syndikalismus auf den Eisenbahnen“, in der er unter anderem ausführt, daß als letzte Waffen den Eisenbahnern nichts anderes übrig bleibe gegen die Ausbeutung und Bedrückung, als der Streik. Wegen dieses „Verbrechens“ hat ihn die staatliche Eisenbahnverwaltung vor das Disziplinargericht gestellt. Hier fielen zehn Stimmen gegen die Dienstentlassung, zehn dafür, die Stimme des Präsidenten entschied für.

Die „Humanité“ schrieb, als die Anklage erhoben wurde: Die privaten Eisenbahngesellschaften lauern nur auf das Beispiel des Staates und werden, im Falle man Hand an den Führer der Eisenbahner legt, mit doppelter Brutalität vorgehen.

Die Regierung des Herrn Briand weiß genau, daß die Stimmung unter den Eisenbahnern aufs äußerste erregt ist, und daß diese Maßregelung des beliebtesten Führers leicht den Stein ins Rollen bringen kann. Herr Briand will offenbar der Bourgeoisie sich als der „Mann der starken Hand“ anpreisen und es auf die Kraftprobe ankommen lassen. Es kann leicht die Welt das Schauspiel erleben, wie der ehemalige revolutionäre Sozialist auf die Arbeiter schießen läßt.

Schweden.

Die ersten Sozialdemokraten in der Ersten Kammer.

Das Landsting von Gästeborglän hatte am Dienstag die Wahlen zur Ersten Kammer zu vollziehen und 8 Abgeordnete zu wählen. Gewählt wurden zwei Sozialdemokraten, nämlich der Genosse Ernst Blomberg, der bereits Mitglied der Zweiten Kammer des Reichstags ist, und Genosse J. O. Oelund, Vorsteher der Genossenschaftsbürokratie in Gästeborg. Außerdem zwei Liberale und zwei Parteibezeichnungen vor: die „Freisinnigen“ und die „Moderaten“. Die Sozialdemokraten stimmten unter moderater Parteibezeichnung. Das war ein Coup, durch den es ihnen bei dem proportionalen Wahlsystem möglich wurde, statt eines zwei Genossen in die Kammer zu bringen. Sie hatten vor der Wahl versucht, ein ehrliches Wahlbündnis mit den Liberalen abzuschließen und wollten diesen drei Mandate zukommen lassen unter der Bedingung, daß ein wirklich zuverlässiger liberaler Mann darunter sein sollte, sich selbst aber mit einem Mandat begnügen. Aber die Liberalen von Gästeborg sind mehr antisozialistisch als liberal gesinnt und lehnten das ab. Mit den Moderaten hatten unsere Genossen keinerlei Abmachungen getroffen, sie haben ihnen aber durch die unerwartete Uebernahme ihrer Parteibezeichnung einen Streich gespielt, der der Sozialdemokratie ein Mandat brachte, als sie nach der Zahl ihrer Landstingvertreter erhalten konnte.

Japan.

Die Auschlachtung der „Verschwörung“.

Aus London werden weitere Einzelheiten über die Verschwörung gemeldet: Der Kaiser sollte ermordet werden im Laufe eines Besuches der Militärschule, die sich in einem Vorort von Tokio befindet. Man ist überrascht, daß man der japanischen Presse die Veröffentlichung einer derartigen Nachricht gestattet hat, weil bisher solche Veröffentlichungen in der Presse streng unterdrückt wurden.

Worauf es ankommt, sieht man aus der Auslassung des „Daily Express“: „Die Japaner — heißt es da — haben von jeher dem Risiko große Vererbung und Treue entgegengebracht. Seine Person war ihnen geheiligt, da sie als Verkörperung Japans galt. Die Nachricht von einer Verschwörung gegen sein Leben muß daher um so feltamer erscheinen. Nur Japaner, die anarchistische Lehren Europas kennen gelernt haben, können die Urheber der verwerflichen Pläne sein.“

Man sieht, man hat die Nachricht nicht umsonst in die Presse gebracht: es gilt, gegen die „Anarchisten“ und natürlich auch gegen die Arbeiterbewegung scharf zu machen.

Gewerkschaftliches.

Kommt es zur Aussperrung?

Der Ausschuss des Gesamtverbandes der Metallindustriellen hat in seiner Sitzung am 22. September beschlossen, zur Unterstützung der Sechshundertfabriken im Kampfe gegen die Gewerkschaften eine Aussperrung vorzunehmen. Am 8. Oktober nach Arbeitschluss sollen 60 Proz. der Belegschaften der Sechshundertfabriken ausgesperrt werden. Die Aussperrung soll solange aufrecht erhalten werden, bis die Sympathiestreiks gegen die Werften aufhören. Die Einstellung der Ausgesperrten erfolgt je nach den Betriebsverhältnissen.

Vorher sollen jedoch mit dem Vorstand des Metallarbeiterverbandes Verhandlungen gepflogen werden und falls diese Verhandlungen zu einem Resultat führen, unterbleibt die Aussperrung. Die Verhandlungen werden wahrscheinlich am Montag, den 26. September, beginnen.

Die Vorbereitungen zur Aussperrung.

Der Verband der Metallindustriellen Leipzigs beschloß mit Rücksicht auf die in Aussicht stehende Aussperrung der Metallarbeiter, sofort Erhebungen darüber anzustellen, welchen Organisationen die Arbeiter angehören. Die den Arbeitern vorzulegenden Fragen lauten: 1. Sind Sie Mitglied irgend einer Arbeiterorganisation? 2. Welchem Verband gehören Sie an? Wer von den Arbeitern ungenügende Angaben macht, soll ohne weiteres dem Deutschen Metallarbeiterverbande zugezählt werden und soll die hieraus entstehenden Konsequenzen tragen.

Die Antwort der Arbeiter.

Stettin, 22. September. (Privattelegramm des „Vortwärts“.) Eine massvolle Straßendemonstration veranstalteten heute mittag die ausgesperrten und freikundigen Werftarbeiter. Sie versammelten sich in drei verschiedenen Lokalen in den Vororten Jabelsdorf und Grabow und marschierten durch die Stadt nach dem Gesellschaftshaus, in dessen geräumigen Garten sich 4000 Personen versammelten. An dem polizeilich genehmigten Umzuge hatten sich 3500 Personen beteiligt. Der Bezirksleiter des Metallarbeiterverbandes Genosse Krollmann hielt eine kurze feierliche Ansprache, indem er den neuen Aussperrungsbeschluss der Metallindustriellen mitteilte, welche letzterer mit lebhaftem Plausen aufgenommen wurde. Um ihren nach fünfwöchigen Kampfe noch ungebrochenen Mut zu bekunden, blieben die Demonstranten mit ihren Familienangehörigen zu einem Instrumental- und Vokalkonzert beisammen, so zeigend, daß die Werftarbeiter auch die neue Drohung der Unternehmer nicht fürchten.

Berlin und Umgegend.

Die fünfprozentige Lohnerhöhung der Holzarbeiter.

Die Vertrauensmänner des Holzarbeiterverbandes waren am Mittwoch in Kellers Saal versammelt, um die Durchführung der Lohnerhöhung von 5 Proz., welche vertragsmäßig vom 1. Oktober ab eintreten muß, zu besprechen. Der Referent Glöckle führte unter anderem aus: Wegen der großen Zahl von Branchen mit verschiedenen Verhältnissen und wegen der abweichenden Auslegung, welche der Vertrag bei den Unternehmern findet, sei es notwendig, sich ganz genau darüber klar zu werden, wie die Lohnerhöhung durchgeführt werden muß. In den Lohnverhältnissen muß selbstverständlich der bisher gezahlte Lohn vom 1. Oktober ab um 5 Proz. erhöht werden. In den Branchen Innenaufbau und Möbel nach Zeichnung, wo größere Afforde vor dem 1. Oktober angefangen sind, muß auf den Teil der Arbeit, der nach dem 1. Oktober fertiggestellt wird, ein Zuschlag von 5 Proz. gezahlt werden. In den Branchen, wo feste Affordtarife bestehen, müssen diese vom 1. Oktober ab um 5 Proz. erhöht werden. Die Stadtarbeiter und die Treppengeländerarbeiter sind mit der Aussetzung der erhöhten Tarife bereits fertig. Bei den Bauhülfern und den Einsehern sind die neuen Tarife noch nicht abgeschlossen, weil die Unternehmer noch wegen einzelner Positionen verhandeln wollen. Bei den Maschinenarbeitern, die ja meist in Lohn arbeiten, wird es wegen des Aufschlags keine Differenzen geben. Die Ladentischler haben erst kürzlich die Durchführung des vertragsmäßigen Montagegeldes und des Einstellungslohnes erreicht. Jetzt müssen sie dafür sorgen, daß ihnen auch der fünfprozentige Zuschlag gewährt wird. Bei den Drechslern könnte es vielleicht zu Differenzen wegen des Aufschlags kommen, denn ehe der jetzt von den Meistern gewünschte Tarif ausgestellt werden kann, müssen die jetzigen Löhne um 5 Proz. erhöht werden. Die Möbelpolierer verhandeln wegen eines Affordtarifs und Festsetzung eines Mindestlohnes. — Es ist anzunehmen, daß die Unternehmer, wenn die Erhöhung am 1. Oktober von ihnen verlangt wird, zu feilschen anfangen und Verhandlungen mit der Schlichtungskommission verlangen. Darauf dürfen sich die Kollegen nicht einlassen. Die 5 Proz. müssen unbedingt auf die bisherigen Löhne aufgeschlagen werden. Wo das nicht glatt vonstatten geht, muß es der Verwaltung gemeldet werden, damit sie den Kollegen zu ihrem Recht verhelfen kann. In den Werkstätten, die nicht unter den Vertrag fallen, muß ebenfalls der Zuschlag von 5 Proz. verlangt werden. Wenn das durch Verhandlung nicht erreicht werden kann, dann muß durch Arbeitsniederlegung nachgeholfen werden. — Weiter machte der Redner darauf aufmerksam, daß die Vertragsbestimmungen über die Lohngarantie und die Wesperrpause strikt durchgeführt werden müssen und daß insbesondere die Bestimmungen und Beschlüsse über die Benutzung des paritätischen Arbeitsnachweises streng innegehalten werden, damit das Obligatorium des Arbeitsnachweises durchgeführt werde.

Die Versammlung stimmte einer mit den Arbeitgebern getroffenen Vereinbarung zu, welche besagt: Wenn ein Unternehmer durch den Arbeitsnachweis die gewünschten Arbeitskräfte nicht bekommt und solche deshalb durch Inzerat sucht, dann haben die Kollegen, welche auf diese Weise Arbeit annehmen, sich beim Arbeitsnachweis zu melden und dort eine Karte in Empfang zu nehmen.

Die Arbeitszeit in der Dekaturbranche.

Eine bemerkenswerte Rolle in der Berliner Konfektion spielt das Dekaturwesen, ohne welches der Konfektionär nicht auskommen könnte. Das Dekaturieren soll den Zweck haben, ein Einlaufen der Ware nach der Verzerrung zu verhindern sowie dieselbe durch Abziehen des in der Appretur künstlich erzeugten Glanzes tropfenfest zu machen. Diese Dekuration geschieht mittels Dampf. Arbeitsräume und Ventilation entsprechen jedoch nicht dem Bedürfnis. Es ist kein Wunder, wenn durch eine unumgängliche Gefahrheit in einem mit Dampf und Staub erfüllten, allen hygienischen Anforderungen Hohn spendenden Raume verbunden mit einer überaus langen Arbeitszeit geradezu die Grundbedingungen zur Schwindsucht gegeben werden. Und da der Herd einmal geschaffen, so können sich die Krankheitskeime in der Ware festsetzen, um ihre Wanderung in die Konfektion, zum Schneider bis zum Träger der Kleidung fortzusetzen. Sind es hauptsächlich Augenkrankheiten, welche den innerhalb der Fabrik beschäftigten Arbeiter heimsuchen, so ist für den Augenarbeiter, welcher den Transport der Ware von und zu den Konfektionshäusern besorgt, Rheumatismus eine alltägliche Krankheitserscheinung. Bei der Ablieferung der Ware muß er Arbeiten verrichten, um dann erhit, Wind und Wetter, Regen, Schnee und eisiger Winterfalle ausgesetzt, auf dem Wagen Platz zu nehmen. Die Dekatur ist eine Saisonarbeit. Ist die Konjunktur zu Ende, so werden eine Anzahl Arbeiter entlassen.

Verantw. Redakt.: Richard Barth, Berlin. Inseratenteil verantw. G. Glöckle, Berlin. Druck u. Verlag: Vornwärts-Verlag u. Verlagsanstalt

Die Arbeitszeit in den Dekaturanstalten ist eine zehnstündige, in der Hochkonjunktur jedoch ist eine 13-15stündige keine Seltenheit. Für eine Verkürzung der Arbeitszeit, welche die Arbeiterchaft vor Jahren schon anstrebte, haben die Unternehmer sehr wenig Verständnis, obwohl eine Verkürzung nicht nur in sozialer Beziehung, sondern auch aus gesundheitlichen Gründen dringend notwendig ist, nicht nur im Interesse der beteiligten Arbeiterchaft allein, sondern auch im Interesse des gesamten kaufenden Publikums.

Achtung, Asphaltarbeiter!

Seit Freitag, 16. September, stehen die Arbeiter der Firma J. Jeserich, Aktiengesellschaft, Charlottenburg, Salzwerk, im Streik. Diese Weltfirma, die ihren Aktionären fette Dividenden zahlt, weist ihre Arbeiter mit 40 Pf., als Anfangslohn sogar mit 37 1/2 Pf. ab. Die Arbeitszeit ist eine detarig lange, daß bis zu 100 Arbeitsstunden die Woche gearbeitet werden. Dabei ist die Arbeit außerordentlich schmutzig und da die Nacharbeit gang und gäbe ist, auch sehr gesundheitsschädlich. Die Verhandlungen mit den Organisationsvertretern wurden abgelehnt. Der Arbeiterausschuss verhandelte nun, indessen auch dies scheiterte, weil die Direktion nur den in der Fabrik tätigen Arbeitern eine Zulage von 1 Pf., nach zwei Jahren 2 Pf. und nach 6 (1?) Jahren 3 Pf., den Straßenarbeitern dagegen nichts bewilligen wollte. Weitere Verhandlungen scheiterten an dem jorren Verhalten der Direktion. Einmütig haben die Streikenden ausgespart. Streikbrecher fanden sich so gut wie gar keine. Die Absichten der Direktion, einen Keil in die Reihen der Streikenden zu treiben, sind schlagversagen. Jetzt versucht die Direktion ein neues Mandat, den Streikenden wurde gestern früh die Entlassung in die Wohnung geschickt. Gleichzeitig werden in der „Berliner Morgenpost“ und der Charlottenburger „Neuen Zeit“ von der Firma Jeserich mehrere hundert Arbeiter als Streikbrecher gesucht.

Die Firma sucht krampfhaft nach Ersatz für die Streikenden, ihr Bemühen wird vergeblich sein, wenn Ihr auch Eure Arbeitsehre wahrt und Euch nicht zum Streikbrecher hergebet.

Die Firmen K. H. u. Co., Kopp u. Cie., W. H. u. Freytag, Neuhäsel, führen für die gesperrte Firma Jeserich Straßenarbeiten aus. Die Arbeiter dieser Firmen werden also gezwungen, Streikbrecherarbeit zu verrichten. Dort, wo die Arbeiter sich weigerten, die Streikarbeit zu verrichten, wurden sie von ihren Firmen ohne weiteres entlassen. Der Prokurist J. fährt nichts mit dem Auto von einer Baustelle zur anderen und macht die Schmutzleute auf die Streikposten aufmerksam, um dieselben von ihren Standorten wegzubringen. Natürlich ist bisher alle Liebesmühe vergebens gewesen. Mit den paar Streikbrechern kann die Weltfirma Jeserich nichts anfangen.

Arbeiter! Kollegen! Nehmt bei Jeserich keine Arbeit an. Werdet nicht zum Streikbrecher. Werdet nicht zum Verräter an Euren kämpfenden Brüdern. Macht keine Streikarbeit! Unterstützt uns in diesem Kampfe, damit die Solidarität keine leere Phrase bleibt. Unser Sieg ist auch Euer Sieg.

Die Ortsverwaltung.

Zum Streik der Chauffeure, Packer, Hausdiener, Radfahrer usw. bei der Firma Handelsgesellschaft Deutscher Apotheker, Dortmundstraße 11/12 und Belegowstraße 10b, wird berichtet, daß die Firma krampfhaft Anstrengungen macht, die notwendigen Arbeitskräfte zu bekommen. Gestern enthielten die „Morgenpost“ und der „Lokal-Anzeiger“ Streikbrecherinzerate. Oberdarmmacher Wolke hat alle Hände voll zu tun, um die brachliegende Arbeit zu erledigen. Trotzdem sind Streikbrecher bis jetzt nicht zu verzeichnen. Daß bei allen Kämpfen im Handelsgewerbe die kaufmännischen Angestellten Arbeitswilligendienste leisten, ist der Arbeiterchaft sattem bekannt. Auch hier scheuen sie sich nicht, ihr bei sonstigen Gelegenheiten zur Schau getragenes Standesbewußtsein an den Nagel zu hängen und die „allgemeinlichste“ Arbeit zu verrichten, die sonst von Arbeitern erledigt wurde. Den Weiblichen hat man versprochen, so lange der Streik dauert, pro Woche 2 M. extra zu zahlen, außerdem konnten sie gestern auf Kosten der Firma Mittag und Abend genießen. Am Donnerstag früh wurden sie unter Polizeibegleitung nach dem Geschäftskloak geleitet. In der Donnerstagnummer der „D. Z. am Mittag“ befindet sich eine Notiz, überschrieben: „Schwerer Streikverzeß“. Es wird darin behauptet, daß die Streikenden einen Autoschreiber mißhandelt und das Auto zur Flucht benutzten hätten. Später soll es auf der Charlottenburger Chaussee total demoliert aufgefunden worden sein. Wahr ist, daß ein Führer der Kraftdrosche Nr. 9084, welcher Kisten und Pakete mit seinem Auto beförderte, auf die Situation aufmerksam gemacht wurde. Der Herr, der wohl besonders nervös veranlagt ist, zog sofort einen Revolver und schoß blindlings nach allen Seiten um sich. Der Passanten bemächtigte sich begreiflicherweise ob dieses Streiches eine Erregung, die sich in der Verabreichung einer gehörigen Tracht Prügel an den Revolverhelden Luft machte. Streikende waren an der Sache in keiner Weise beteiligt. Sie werden ohnehin schon hart genug von der Polizei bedrängt. Die Dortmundstraße, eine Sachgasse, und die breite mit Promenade versehene Belegowstraße sind ihnen verboten zu betreten. Rüge Polizei und Geldbad vereint alles veruchen, die Streikenden werden sich dadurch von ihrem gerechten Kampfe nicht abhalten lassen. Sie wissen, sie kämpfen für eine gute Sache und sind gewiß, daß sie hierbei die Unterstützung der gesamten Arbeiterchaft haben werden.

Nützliche Elemente.

Bei dem Spandauer Klempnerstreik haben sich auch einige Klempner, die in dortigen Staatswerkstätten, namentlich in der Munitionsfabrik arbeiten, rühmlich hervorgetan, indem sie nach Beendigung ihrer Arbeit in der Staatswerkstätte Klempnerdienste bei einigen Meistern verrichteten. Die Streikleitung läßt es sich angelegen sein, die Namen dieser Klempnerarbeiter zu erforschen.

Deutsches Reich.

Tariffbewegung der Buchbinder in Hannover.

Eine von über 1500 Buchbinder- und Kartonnagen-Arbeitern und Arbeiterinnen besuchte Versammlung beschäftigte sich am 19. d. M. mit den Zuständen der Prinzipale zu der eingereichten Tarifvorlage. Diese Zustände sind so gering, daß die Verhandlungskommission erklärte, sie der Arbeiterchaft zur Annahme nicht empfehlen zu können. In einer angenommenen Resolution wird gesagt, daß, wenn bis 23. d. M. keine Einigung erzielt ist, die Arbeiter die Kündigung einreichen werden.

Lohnbewegung in der Dresdener Schuhindustrie.

Die Lohnbewegung der Schuhfabrikarbeiter hat eine Verschärfung dadurch erfahren, daß der Verband der Schuhfabrikanten die Forderungen der Arbeiter abgelehnt hat, mit der Begründung, daß sie durch Lieferungsverträge auf längere Zeit gebunden seien. gelegentlich seien sie nicht abgeneigt, „Lohnvor schläge“ entgegen zu nehmen, eventuelle Lohnerhöhungen könnten erst am 1. April 1911 in Kraft treten. Die Löhne, die sie zahlen, seien aber höher als irgendwo in Deutschland. Dieses provozierende Verhalten der Fabrikanten in Deutschland hat dazu geführt, daß in zwei Fabriken die Arbeiter die Kündigung einreichten. Eine Aussperrung ist nicht unwahrscheinlich, Zuzug von Schuhfabrikarbeitern aller Art ist streng fernzuhalten.

Die in der Eisenberger Etnindustrie beschäftigten Etn- und Holzarbeiter befinden sich seit dem 15. bezw. 22. August in einem beständigen Lohnkampfe, an dem insgesamt 850 Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligt sind. Der Streik erstreckt sich über 15 Betriebe, während mit 7 Betrieben, in denen 120 Personen beschäftigt werden, ein Tarifvertrag abgeschlossen werden konnte. Gefordert wird eine 55%stündige Arbeitszeit, Einführung von Minimallohnen, höhere Entschädigung der Ueberstunden, eine 10prozentige

Erhöhung der Affordpositionen und Abschluß eines Tarifes auf die Dauer von fünf Jahren. Der Kampf ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil der Schuhverband der Etnfabrikanten Deutschlands auf seiner diesjährigen Generalversammlung in Eisenach einen Beschluß gefaßt hat, nach welchem Tarifverträge mit Arbeitnehmerverbänden nicht einzugehen sind und bestehende Verträge nicht erneuert werden dürfen. Trotz dieses Beschlusses saßen sich jedoch die Hanauer Fabrikanten kurze Zeit nach der Unternehmertagung genötigt, in einen Tarifvertrag mit dem Buchbinderverband zu willigen, und jetzt sehen die Fabrikanten alle Hebel in Bewegung, um Eisenberg vor dem Schicksal Hanau zu bewahren. Die Dauer des Kampfes ist noch nicht abzusehen; die Arbeiterchaft wird sich aber ihr Recht, auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen einen mitbestimmenden Einfluß auszuüben, von den Unternehmern nicht nehmen lassen. Der Streik hat sich also zum Prinzipienkampf ausgewachsen, der mit aller Energie zu Ende geführt werden muß.

Zuzug nach Eisenberg ist streng fernzuhalten.

Auch in A u l a haben die Etnarbeiter bei zwei Firmen die Kündigung eingereicht.

Der Streik der Mühlenarbeiter in den Hildebrandischen Mühlenwerken in D ö l l b e r g bei Halle a. d. S. endete mit einem Erfolg der Arbeiter. Die Direktion verhandelte mit dem Streikkomitee unter Zuziehung des Verbandsvorstandes und machte dabei Zugeständnisse, die von den Streikenden akzeptiert wurden.

Im unterfränkischen Muckhallsgebiet wurde soeben ein umfangreicher Lohnstreik zum Abschluß gebracht. Der Tarif selbst weist mehr wie 100 Positionen auf und erstreckt sich auf 29 Ortschaften, in welchen über 600 Verbandsmitglieder beschäftigt sind. Bisher bestand in diesem großen Steinbruchgebiet das sogenannte wilde Affordsystem und im Winter wurden die Kubikmeterpreise immer stark herabgesetzt. Die Steinarbeiter errichten schon im Jahre 1908 eine Tarifvorlage ein. Es kam zum Streik, der verloren ging und dem Steinarbeiterverband zirka 110 000 M. kostete. — Durch den jetzigen Tarifabschluß ist nun mit einem Schläge das Lohnverhältnis in vernünftige Bahnen gelenkt. Die Steinbruchbesitzer wehrten sich auch dieses Mal gegen einen Tarifabschluß, aber die aufblühende Muckhallsindustrie konnte eine solche Betriebsführung wie 1908 nicht ohne weiteres vertragen, zudem lagen große Aufträge vor. — Der Ausgang dieser Lohnbewegung wird weiter zur Folge haben, daß die zwölf Zahlstellen, welche beim Tarifabschluß in Frage kommen, zu einem Verwaltungsbezirk verschmolzen werden sollen. Die strenge Durchführung des Tarifes macht eine solche organisatorische Neuerung dringend nötig.

Ausland.

Die Streikbewegung in Rußland im Jahre 1909.

Nach den Berichten der Fabrikinspektion betrug die Zahl der Ausstände 340 gegen 892 im Jahre 1908. Die Zahl der Ausständigen fiel von 176 000 auf 64 000; insbesondere ist die Zahl der politischen Ausstände gefallen. Zumeist fielen die Ausstände mit der Feier des 1. Mai zusammen. Die erste Stelle nimmt in bezug auf Ausstände der Warschauer Kanon ein, dann folgen Grodno und Astrachan. Unter den Streikenden sind die Metallarbeiter an erster Stelle, dann die Holzarbeiter und Manufakturisten. Vorherrschend waren kurze Ausstände, die zehn Tage nicht überschritten. Insgesamt wurden auf diese Weise 417 768 Arbeitstage verzettelt.

Ursachen der Ausstände waren in erster Linie erhöhte Lohnforderungen, in zweiter Versuche der Arbeitgeber die Löhne zu drücken; während die Dauer des Arbeitsstages nur in 20 Fällen zu Ausständen führte. Die Streiks verliefen zu 25 Proz. zugunsten der Arbeiter, in allen anderen Fällen zugunsten der Arbeitgeber. In 13 Fällen wurden Ausständigen verhaftet und abgeschoben, in 10 Fällen wurde Polizei oder Militär requiriert.

Im großen und ganzen ersieht man daraus, daß die Arbeiter trotz aller Drangsalierungen und Vergewaltigung seitens der russischen Regierung den Klassenkampf zu führen gelernt haben.

Letzte Nachrichten.

Ein neuer Polizeistreik.

Mit allen Mitteln — guten und schlechten — suchen in Preußen Polizei und Staatsanwaltschaft die freie Jugendbewegung und im besonderen die Aufklärung derselben zu unterdrücken. Ueber ein neues Musterstückchen der Polizei wird und spät abends aus Lichtenberg gemeldet:

Genosse Graf sollte einen Lichtbildervortrag für den Jugendausflug Lichtenberg-Friedrichsfelde abhalten; dies wurde ihm unterjagt, da er nach einer verlautbarten Bestimmung von 1834 einen Lehrschein haben müsse. Statt dieses Vortrages sollte gestern abend im „Schwarzen Adler“ (Frankfurter Chaussee) eine öffentliche u. politische Versammlung für jugendliche und erwachsene Personen stattfinden. Die Polizei wollte jedoch anders. Nachdem Genosse Graf einige einleitende Worte an die Versammlungsbefucher gerichtet hatte, betreten 2 Polizeibeamte den Saal und forderten den Referenten auf, eine Erklärung abzugeben, ob er weiter sprechen wolle. Genosse K l i e m, als Einberufer der Versammlung erklärte, daß hier er und nicht die Polizei zu bestimmen habe, was geschehe. Die bewaffnete Macht forderte kurzerhand den Genossen Graf auf, mit zur Polizei zu gehen, um die Personalisten festzustellen. Jeder Einwand half nichts, Graf wurde von dem Wachtmeister gleich am Arm gefaßt und zur Wache geführt. Genosse S c h w e n k, der gegen das ungeschickliche Verhalten der Polizei protestierte, wurde ebenfalls mit zur Wache geführt. Auf der Polizeiwache wurde erklärt, daß die Genossen Graf und Schwenk solange in Polizeigewahrsam bleiben, bis die Versammlung aufgelöst sei. — Währenddessen war vor dem Versammlungskloak ein starkes Schuttmannausgebot erschienen. Die zahlreich erschienenen Versammlungsbefucher wurden aufgefordert, ruhig nach Hause zu gehen und sich nicht provozieren zu lassen. Auch einige Jugendliche wurden von der Polizei festgenommen. Wie lange die Genossen Graf und Schwenk auf der Wache festgehalten wurden, konnten wir noch nicht ermitteln.

Vom Einbrecher ermordet.

Bunzlau, 22. September. (B. Z. B.) Bei Verfolgung eines Diebes wurde die Frau Stellenbesitzer W i n k l e r aus dem nahen P ü h l s d o r f in den Pössener Büschen vom Einbrecher ermordet. Die Person des Mörders ist noch unbekannt.

Großfeuer.

Neumünster, 22. September. (B. Z. B.) Im Dorfe Gabeland fielen heute drei Gehöfte mit zwölf Gebäuden, das alte Schulhaus und große Getreidevorräte einem Großfeuer zum Opfer. Das Feuer war durch Kinder entstanden, die mit Streichhölzern spielten.

Feuer im Hafen von Amsterdam.

Amsterdam, 22. September. (Vrech-Rel.) Beim Löschen seiner Ladung geriet der Dampfer „Gelebes“ in Brand. Trotz des sofortigen Einschreitens der Hafensfeuerwehr ist es bisher nicht gelungen, das Feuer Herr zu werden.

Parteitag der deutschen Sozialdemokratie zu Magdeburg.

Dritter Verhandlungstag.

Infolge der Ausdehnung der Mittwochsitzung bis in die späten Nachstunden waren wir gezwungen, den Schluß der Sitzung in stark verkürzter Form zu geben. Wir holen daher vom Schlußwort des Genossen Dr. Frank ab den Bericht nach.

Dr. Frank:

Genosse Antrich hat mir mitgeteilt, daß er nicht zu denjenigen gehört habe, die persönliche Angriffe gegen die badische Landtagsfraktion gerichtet hätten. Ich nehme deshalb gern Gelegenheit, hier zu erklären, daß meine Ausführungen über ihn nicht zutreffen. Ich freue mich, daß er Wert darauf legt, daß das Verkonstatiert wird. Stadthagen hat in einer persönlichen Bemerkung seine Ausführungen im wesentlichen zugegeben. Er hat mitgeteilt, daß er tatsächlich von dem Benehmen der badischen Landtagsfraktion gesagt habe, sie sei nicht sozialdemokratisch, sondern bündisch. Er hat mit der Beweiskraft und Ueberzeugungskraft, die ihm innewohnt, dann ausgeführt, er habe mit dem Wort „bündisch“ etwas anderes sagen wollen. (Stadthagen: Nein, nein!) Er sei bereit, es dahin zu ändern, daß er sage, nationalliberal oder kompliziert. Genosse Stadthagen, Sie dürfen die Versicherung von uns annehmen, die Empfindung, die wir über Sie, über Ihre Erklärung und Ihre Rede haben, reicht an Empörung nicht heran. Es kann sein, daß unsere Gründe nicht neu waren, aber wir legen mehr Wert auf Wahrheit als auf Neuartigkeit. Im übrigen haben wir doch auch Neues vorgebracht. In Nürnberg berieten wir uns auf den Inhalt einzelner Budgetposten, namentlich auf die Erhöhung der Arbeiterlöhne und der Beamtengehälter. Diesmal haben wir die politische Situation als Grund an. Das sind, wie Bebel zugeben wird, verschiedene Dinge.

Ich freue mich darüber, daß Bebel im Gegensatz zu so vielen Rednern von gestern und heute in seinem Schlußwort gezeigt hat, in wie vielen großen Fragen wir im Grunde einig sind. Er hat erklärt, daß er die Bedeutung der kleinen Konzeptionen nicht unterschätzt. Mit uns ist er der Meinung, daß zu Unrecht der Sozialdemokratie Regalation vorgeworfen wird. Es kommt der Zeitpunkt, wo sich durch das Wachstum einer Partei neue Pflichten ergeben, wenn wir infolge unserer Größe die Macht haben, die von uns kritisierten Zustände zu ändern und zu bessern. Wann dieser Zeitpunkt gekommen ist, darüber können wir uns in Ruhe und Kameradschaftlichkeit unterhalten. Bebel hat auch noch einmal die monarchische Frage gestreift, und ich freue mich aufrichtig, daß kein Kaiserantrich bei Prinz Ludwig von Bayern noch nicht alle Hoffnung ausgehen braucht. (Heiterkeit.) Ich bitte aber, uns Wadenfer nicht zu benachteiligen und, damit es wenigstens zur Stichwahl kommt, auch den badischen Thronfolger Prinz Max zu berücksichtigen. (Große Heiterkeit.) Denn der hat sich auch für ein besseres Wahlrecht ausgesprochen, ist für Berücksichtigung der unteren Klassen eingetreten und hat sich sozialer erwiesen als Zentrum und Liberale, aber diese Dinge sind nicht so unbedingt aktuell, daß wir wegen dieser Alternative und gegenseitig Unannehmlichkeiten zu sagen brauchen. (Heiterkeit.)

Ich freue mich weiter darüber, daß Bebel die Nürnberger Resolution nicht auf die Gemeinden ausdehnen will. Nur gab er eine falsche Begründung für eine richtige Taktik. Sind die Gemeinden wirklich nur ein Anhängel des Klassenstaates, wäre es für uns ein doppelter und dreifacher Grund, ihre Staats abzugeben. (Sehr richtig! bei den Süddeutschen.) Es gibt übrigens große Blätter, die in der Gemeindefrage anders denken als Genosse Bebel. Die „Leipziger Volkszeitung“ zum Beispiel. Neulich erfuhr ich von einem charakteristischen Fall aus der nächsten Nähe von Berlin, wo man doch nicht mehr nötig hat, Studien zu machen. (Heiterkeit.) In Werdau erwies sich die Kolonialpolitik, für ein Organ des Klassenstaates, den Polizeibeamten, eine neue Hofe anzuschaffen (Heiterkeit), wofür 8 M. gefordert wurden. (Erneute Heiterkeit.) Und die braven Genossen, die in diesem Rathaus tätig sind (Lebedour: Das ist ja ein Sohn auf diese Debatten!) — Lassen Sie mich doch ausprechen! — die braven Genossen also haben die 8 M., natürlich mit schwerem Herzen, bewilligt und der Polizeibeamten hat die neue Hofe bekommen. Und nun das prinzipielle Nachspiel, Genosse Lebedour. Im Wahlverein sagten die Genossen, Ihr habt gegen die Nürnberger Resolution verstoßen. Sie sehen, zu welchen Konsequenzen wir kommen, wenn wir uns an den Wortlaut halten, und man sieht, daß die Aufklärung über diese Frage doch nicht ganz so gegenstandslos ist. In Dänemark können unsere Genossen nicht den gewaltig feierlichen Akt der Ablehnung des Budgets durchzuführen, weil es nämlich dort gar keine Gesamtabstimmung gibt. In England nehmen sie es an, in Belgien werden sie es wahrscheinlich annehmen, wenn sie mit den Liberalen die Mehrheit haben. In Oesterreich lehnen sie es ab, aber sie stimmen für die Dringlichkeit, damit die anderen es annehmen können. (Hört! hört! bei den Süddeutschen.) Nachher schied sie dann eine schon marxistische Begründung. In der Adler, der steht uns. (Heiterkeit und Zustimmung.) — In der Schweiz, die Bebel doch so gut kennt, stimmen die ganz besonders radikalen Werner Genossen für das Budget. (Hört! hört!) Bebel hat jetzt erwähnt, daß wir, um die Caprivischen Handelsverträge zu retten, für die in ihnen enthaltenen Zollsätze gestimmt haben, ohne damit unsere prinzipielle Haltung gegenüber den ganzen Völkern aufzugeben. So haben wir die Verbesserungen des Klassenwahlrechts in den Gemeinden akzeptiert, ohne darum auf unsere Forderung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts zu verzichten. Die erdrückende Mehrheit gerade der geordneten Vertreter unserer Genossen hat sich in Baden auf unsere Seite gestellt und das waren die Genossen, die die Verhältnisse kennen, die am eigenen Leibe erfahren werden, ob unsere Politik aufwärts oder abwärts in den Sumpf führt. (Sehr gut! bei den Süddeutschen.) Bebel meint, wir dürfen das nicht überschätzen, denn wir hätten in Baden die Presse zur Verfügung. Da kann man erwidern: in Berlin werden Hunderttausende allein durch den „Vorwärts“ über unsere Parteiverhältnisse orientiert. Wenn Bebel glaubt, die Badener Arbeiter dadurch umzustimmen, daß er nach Baden kommt, unterschätzt er ihre Urteilsfähigkeit. (Sehr richtig! bei den Süddeutschen.) In Berlin hat einmal über dieselben Parteiverhältnisse eine Versammlung mit 5000 Zuhörern einem der Jungen — ich glaube es war Bruno Wille — zugejubelt, und dann hat eine andere Versammlung mit 6000 Teilnehmern Bebel zugejubelt. (Webel: Was war aber Wille dabei?)

Im stillen Kämmerlein wird auch der Radikalste zugeben, daß es nicht an den Personen, sondern an den Verhältnissen liegt, wenn die Süddeutschen mit solcher Einmütigkeit anderer Meinung sind, als Sie. (Auf bei den Norddeutschen: Die Einmütigkeit ist ja gar nicht vorhanden!) In Baden erkennen selbst die Gegner der Budgetbewilligung im übrigen die Haltung der Fraktion an. Quard wirt uns ungenügende Agitation gegenüber der Gemeinde- und Städteordnung vor. Nach meiner Meinung ist diese Agitation energisch, planmäßig und erfolgreich betrieben worden. Was würde man sagen, wenn wir den preussischen Genossen ihre Agitation vorschreiben wollten? Der solche Häßel erteilt, wie Genosse Quard, der muß erst den Befähigungs-

nachweis dafür erbringen, daß er selbst die richtige Taktik einzuhalten weiß. (Sehr gut! bei den Süddeutschen.) Von den Bemerkungen Lehmanns will ich nur einen Punkt hervorheben, damit nicht morgen schon in der Zentrumspresse daraus eine Keite von Verleumdungen erwächst. Er ist das Opfer eines böshaften Klatsches geworden, wenn er behauptet, es sei schon ausgemacht gewesen, daß die Nationalliberalen später die Budgetablehnung rechtfertigen würden. Dies zu sagen halte ich mich von dieser Stelle aus, auch den Gegnern gegenüber für verpflichtet. (Sehr richtig! bei den Wadenfern.) Es liegt uns wahrlich fern, unsere Erfolge herauszustreichen. Wir befinden uns infolge der Debatten in der Zwangslage, diese Sachen vorzutragen und wir haben uns auf das Notwendigste beschränkt.

Das Großblodabkommen bei den Wahlen ist von keiner Seite bemängelt worden. Für den Reichstag existiert diese Frage ja nicht. Bebel hat der Meinung Ausdruck gegeben, es können Fälle eintreten, wo trotz der Nürnberger Resolution eine Fraktion gezwungen ist, sich der Stimme zu enthalten, weil sie glaubt, daß sie sonst die Interessen der Partei schädigt. Ich nehme gern Kenntnis davon, daß Bebel zugibt, es kann zwingende Fälle geben, in denen man das Bekenntnis zum Kampf gegen den Klassenstaat, wie es in der Budgetverweigerung liegt, nicht zum Ausdruck bringt. (Sehr gut! bei den Süddeutschen.)

Es ist natürlich auf aller Lippen die Frage, was soll geschehen, wie soll die Lösung der Dinge sein? Da will ich vor allem an die Spitze setzen das eine, daß in der ganzen Debatte gestern und heute weder vom Korreferenten, noch von einem Diszussionsredner, weder verstedt noch offen eine Drohung ausgesprochen ist (sehr wahr! bei den Süddeutschen), und wenn West mehr hierher gekommen ist in der Absicht, gegen Drohungen zu polemisieren, dann hat er sich an die falsche Adresse gewandt. (Zuruf: Quessel hat gedroht.) Wenn Sie aus den sanften Worten von Quessel eine Drohung herausgehört haben (Heiterkeit), dann sind Sie wirklich viel sensibler als wir Süddeutschen alle. Von einer Seite habe ich allerdings eine Drohung gehört, ich nehme an, daß Westmeyer ein treuer Leser der „Neuen Zeit“ ist, und dort hat der Pfeil-Artiller allerdings davon geredet, daß man vom Gesamtstamm der Partei einen Zweig loslösen müsse. (Hört, hört! bei den Süddeutschen.) Das wird wohl Westmeyer vorgezwinkt haben. Wir dagegen halten es für selbstverständlich, daß die verantwortlichen Personen in der Partei alles tun werden, um zu vermeiden, daß unsere herrliche Bewegung solche Rückschläge erleidet. (Lebhafte Heiterkeit.) Nun ist nur ein Weg gezeigt, der eventuell mal zum Frieden führen könnte und der sicher auch jetzt sofort den Waffenstillstand gewährleisten würde. Das war der Vorschlag auf Einsetzung einer Kommission. Man hat den Vorschlag verächtlich, aber die Debatte hat soviel Beweise dafür erbracht, daß noch keine Klarheit über diese Dinge herrscht, daß ich mit Spinoza sagen möchte: ignorantia non est argumentum — Unwissenheit ist kein Beweismittel. (Sehr gut! bei den Süddeutschen.)

Wenn Bebel meint, wir können doch nicht jetzt nach 18 Jahren erst an die Untersuchung der Frage herantreten, dann sage ich: Sie haben heute ein Beispiel aus dem Leben gehabt, aus dem hervorgeht, daß die nächstliegenden Dinge am leichtesten zu übersehen waren. Sie haben gesagt, daß der Inhalt der Verfassungen der Staaten nicht allen Genossen bekannt ist. Haben wir es nicht erleben müssen, daß 208 Genossen über die Verfassung der eigenen Partei im Unklaren sind (sehr gut! bei den Südd.), haben wir nicht gesehen, daß die, die uns über die Pflichten der Disziplin belehren wollen, selbst mit einem Antrag gekommen sind, der mit den Pflichten der Disziplin, wie wir sie verstehen, nicht in Einklang zu bringen ist. (Erneutes sehr gut! bei den Südd.) Bebel hat Ihnen das viel besser und klarer bewiesen, als ich es tun könnte. (Dittmann: Er hat es nicht bewiesen.) Ja, Dittmann, wenn Sie nicht durch Bebel zu überzeugen sind, durch mich lassen Sie sich nicht überzeugen. (Heiterkeit.) Aber ich nehme dann wenigstens an, daß Sie, ohne überzeugt zu sein, im Sinne von Bebel stimmen werden. (Große Heiterkeit.) Haase hat erklärt, es werde Eindruck machen, daß feststeht, wieviel Genossen im voraus diesen Antrag unterschrieben haben. Da muß ich doch feststellen, daß der weitaus größte Teil der Unterschriften unter dem Antrag stand, bevor Bebel als Vertreter der Anklage und bevor einer der badischen Genossen zu seiner Verteidigung das Wort bekommen hat. (Sehr richtig! bei den Südd.) Nun frage ich Sie, es waren ja, glaube ich, mit Ausnahme von mir, alle Parteijuristen unter diesem Antrag. (Seine: Ja nicht! — Heiterkeit.) Nein, Sie kommen nicht in diesen Verdacht. (Heiterkeit.) Was würden Sie von einem bürgerlichen Richterkollegium halten, das in den Gerichtssaal kommt, nicht bloß mit einem fertigen, sondern auch mit einem formell unterschriebenen Urteil? (Große Unruhe bei der Mehrheit.) — Lebedour ruft: Lag etwa die Resolution Bebel nicht vor? Was würden Sie davon halten, wenn der geistvolle Begründer dieses Antrages zugeben müßte, daß der Dolus eventualis eine Rolle gespielt habe. Wenn Sie einen der Süddeutschen gefragt hätten, bevor Sie Ihren Antrag unterzeichnet haben, dann hätte er förmlich Sie angebettelt. Sie sollten ihn unterschreiben, weil nach außenhin nichts die Situation so beleuchtet, als wie die Tatsache, daß ein großer Teil des Parteitagess, ohne die Angeklagten zu hören, das schärfste Urteil über sie ausspricht. (Lebhafte Zustimmung bei den Süddeutschen.)

Sie haben sich jetzt bei dem Rückzug, den der Genosse Haase zu beden versucht (Haase: Es war doch kein Rückzug!), es war ein Rückzug des Antrages, was haben Sie denn gemeint, Genosse Haase? (Heiterkeit bei den Süddeutschen.) Dittmann: Wir können den Antrag ja wieder aufnehmen! (Weisfall.) Ich weiß, daß Sie den Antrag wieder einbringen können. (Dittmann: Provozieren Sie doch nicht!) Soll denn die ganze Tätigkeit auf dem Parteitag darin bestehen, daß Sie in Situationen, wo die Parteigenossen einig sind, dann wieder alle Anträge einbringen. (Große Unruhe. Zuruf: Wir haben den Antrag eben nur aus Disziplin zurückgezogen.) Wenn Sie sich dadurch provozieren fühlen, daß ich in schlichter, einfacher Weise die Tatsachen erzähle, dann kann ich Ihnen allerdings nicht helfen. Haase hat sich darauf zurückgezogen, daß ja der Parteivorstand mit der Tendenz des Antrages einverstanden sei. Was will denn das besagen? Glauben Sie, daß es in der Welt jemals eine Situation gibt, die genau der anderen gleich ist. Glauben Sie, daß eine Budgetabstimmung von heute unbedingt der in zwei Jahren gleichen muß. (Dittmann: Hört! hört!) Ach, Dittmann, Sie klammern sich in Ihrer rein äußerlichen Auffassung der Dinge an die Frage, ob ein ja oder ein nein ertönt. Was jetzt die Lage nach Zurückziehung des Amendements entscheidet, das ist die Tatsache, daß die Genossen, die das Unglück haben, in den Landtagen zu sitzen, wieder unter dem gleichen Recht stehen, wie die anderen Parteigenossen. Stellen Sie sich die Verhältnisse vor, wenn Ihr genialer Zusatzantrag angenommen würde. Die statistischen Bestimmungen würden zur Folge herabgewürdigt. (Weisfall bei den Süddeutschen.) Die klugen Genossen, die den Antrag zurückgezogen haben und die damit die Abgeordneten wieder auf den Boden des allgemeinen Parteirechts gestellt haben, haben sich das Verdienst erworben, daß sie die Partei vor einer Plamage bewahrt haben. (Lebhafte Weisfall bei der Mehrheit, Gelächter bei der Mehrheit.) Wir wollen Recht und keine Gnade. Wir denken wie jene Frau, die wegen Holzdiebstahls vor den Amtmann geführt wurde. Der sagte: Ich will Dich nicht bestrafen, aber das nächste Mal kostet es 5 Rubel. — Nichts da, sagte die Frau, ich stehle mei Holz und zahle mei Straf. (Heiterkeit und Unruhe. Dittmann ruft: Was soll das heißen?) Das soll Ihnen beweisen, daß Sie nicht sagen sollen, wir haben die

Reute diesmal geschont, sie hätten eigentlich hinausgeworfen werden müssen. Wir wollen, daß Sie uns recht geben. (Große Unruhe bei der Mehrheit.) Wir wollen, daß Sie uns Recht sprechen, will ich sagen, das erste war natürlich aufrichtiger gemeint.

Im Verlaufe seiner Ausführungen hat Haase in seiner lebenswürdigen bestrickenden Art und gesagt, man habe auf eine Erklärung von unserer Seite gewartet. Ich habe mit meinen Freunden nicht darüber geredet. Vielleicht wären sie Haases Lebenswürdigkeit erlegen, wenn ihnen Haase nicht mit der geätzten Resolution der 200 entgegengetreten wäre. Von diesem Augenblick an war eine solche Erklärung natürlich eine Unmöglichkeit.

Heute sage ich Ihnen im Namen der Süddeutschen: Selbstredend haben wir das allergrößte Interesse an der Einigkeit und Geschlossenheit der Partei. (Weisfall.) Wir werden in dieser Richtung das unserige tun, aber keiner von uns kann Ihnen heute erklären, was geschehen wird in den Budgetabstimmungen der nächsten Jahre. Das ist eine Frage der Verhältnisse. (Große Unruhe.)

Das ist die Erklärung, die ich Ihnen abzugeben habe. Ich hoffe, daß die Genossen, denen es ernst ist mit der Einigkeit der Partei, nunmehr zur Arbeit gegen den Feind übergehen! (Lebhafte Weisfall bei den Süddeutschen.)

Haase - Königsberg (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage, die Abstimmung auf morgen früh zu verlagern. Frank hat sein Schlußwort zu Angriffen auf Bebel und andere benutzt. Diesen muß Gelegenheit zur Beratung über die Schritte zur Richtigstellung gegeben werden.

Mit Einwilligung des Parteitagess gibt Vorsitzender Dieß dem österreichischen Genossen Schrammel das Wort zu einer Richtigstellung.

Schrammel: Wir haben, wenn wir für die Dringlichkeit des Budgets gestimmt haben, nur für die Vornahme der Abstimmung, aber nicht für das Budget selbst gestimmt. Im österreichischen Reichsrat wird das Budget, so wie bei Ihnen, in drei Lesungen verhandelt. Die dritte Lesung des Budgets kann aber nur dann sofort nach Erledigung der zweiten Lesung vorgenommen werden, wenn für die sofortige Vornahme der dritten Lesung eine Zweidrittelmehrheit vorhanden ist. Es ist also selbstverständlich, daß wir nur für sofortige Verhandlung gestimmt haben, das ist etwas ganz anderes, als für das Budget zu stimmen. Ich erkläre bei dieser Gelegenheit, daß die Genossen ganz beruhigt sein können über unsere Haltung im österreichischen Parlament (Zuruf: Das sind wir auch!), daß wir auf keinen Fall für ein Budget stimmen würden, ohne die Zustimmung unserer Genossen im Reich zu haben. Wir werden nicht selbständig handeln, sondern uns immer den Beschlüssen der Gesamtheit fügen, die für die Angelegenheit gesagt worden sind. (Weisfall.)

Beräthliche Bemerkungen.

Peus - Dessau: Bebel hat heute aus einer Nummer des „Volksblatts für Anhalt“ eine Aeußerung von mir entnommen, in der ich anerkenne, daß auch die Demokratische Vereinigung für die Arbeiter eintritt, wenn man es im weitesten Sinne des Wortes faßt. Gerade Bebel selbst hat übrigens den Dr. Breitscheid sehr herausgegriffen, und man hat sich in mehreren Wahlkreisen und in Berlin selbst die Wahlhilfe von Breitscheid sehr gern gefallen lassen. Ich habe im Volksblatt so gut wie in Brandenburg erklärt, daß ich einen Bloß von Bebel bis Wasserfall für Blödsinn halte. Bebel hat dann seiner Meinung für mich als Kandidaten für Brandenburg-Westhavelland Ausdruck gegeben. Bebel mag mancher Kandidat nicht gefallen.

Vorsitzender Dieß: Das geht uns gar nichts an, ob dem oder jenem die oder jene Kandidatur gefällt oder nicht.

Peus (fortfahrend): Wenn in meinem Wahlkreise nach meiner offiziell aufgestellten Kandidatur ein Genosse sich herausnehmen würde, öffentlich so über mich zu sprechen, wie Bebel das getan hat, so würde das im Wahlkreise als grobe Disziplinlosigkeit empfunden werden. (Zustimmung und Widerspruch.) Vorläufig haben nur die Wahlkreise über die Kandidatur zu entscheiden. (Bebel: Sehr richtig!) Und ich habe viel zu großen Respekt vor der Demokratie der Sozialdemokratie (Sehr gut und Widerspruch), als daß ich annehmen könnte, daß die Aeußerungen Bebel's irgendwelchen Erfolg haben könnten auf die Stimmung des Wahlkreises, in dem ich seit 20 Jahren arbeite und seit vierzehn Jahren kandidiere.

Braun - Königsberg: Ich weiß nicht, ob ich zur Kategorie der Dummten oder der Schläuen unter den Unterzeichnern der Resolution 94 gehöre. Ich möchte ja sonst lieber in die Kategorie der Schläuen eingereiht werden, aber in diesem Zusammenhange muß ich dieses Kompliment als sehr zweifelhaft mit allem Nachdruck ablehnen. Jährt Bebel mich auch zu denen, die die Leimrute ausgelegt haben? (Vorsitzender: Erkundigen Sie sich doch bei Bebel privatim! — Große Heiterkeit.) Hätte es Bebel privatim gesagt, hätte ich ihm privatim meine Meinung gesagt und so muß ich auf öffentliche Richtigstellung dringen. Ich kann in meinem und in Rabensteins Namen erklären, daß wir nicht im entferntesten daran denken, uns etwa mit unfertigen Vorschlägen in Gegensatz zum Vorstand zu stellen oder die Entscheidung zu verschleppen. Ich will vielmehr über die Vorstandesresolution hinausgehen und in Zukunft solchen Debatten vorbeugen. Die Auseinandersetzungen werden selbst mit der Abstimmung über die Vorstandesresolution noch nicht beendet sein. (Rufe: Sie reden ja zur Sache!) Die Studienkommission soll dafür sorgen, daß spätere Erörterungen fruchtbarer werden. Gehen Sie heute nicht darauf ein, vielleicht später einmal. (Weisfall.)

Haase - Königsberg: Frank hat den Unterzeichnern der Resolution 93, also auch mir vorgeworfen, daß wir bereits mit einem fertigen Urteil in den Saal gekommen wären, bevor noch die Referenten ihre Ausführungen gemacht hätten. Frank muß wissen, daß diese Darstellung der Wahrheit widerspricht, und er hat diese Bemerkungen auch nur gemacht, weil er sich davon gewisse Wirkungen nach außen hin verspricht. Unser Antrag ist nicht anders zustande gekommen, wie der Widerbertheitsantrag und die Vorstandesresolution. Für den Antrag auf Einsetzung einer Studienkommission wurden auch Unterschriften gesammelt, bevor der Gegenstand in Verhandlung gezogen wurde. (Karl Liebknecht: Bevor wir mit dem Unterschriften sammeln begonnen haben.) Ich kann beweisen, daß wir uns vorher nicht gebunden haben, Frank kann sich erkundigen und er wird das bestätigt finden. Unser Antrag verstoßt nicht juristisch und technisch gegen das Organisationsstatut. Er ist der Ausdruck einer moralischen Verurteilung, aber er fordert keinen Ausschluß. Wir tun, was zuletzt die Nationalliberalen in Sachen laten und sagen: Wenn Ihr Parteitagbeschlüsse nicht achten wollt, dann könnt Ihr Euch selbst nicht mehr als Parteigenossen betrachten. Das ist ja das große Unglück, daß wir eine so große Anzahl von Leuten haben — ich meine hier nicht unsere badischen Freunde —, die immer noch Parteimitglieder bleiben, obwohl sie zur Freude der Gegner Anshauungen propagieren, die alles andere eher als sozialdemokratisch sind. (Demonstrativer Weisfall, Handklatschen. Ruf: Das ist nicht persönlich, das ist Wiedereröffnung der Debatte!) Um seine schwaache Stellung zu verdecken, hat Frank die Behauptung aufgestellt, wir hätten mit der Zurückziehung unseres Antrages einen Rückzug angetreten. Frank hat dabei übersehen, daß Bebel in der von ihm verlesenen Erklärung an uns die Bitte gerichtet hat, unseren Antrag, der nur die moralische Verurteilung ausdrückt, nicht aufrecht zu erhalten, weil der gesamte Parteivorstand sachlich mit uns einig und derselben Meinung sei, und daß es in derselben Erklärung im Anschluß daran

Wetter heißt, daß die Voraussetzungen des § 23 gegeben wären, wenn die Genossen sich noch einmal über Parteitagbeschlüsse hinwegsetzen. Wir haben also weder einen Rückzug angetreten, noch treffen uns die eingangs besprochenen Bemerkungen Frank's. (Beifall bei der Mehrheit.)

Bebel: Peus hat gemeint, es sei eine Disziplinwidrigkeit von mir, wie ich mich in bezug auf seine Person als Kandidat für Brandenburg ausgesprochen habe. Ich habe nicht die Kandidatur abgelehnt, sondern die Genossen Peus als Kandidat aufzustellen. Ich habe nur mein persönliches Urteil ausgesprochen und dies darf ich doch wohl abgeben. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn die Genossen eines Kreises einmal einen Mann aufstellen würden, von dem im Falle seiner Wahl die Möglichkeit tanzen würde, daß er der Partei Verlegenheiten bereiten oder sie in peinliche Situationen bringen könnte, dann hat jeder Parteigenosse das Recht, dies öffentlich auszusprechen. Dies trifft aber für Peus nicht zu. Ich habe meine Objektivität gegen Peus unter anderem dadurch bewiesen, daß ich 1889 und 1890 eine Reihe Verammlungen in seinem Wahlkreis abgehalten habe. — Dem Genossen Braun kann ich erklären, daß ich bei meinen Ausführungen an seine Person gar nicht gedacht habe. Ich weiß, daß er aus ganz korrekten Ursachen heraus seinen Antrag stellte. Ich habe ja auch nur gesagt, daß ein Teil der Unterzeichner wirklich sich etwas von der Studienkommission verspricht. Ein anderer Teil denkt allerdings durch den Antrag die Entscheidung über die Vorstandswahl beiseite zu schieben und dann schon heraus zu sein. (Heiterkeit.) Aber das ist doch keine Beleidigung, sondern sogar ein Kompliment (Heiterkeit), das soll doch bedeuten, daß die Genossen geriebene Purtschen seien. (Erneute Heiterkeit.)

Dr. Frank: Es tut mir leid, daß sich Haase aus der Ruhe, die ich sonst an ihm schätze, durch mich hat bringen lassen. Er hat zwar nicht mit meiner Genehmigung, aber mit meiner hiermit erteilten nachträglichen Erlaubnis gesagt, daß ich blauen Dunst nach außen hin machen will, weil ich gesagt habe, daß der größte Teil der Unterschriften unter seinen Antrag gesetzt worden sei, ehe ich gesprochen habe. Er hält uns vor, daß die Stimmen für unseren Antrag auch im voraus gesammelt wurden. Ueberlegen Sie sich, ob es daselbst ist, ob Sie eine Studienkommission verlangen oder einen Antrag stellen, durch den schon heute eine bedeutende Anzahl Parteigenossen um die Achtung der übrigen gebracht werden sollen. Ich habe ein Interesse daran, den solchen Glauben bei den Delegierten und vor der Öffentlichkeit zu zerstreuen, als ob die Delegierten, nachdem sie Bebel und uns gehört hatten, es noch für notwendig gehalten hätten, den Antrag zu stellen, der uns moralisch verurteilen sollte. Wenn der Antrag eingebracht wäre, um kundzugeben, daß wir im Irrtum aus falschem Wege gegangen seien, dann hätte ich gesagt: Sie vergessen, daß wir doch später wieder hinausgehen müssen, um Schulter an Schulter mit den anderen Genossen zu arbeiten, daß wir gemeinsam weiterkämpfen müssen und daß wir einen Bruch nicht wollen. Genosse Haase, ehe man die moralische Beurteilung von Parteigenossen beantragt, muß man diese doch erst fragen: Was wollt Ihr tun? Ich weiß nicht, wie die Antwort gelautet hätte, aber das weiß jeder, daß unter uns ebenso Genossen sind wie unter Euch, die den allerdringendsten Wunsch haben, der Partei solche Debatten zu ersparen und die entschlossen sind, alles zu tun, um das zu erreichen. (Bewegung und Beifall.)

Haase: Es gibt keinen besseren Weg, als daß Frank das tut, was alle Demokraten tun, nämlich daß er sich fragt: Nachdem Bebel und Frank gesprochen hatten, haben die Antragsteller aufs sorgsamste beraten, ob ein Grund vorliegt, von dem Antrag abzugehen. Wir haben uns die freie Entscheidung vorbehalten und in mehreren Besprechungen auf Grund Ihrer Darlegungen unsere Entschlüsse gefaßt.

Bebel: Warum sollen wir die Abstimmung nicht vornehmen, wir wollen doch endlich mit der Sache zu Ende kommen.

Vorsitzender Diez: Es liegt der Antrag vor, die Abstimmung auf morgen zu verschieben. Es sind zwei namentliche Abstimmungen vorzunehmen. Trotzdem empfehlen wir, die Abstimmung noch heute zu vollziehen, weil Bebel und noch mehrere andere morgen abreisen. Ich werde eine Pause von 15 Minuten eintreten lassen und dann die Sitzung wieder eröffnen.

Da von verschiedenen Seiten eine längere Pause verlangt wird, werden die Verhandlungen von 7 1/2 Uhr bis auf 7 Uhr vertagt.

Die Nachsitzung.

Um 8 1/2 Uhr eröffnet der Vorsitzende Diez wieder die Verhandlungen. Durch das Zurückziehen der Anträge 7, 27, 47, 57, 60 und 67, die alle auf die Aufhebung des Nürnberger Beschlusses hinauslaufen, ist es jetzt möglich geworden, die Resolution des Parteivorstandes vorweg zur Abstimmung zu stellen. Es werden drei namentliche Abstimmungen stattfinden. Zunächst wird über den ersten Absatz des Antrages 60 namentlich abgestimmt werden, dann über den Rest des Antrages und ferner über die Resolution, wie sie sich nach diesen beiden Abstimmungen gestaltet hat. Dann ist noch über Nr. 94 abzustimmen.

Alth-Magdeburg: Von dem Genossen Jubel ist folgender Antrag eingelaufen:

„Angesichts der Erklärung des Genossen Frank in seinem Schlusswort, daß er sich und seinen Freunden die Stellungnahme zu den Beschlüssen des Parteitages vorbehalten, beantragen wir folgenden Satz der Erklärung des Genossen Bebel, die Bebel namens des Parteivorstandes abgegeben hat, zum Beschlusse zu erheben:

„Wir sind der Meinung, daß falls die Resolution des Parteivorstandes angenommen wird, und abermals eine Wichtung dieser Resolution vorkommt, alsdann die Voraussetzungen des Ausschlußverfahrens gemäß § 30 des Organisationsstatutes gegeben sind.“ (Bewegung.)

Diez: Wir haben die Debatte geschlossen, haben die Schlusssätze entgegengenommen und sind in die Abstimmung eingetreten. Nun ist es Sitte, daß in der Abstimmung neue Anträge nicht gestellt werden können. Da wird mit jeder einzelne Parteigenosse recht geben. (Sehr richtig!) Wenn nach dem Schluß der Abstimmung ein solcher Antrag gestellt würde, läge es ja in der Hand des Parteitages selbst, ihn zuzulassen, dann müßte aber darüber eine Diskussion eröffnet werden. Das kann man ohne eine Diskussion nicht machen. (Rufe: Einverständnis.)

Es folgt nun die namentliche Abstimmung über den ersten Absatz des Antrages 90. Er wird mit 200 gegen 106 Stimmen angenommen.

Dagegen stimmen: Auer-München, Weims-Magdeburg, Winder-Ludwigshafen, Therese-Blase-Mannheim, Böhle-Strasbourg, Böhmer-Löbau, Wötger-Mannheim, Böhl-Nürnberg, Wey-Hannover, Lohmann-München, Edward-David-Berlin, Diener-Nürnberg, a. M., Diez-Stuttgart, Dredshage-Vielefeld, Engler-Freiburg, Ernsting-Winden, Evers-Hildesheim, Fajsi-Dornburg, Fischer-Hannover, Edmund-Fischer-Dresden, Dr. Frank-Mannheim, Galt-Mannheim, Göhre-Berlin, Götz-Kempten, Frau-Grahn-Hannover, Helene-Grünberg-Nürnberg, Hasenoll-Gröden, Haugenstein-Nürnberg, Hauschild-Kassel, Heine-Berlin, Heilmann-Chemnitz, Held, Hildenbrand-Stuttgart, Hösling-Weutten, Hoffmann-Gelle, Hoffmann-Vielefeld, Hoffmann-Dresden, Huber-Ludwigshafen, Huber-Landsbut, Hug-Dant, Jung-Nürnberg, Kahn-Mannheim, Keil-Stuttgart, Klüh-Magdeburg, Knapper-Heilbronn, Kriemier-München, Korn-Singen, Körner-Ludwigshafen, Kolb-Nürnberg, Dorothee-Körner-Magdeburg, Reinert-Hannover, Leppert-Stillingen, Lesche-Darmstadt, Lewi-Mannheim, Loch-Borms, Maier-Heidelberg, Mauerner-München, Mey-Hannover, Mich-Nürnberg, Müller-Harburg, Müller-Karlshorst-Berlin, Müller-Schoppheim t. B., Müller-München, Neu-Lambrecht, Neutrich-Breslau, Peus-Deffau, Pfeiffle-Mannheim, Proffit-Ludwigshafen, Dr. Quard-Frankfurt a. M., Quessell-

Darmstadt, Reese-Winden, Riem-Dresden, Röhler-Altenburg, Seel-Main, Sebering-Vielefeld, Sühling-Mannheim, Schneider-Strasbourg, Spindler-Döbeln, Stolten-Darmstadt, Stodinger-Freiburg, Sturmfeld-Gröden, Umland, Schlöde-Stuttgart, Schlieffert-Winden, Schmidt-München, Schmidt (Fritz), Scholich-Breslau, Dr. Sudekum-Berlin, Timm-München, Thielemann-Osnabrück, Töneböhm-Niedlinghausen, Treu-Nürnberg, Ulrich-Frankfurt a. M., Ulrich-Ostingbach, Vogel-Fürth, Vogt-München, Walter-Höchst a. M., Wasner-Stuttgart, Weill-Strasbourg, Wehler-Bochum, Willi-Karlshorst, Wittich-München, Wittich-Frankfurt a. M., Ziemer-München, Zorn-Fürth.

Vors. Diez: Die absolute Mehrheit nach der Präsenzliste beträgt 198. Ich bemerke, daß einige Delegierte wegen dringender Geschäfte, zum Teil weil sie Versammlungen abhalten müssen, heute nicht hier sind, diese Genossen können nachträglich zu Protokoll erklären, wie sie gestimmt haben würden.

Kunmehr wird die namentliche Abstimmung über die Absätze 2, 3 und 4 der Resolution des Parteivorstandes und der Kontrollkommission vorgenommen. Diese drei Absätze werden bei 372 Abstimmenden mit 301 gegen 71 Stimmen angenommen.

Mit ja stimmen:

Albrecht, Apel, Arendsee, Arnswald, Baader, Bahrdt, Bartel, Bartels-Bernigerode, Bartels-Darmstadt, Baudert, Bebel, Beckmann, Beck, Beims, Bethke, Beyer, Bielig, Biniskiemi, Bischoff, Blumtritt, Bod, Böhm, Böhm, Böhmer, Böhl, Böhm, Borgmann, Braun, Brezour, Bromme, Brühne, Brüdner, Bufold, Bühler, Bull, Bunge, Casian, Daug, Davidsohn, Deutsch, Diefenbach, Diener, Diez, Dieze, Dismann, Dittmann, Dietrich, Dobroslam, Dönnel, Donatius, Drescher, Dröhner, Ebert, Ehardt, Eichhorn-Berlin, Emmel, Ernst, Esche, Faure, Faust, Fahrenwald, Feldmann, Fider, Richard-Fischer-Berlin, Fischer-Hannover, Fischer-Duisburg, Fischer-Gera, Fleischer, Fode, Frank-Berlin, Frisch, Ged, Geber, Gewehr, Giesel, Goeldner, Gottlicher, Grahn, Grauer, Graupe, Greiner, Grenz, Große, Bruner, Grub, Haase, Haberer, Hadelbusch, Haensch, Haun, Hanisch, Hasenzoll, Haug, Haugenstein, Hauschild, Hausmann, Hebel, Heinrich, Heinrichs, Dengsdach, Henke, Hennig, Henze, Hentsch, Henschold, Hoch, Hönig, Hösling, Hoffmann-Hamburg, Hoffmann-Gelle, Hoffmann-Breslau, Hoffmann-Saalfeld, Hoppe, Horn-Stettin, Horn-Lindenua, Hübener, Hunsche, John, Jakobien, Jung, Jungnickel, Jürgensen, Kaden, Kagenstein, Kern, Keil-Wilau, Kih, Klees, Klüh, Klement, Knaut, Knuth, Koenen, Köpfe, Knoche, Krauser, Kröger, Krüger-Wandebel, Krahner, Krause, Krüger-Königsberg, Kunert, Lachenmaier, Lachmann, Langer, Leg, Leber, Ledebour, Lehmann-Mannheim, Lehmann-Keipzig, Reid, Leopold, Lepiz, Leutert, Leimerer, Limberh, Linde, Liepmann, Lipinski, Lippold, Löfflin, Löwigt, Lufcher, Lüh, Luxemburg, Martin, Ruder, Rantke, Rann, Reisel, Raehrens, Rende, Reher, Reher, Michelsen, Rilow, Rittig, Röhler, Röglin, Rude, Müller-Berlin (Parteivorstand), Müller-Keipzig, Müller-Klaue, Müller-Berlin III, Ruch, Reutrich, Rindorf, Rertel, Olien, Paevel, Banneloel, Panzer, Pappenheim, Pawera, Pfannkuch, Peter, Pösch, Pöschner, Quard, Rauch, Raute, Reber, Reese, Reimand, Reize, Rieck, Ritter, Ripert, Röhler, Roth-Hamburg, Roth-Werdau, Rosenfeld, Röhler, Rudolph, Ruhl, Ruffel, Sacke, Sailer, Sauer, Seel, Seelmann, Seidel, Sühling, Sperke, Spindler, Staab, Staroson, Stegner, Steinhöfer, Stiefenhofer, Stolten, Stolpe, Strobel, Stubbe, Stadthagen, Schadow, Schmolfeld, Schaefer, Schlieffert, Schulten, Schmidt-Herford, Schmidt-Bibel, Schmidt-Berlin VI, Schmidt-Winden, Schmale, Schmirch, Schornfelder, Scholich, Schödel, Schödel, Schindhelm, Schulz-Berlin, Schulz-Wittenberge, Schumacher, Schwarz, Schwarz, Schwente, Schöpslin, Reichmann, Tehlen, Thiele-Guben, Thiele-Galle, Thiel-Kempelhof, Tönnies, Thielmann, Treu, Ull, Ulrich-Frankfurt, Umland, Vogel, Voghter, Wagner-Mölln, Wagner-Braunsdeweig, Walter-Höchst, Walter-Laubegast, Wassermann-Fürstendowe, Wassermann-Schöningen, Wasner, Weber, Wellmann, Wenzel, Werner, Westkamp, Westmeyer, Widlein, Wiese, Wiesner, Wilde, Wild, Winter, Wittich, Witzke, Wisserowski, Woldt, Wurm, Zietsch, Zentgraf, Zettin, Zieg, Zorn, Jubel.

Mit nein stimmen:

Auer, Binder, Blase, Böhle, Wötger, Wey, Cohn, David, Dredshage, Engler, Ernsting, Evers, Fajsi, Edmund-Fischer-Friedrich, Frank, Ludwig, Galt, Götze, Gölzer, Gränberg, Heine, Heilmann, Held, Hildenbrand, Hoffmann-Vielefeld, Huber-Ludwigshafen, Huber-Landsbut, Hug, Kahn, Keil-Stuttgart, Knapper, Kriemier, Korn, Körner, Kolb, Keinert, Lesche, Lewi, Loch, Maier, Mauerer, Mey, Müller-Diethmarshen, Müller-Schoppheim, Müller-München, Neu, Rimmerjall, Peus, Pfeiffle, Proffit, Quessell, Riem, Sebering, Sühling, Schneider, Stodinger, Sturmfeld, Schlöde, Schmidt-München, Schöne, Sudekum, Timm, Töneböhm, Ulrich-Ostingbach, Vogt, Weill, Wehler, Willi, Wittich, Ziemer.

Es folgt die namentliche Abstimmung über die unveränderte Resolution im ganzen. Sie wird mit 200 Stimmen gegen 80 angenommen. Das Resultat wird von der Mehrheit mit lebhaftem Beifall begrüßt.

Von den Delegierten, die bei der Abstimmung über den ersten Absatz mit nein gestimmt haben, stimmen nunmehr mit ja:

Böhmer-Löbau, Diener-Nürnberg, Diez-Stuttgart, Engler-Freiburg, Gustav-Fischer-Hannover, Frau-Grahn-Hannover, Hasenzoll-Gröden, Hösling-Weutten, August-Hoffmann-Gelle, Paul-Hoffmann-Breslau, Jung-Nürnberg, Dorothee-Körner-Magdeburg, Müller-Harburg, Dr. Quard-Frankfurt, Reese-Winden, Röhler-Altenburg, Seel-Main, Spindler, Stolten-Darmstadt, Schlieffert-Winden, Fritz-Schmidt, Vogel-Fürth, Walter-Laubegast, Wittich-Frankfurt am Main.

Darauf wird der Antrag 94 (Einführung einer Studienkommission mit großer Mehrheit abgelehnt.

Um 10 1/2 Uhr schlägt Diez Vertagung vor, der Parteitagsbeschluss aber, nachdem Emmel und Haase dies bekräftigt haben, den Antrag Jubel noch zu erledigen.

Dr. Frank: Meine Freunde sind bereit, Ihnen jedes Entgegenkommen zu zeigen und keinerlei formelle Schwierigkeiten zu machen, wir sind aber der Auffassung, daß die Behandlung des Antrages Jubel im Widerspruch mit der Geschäftsordnung, mit den bisherigen Gepflogenheiten und mit dem Parteistatut steht. Der Antrag des Herrn Jubel (Zurufe: Herr?) würde sich erübrigen, wenn Sie von folgendem Ratiz nehmen. Der Antrag beginnt mit den Worten: „Angesichts der Erklärung des Genossen Frank in dem Schlusswort, der sich und seinen Freunden die Stellungnahme zum Beschluss des Parteitages vorbehalten.“ Diese Erklärung habe ich niemals abgegeben, ich habe vielmehr gesagt: „Wir haben selbstverständlich das allergrößte Interesse daran, daß die Partei einig und geschlossen bleibt. Wir werden nach jeder Richtung das unserige tun, um dafür zu sorgen, daß das geschieht, aber keiner von uns kann Ihnen heute erklären, was geschehen wird in den Budgetabstimmungen der nächsten Jahre.“ (Rufe: Na also!) Ich sage weiter: „Das ist eine Frage der Verhältnisse.“ Ich hoffe nun, daß die Genossen, denen es ernst ist mit der Einigkeit der Partei, nunmehr zur Arbeit übergehen gegen den Feind. Wir sind der Auffassung, daß unsere Worte nicht im Widerspruch stehen mit der Nürnberger Parteitag-Resolution. (Bravol bei den Süddeutschen, Lachen bei der Mehrheit.)

Vorsitzender Diez: Nach der Geschäftsordnung muß der Antrag Jubel zur Verhandlung kommen, wenn er von mindestens 20 Delegierten unterstützt ist. Ich stelle die Unterstützungsfrage. — Die Unterstützung reicht aus. Es würde nun zu entscheiden sein, ob der Antrag sofort beraten werden soll. Die Mehrheit entscheidet sich für sofortige Beratung.

Frank beantragt Vertagung auf Donnerstag.

Vorsitzender Diez: Macht darauf aufmerksam, daß eben die sofortige Verhandlung beschlossen ist.

Frank: Wenn Sie darauf bestehen, dann werden meine Freunde an einer Verhandlung dieses Antrages, der nur eine Wiederholung des zurückgezogenen Antrages Jubel ist, sich nicht be-

teiligen. (Die Süddeutschen verlassen unter großer Anruhe den Parteitagesaal.)

Haase-Königsberg: begründet den Antrag Jubel: Die letzte Äußerung von Frank ist überaus wertvoll zur Klärung der Situation. (Lebhafte Zustimmung.) Frank hat jetzt selbst zum Ausdruck gebracht, daß diese Äußerung des Parteivorstandes, die wir in einen Antrag umzuwandeln wollen, identisch ist mit dem von uns zurückgezogenen Antrag. Es steht also fest und ist uns aus seinem eigenen Munde bestätigt worden, daß die Antragsteller niemals einen Rückzug angetreten haben. (Sehr richtig!) Was die Antragsteller getan haben, war ein Akt des Entgegenkommens. Wir versichern uns nicht auf eine bestimmte Form. Die von uns gewählte Form war durchaus korrekt. Da sie aber an einigen Stellen mißdeutet zu werden schien, haben wir uns als demnünftige Leute gesagt: uns kam es auf die Sache an, nicht auf die Form. Deshalb ist denn nun dieser Antrag von neuem notwendig geworden? Genosse Frank hat eben die entscheidende Stelle zur Berichtigung gebracht. Er wurde in den letzten Tagen immer wieder von uns um eine klare Erklärung, ich möchte sagen, angefleht, und darauf kam nun in seinem Schlusswort, als man ihm sachlich nicht mehr antworten konnte, der Passus, was in der Budgetabstimmung im nächsten Jahre geschehen wird, ist eine Frage der Verhältnisse. Die Erklärung war allerdings in Friedensbeteuerungen eingekleidet, aber in ihrer ganzen Kraft muß diese Erklärung als Hauptschlag ins Gesicht der großen Parteitagmehrheit empfunden werden. Da unsere Parteigenossen erklären, sie werden ihre Stellung zur Budgetabstimmung von den Verhältnissen abhängig machen und nicht von den Bestimmungen des Parteitages, mußte hier und im Lande große Erregung hervorbringen. Wir mühten deshalb Klarheit schaffen, damit nicht der Anschein entstände, als ob der Parteitagsbeschluss die Erklärung des Parteivorstandes lediglich zu den Akten genommen habe, und als ob ein verbindlicher Beschluss in dieser Richtung nicht vorliege. Jeder mußte wissen, daß der Parteitagsbeschluss einen neuen Disziplinbruch nicht geschehen lassen wolle, komme er von welcher Seite er wolle. (Beifall.)

Voghter-Biesbaden: (zur Geschäftsordnung) beantragt namentliche Abstimmung, um festzustellen, welche Genossen es vorgezogen haben, den Verhandlungen fernzubleiben. (Bravol!)

Richard Fischer: Der von Jubel eingebrachte und von Haase beantragte Antrag ist tief bedauerlich. (Lachen.) Es ist kein erfreuliches Schauspiel, daß die, über die Sie zu richten entschlossen sind, den Saal verlassen haben. (Lebhafte Unterbrechung.) Die Erklärung Frank's mußte genügen. (Stürmischer Widerspruch.) Die Majorität wollte die Gewißheit, daß die süddeutschen Genossen sich den Beschlüssen des Parteitages fügen. Was hat Frank nun gesagt? (Zuruf: Das Gegenteil!) Wenn Frank das Gegenteil gesagt hätte, stände ich nicht hier. Frank hat offen erklärt, daß die Süddeutschen über die Abstimmung in den Einzelabstimmungen jetzt nicht äußern können. Das liegt in den Verhältnissen, bedeutet aber keinen Widerspruch zu dem Nürnberger Parteitagbeschluss. Die Erklärung der 66 kann man damit nicht in Parallele stellen. (Widerspruch Lebour's.) Die war ein Protest, die Erklärung Frank's aber nicht. Frank hat auch nicht ein Wort des Vorbehalts gesagt. Er hat nur gesagt, er könne heute nicht sagen, wie sie die Abstimmung in den nächsten Jahren vornehmen werden. Das können Sie auch nicht sagen, und dabei eben haben Sie in Lübeck und Nürnberg einen Ausnahmefall konstruiert. Es ist doch politische Anekdote, von jemand zu verlangen, er solle in seinem ganzen Leben nicht für das Budget stimmen. Der Antrag ist auch sachlich unmöglich. Er bindigt dem Parteitagsbeschluss ein Urteil über alle künftigen Fälle. (Widerspruch Lebour's.) Lebour, Sie können mich wirklich ungestört reden lassen und nicht so um-sappeln wie ein Feig. (Anruhe.)

Wenn aber der Parteitagsbeschluss, dann bindet er bereits alle Schiedsgerichte, die sich mit einer solchen Sache zu befassen haben, präjudizial, denn er hat bereits ein Urteil gesprochen. Ich bitte Sie, lassen Sie den Antrag nicht zur Abstimmung kommen. Sie sprechen damit indirekt aus, wir glauben einander nicht mehr. (Widerspruch.) In dieser Situation können wir doch nicht verhandeln, das sollte Ihnen die Vernunft sagen. Sie haben den Genossen von der Winderheit, denen Sie jetzt den Stempel der Unterwerfung aufdrücken wollen, keine Gelegenheit gegeben, sich zu beraten. Das kann den Anschein erwecken, als ob Sie Ihre Majorität mißbrauchen wollen. Es sind doch bei Ihnen selbst Verhandlungen gepflogen worden: Wenn von Seiten der Winderheit eine Erklärung vorliegt, die Sie befriedigt, dann sollten Sie auf den Antrag verzichten. Was denn überhaupt die Möglichkeit, daß die Bayern, die Württemberger, die Badener zu einer vernünftigen Besprechung und zur Formulierung einer Erklärung zusammenzutreten konnten, die Sie und uns befriedigte und deren Tragweite Sie ermaßen konnten. Das Solidaritätsgefühl und das Gefühl für das Ansehen des Parteitages auch nach außen sollte Sie dazu bringen, jetzt von einer Beschlusfassung abzusehen und der Winderheit Gelegenheit zur Äußerung zu geben. Stimmen Sie nicht heute abend ab, wo die Genossen weggegangen sind, und mit Recht, denn man wollte ihnen den Stempel der Unterwerfung aufdrücken. Nicht wie Genossen, mit denen man zusammen kämpft, sondern wie Feinde, die man besiegt hat, so wollen Sie die Genossen vom Parteitags weggehen lassen. (Beifall und Rufen.)

Dittmann: erklärt zur Geschäftsordnung, daß die Antragsteller bereit seien, den Wortlaut der Erklärung von Frank in ihren Antrag aufzunehmen.

Die Erklärung lautet: „Keiner von uns kann Ihnen heute erklären, was geschehen wird in den Budgetabstimmungen der nächsten Jahre. Das ist eine Frage der Verhältnisse. Das ist die Erklärung, die ich hier abgegeben habe.“

Radenstein: Frank hat noch hinzugefügt: „Wir sind überzeugt, daß unser Verhalten nicht im Gegensatz zur Nürnberger Resolution stehen wird.“ (Sehr richtig!) Damit haben die Süddeutschen erklärt, daß sie sich an die Nürnberger Resolution zu binden gedenten. (Widerspruch.) Wenn Frank erklärt hat, daß das von den Verhältnissen abhängt, so liegt das an der Nürnberger Resolution selbst, wonach gewisse Verhältnisse eintreten können, die eine Ausnahme von dem allgemeinen Verbot der Budgetabnahme gestatten. Um eine andere Fassung der badischen Erklärung zu ermöglichen, bitte ich Sie im Einverständnis mit Fischer die Sache auf morgen früh zu vertagen. (Widerspruch.)

Vors. Diez: Ich bitte nochmals, es mir zu überlassen, die Sache später auf die Tagesordnung zu setzen. Ich besitze z. B. in diesem Moment nicht einmal das Manuskript des ersten Antrages Jubel, geschweige denn die Zusätze. Man sollte doch eine so schmerzliche Frage wenigstens im Druck vor sich haben. Also überlassen Sie mir die Sache. (Lebh. Zurufe: Nein, nein!)

Dittmann: (zur Geschäftsordnung): Ich stelle fest, daß der Antrag Jubel die ganze Zeit auf dem Bureau gewesen ist. (Diez: Ich habe gesagt, im Augenblick habe ich ihn nicht.) Im übrigen warne ich Sie dringend vor einer Vertagung auf morgen. (Reiner: Ihr Habt wohl Angst, daß noch etwas geschieht!) Die Genossen sind es satt, sich fortgesetzt einzusehen zu lassen. (Sehr richtig!)

Vors. Diez: Das wären doch merkwürdige Delegierte, die sich einseifen lassen. (Heiterkeit und Sehr gut!) Dazu schätze ich die Delegierten zu hoch ein. (Bravol!)

Lehmann-Mannheim: (zur Geschäftsordnung): Ich glaube, daß wir bei der gewissen Erregung, in die wir nach dem Erodus der Baden- und Bayern gekommen sind, ferner da die Verhandlung über Gebühr ausgedehnt worden ist und der Vorsitzende erklärt, daß ihm die Ueberdilat fehlt, daß wir uns vertagen. Unser Beschluss könnte sonst als trotz seiner Wichtigkeit in Eile gefaßt, im Lande draußen viel angefeindet werden. Wir haben Zeit (Oh!) denn die gleiche Mehrheit ist morgen auch noch da. (Sehr richtig!) Die Erklärung von Frank kann uns nicht genügen, weil wir die Er-

Nahrung verlangen mußten, daß auch die Badenfer Beschlüsse des Parteitag auch für sich als maßgebend anerkennen. Die Genossen im ganzen Lande verlangen, daß der Parteitag feststellt, daß seine Beschlüsse nicht nur für gewöhnliche Arbeiter gelten, sondern für jeden Genossen. Daß die Badenfer Beschlüsse hatten, auszusprechen, daß sie sich fügen, ist das entscheidende. (Leinert: Den Roten müssen sie machen.) Ist denn das Rotau, wenn ich sage, da ich der Partei angehöre, habe ich mich auch zu fügen? Gerade vor den Gegnern wollen wir dortin, daß es in der Partei wohl volle Meinungsfreiheit gibt, daß aber die Parteitagbeschlüsse von jedem einzelnen hochgehalten und durchgeführt werden müssen. Wir erkennen für niemanden Freiheit an, sich über die Parteitagbeschlüsse hinwegzusetzen. Wenn Fischer auf das jederzeit mögliche Eingreifen des Parteivorstandes hinweist, so berufe ich mich darauf, daß Bebel und Gersten, in der Politik Mistrauen zu haben. Wenn die Genossen die Erklärung, daß sie sich fügen, nicht geben können, dann haben sie ihre Mandate niederzulegen. (Lebhafter Beifall.)

Der Vertagungsantrag Lehmann wird abgelehnt. Bogsterr-Wiesbaden: Wir stellen fest, daß nicht die Majorität die Minorität veranlaßt hat, sich zu entfernen. Es handelte sich für die Badenfer nur darum, ob sie sich noch im letzten Augenblick dazu verstehen wollten, eine runde Zustimmungserklärung zur Forderung des Parteitags zu geben. Die Erklärung Franks war verflaut. Wir sind von einer Nachgiebigkeit zur anderen geschritten, bis uns die Beschlüsse zu dumm geworden ist.

Dr. Rosenfeld-Berlin beantragt Schluß der Debatte. Kagenstein verlangt Aussetzung der Abstimmung auf morgen, es sei sehr wahrscheinlich, daß die Süddeutschen morgen eine befriedigende Erklärung abgeben.

Schluß der Debatte wird angenommen. Ein weiterer, auch vom Bureau gestellter Vertagungsantrag wird abgelehnt.

Genosse Königberg zieht den Antrag auf namentliche Abstimmung zurück, Hoch-Danau nimmt ihn jedoch wieder auf.

Während der namentlichen Abstimmung wird eine Delegation ohnmächtig, erholt sich aber bald wieder.

Die Abstimmung ergibt die Annahme des Antrags mit 228 Stimmen gegen 64.

Dagegen stimmen: Dahrst, Bartel, Bartels, Beims, Binickiewicz, Böhmner, Dren, Brückner, Bromme, Diener, Dieh, Dietrich, Dredshage, Ernsting, Fischer Richard, Fischer Gustav, Frisch, Gähre, Bruner, Grab, Haasjoll, Hauschild, Hebel, Held, Hoffmann August, Hoffmann Karl, Hoffmann Paul, Jung, Kagenstein, Keil-Stuttgart, Klüh, Klement, Knacke, Leinert, Levi, Müde, Neuer Joseph, Reulrich, Reus, Reife, Ritter, Rösler, Kahl, Sailer, Seel, Sebering, Schneider, Steinfahr, Stolten, Schilde, Schliebedt, Scholich, Schöne, Thiele-Palle, Töschöhn, Ulrich-Offenbach, Walter-Höchst, Wabner, Weber, Wenzel, Wehler, Widlein, Witt, Wittich.

Vorsitzender Dieh: Ich denke, daß wir jetzt vertagen. (Geleitet.) Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß 11 1/2 Uhr.

Aus der Reichsversicherungsordnungskommission des Reichstages.

Sitzung vom Donnerstag, den 22. September.

In die Vorlage ist die Bestimmung des geltenden Gesetzes aufgenommen worden, daß die Zahlung der Versicherungsbeiträge auf Betriebsunternehmer ausgedehnt werden kann, deren Jahresarbeitsverdienst nicht 3000 Mark übersteigt, oder die regelmäßig keine oder höchstens zwei Versicherungsbeiträge gegen Entgelt beschuldigen.

Diese Bestimmung wollte das Zentrum streichen, da die kleinen Unternehmer in den Berufsvereinigungen dort nicht ein maßgebendes Wort gegenüber den Großunternehmern aussprechen können und für sie die Zwangsversicherung teurer komme als die freiwillige Versicherung bei einer privaten Unfallversicherung. Darauf wurde erwidert, daß auch den Kleinunternehmern die Entschädigung des Schadens infolge eines Unfalls möglichst gesichert werden muß. Das kann nur durch den Versicherungsbeitrag erreicht werden. Um die Verwaltungskosten der Versicherung zu vermindern und die Nebenmacht der Großunternehmer in den Berufsvereinigungen zu beseitigen, müsse die Organisation der Berufsvereinigungen geändert werden. Der Antrag wurde gegen die Stimmen des Zentrums abgelehnt.

Eine bezeichnende Wendung bringt die Vorlage in bezug auf die vorläufig herbeigeführten Unfälle.

Das gegenwärtige Gesetz entzieht den Anspruch auf Unfallentschädigung dem Verletzten und seinen Hinterbliebenen, wenn der Verletzte den Unfall vorsätzlich herbeigeführt hat. Dies ist in der Vorlage dahin verändert worden, daß der Anspruch auf Unfallentschädigung auch dann fortbesteht, wenn der Unfall von den Hinterbliebenen vorsätzlich herbeigeführt worden ist.

Die Sozialdemokraten stellen fest, daß solche Fälle, in denen eine Frau den Unfall ihres Mannes oder Eltern den Unfall des sie ernährenden Sohnes — denn nur um diese Fälle handelt es sich hier — vorsätzlich herbeigeführt haben, niemals vorgekommen seien. Aber auch die Fälle, in denen der Verunglückte selbst — wenn er nicht geisteskrank ist — vorsätzlich seinen Tod durch einen Betriebsunfall herbeigeführt habe, kommen wohl kaum vor. Jedoch ist es für die Angehörigen des Getöteten sehr schwer, nachzuweisen, daß der Verunglückte geisteskrank gewesen ist.

Deshalb beantragten die Sozialdemokraten, daß in derartigen Fällen den Hinterbliebenen die Unfallentschädigung nicht entzogen werden soll. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Freisinnigen, des Polen und der Wirtschaftlichen Vereinigung abgelehnt.

Unfälle durch verbotswidriges Handeln.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß in dem Gesetz ausdrücklich vorgeschrieben wird: Fahrlässigkeit, selbst großer Art, oder verbotswidriges Handeln, schließt den Ersatz des Unfallschadens nicht aus. Gen. Hoch wies eingehend nach, daß die Berufsvereinigungen immer wieder den Versuch machen, die Unfallentschädigung unter dem Vorwande zu verweigern, daß der Verunglückte selbst sich durch grobe Fahrlässigkeit oder durch verbotswidriges Handeln den Unfall zugezogen habe. Eine solche Beschränkung der Versicherung stehe im Widerspruch mit dem Grundgedanken der Unfallversicherung, der den Geschädigten gerade die Unfallentschädigung für alle Betriebsunfälle mit der einzigen Ausnahme der vorsätzlich herbeigeführten Unfälle sichern will. Das Reichs-Versicherungsamt sei dennoch jenen Weisungen nur zu oft entgegengekommen. Deshalb müsse dem durch eine ausdrückliche Bestimmung im Gesetz ein Riegel vorgeschoben werden.

Den entgegengekehrten Standpunkt nahmen die National-Liberalen ein. Sie beantragten, daß den Berufsvereinigungen das Recht gegeben werde, die Unfallentschädigung dann zu verweigern, wenn der Verunglückte den Unfall durch ein verbotswidriges Handeln verschuldet hat, das nicht den Zwecken des Betriebes dient. Sie stellten es als ganz unbedenklich hin, daß die Unternehmer dem Verunglückten den Schaden ersetzen sollen, den er sich durch eine verbotswidrige, mit den Interessen des Unternehmers in gar keinem Zusammenhang stehende Handlung zugezogen habe. Dabei ließen sie ganz unbeachtet, daß solche Unfälle nur dann in die Ertragspflicht der Unfallversicherung fallen, wenn sie mit dem Betriebe tatsächlich in Verbindung stehen. Die Debatte ergab demnach, daß durch die Annahme des national-liberalen Antrages ein großer Teil der Unfälle aus der Entschädigungspflicht der Unfallversicherung herausfallen würde, für deren Schaden die Berufsvereinigungen nach dem geltenden Gesetz Ersatz zu leisten

haben. Das wäre eine so große Schädigung der Arbeiter, daß sie in gar keinem Verhältnis zu dem angehenden oder tatsächlichen Verstoß der Verunglückten gegen ein Verbot stehen würde. — Der Antrag der Nationalliberalen wurde gegen die Stimmen der Rationalliberalen und Deutsch-Konserverativen abgelehnt und der Antrag der Sozialdemokraten gegen die Stimmen dieser Parteien und der Freikonserverativen angenommen. Jedoch stimmte Abg. Jil vom Zentrum für den arbeiterfeindlichen Antrag der Rationalliberalen.

Eine Ausnahmsbestimmung gegen die Bergarbeiter.

Aus dem geltenden Gesetz ist die Bestimmung übernommen worden, daß der Schadenertrag ganz oder teilweise verpfändet werden kann, wenn der Verletzte sich den Unfall beim Begehen einer Handlung zugezogen hat, die nach strafgerichtlichem Urteil ein Verbrechen oder vorläufiges Vergehen ist. Die Sozialdemokraten beantragten, daß diese Bestimmung nur für ein Verbrechen, nicht aber für ein Vergehen gelten soll.

Gen. Mollenhuth legte dar, daß in einzelnen Bundesstaaten die Zuwiderhandlungen gegen bergpolizeiliche Schutzvorschriften mit Geldstrafe von mehr als 100 M. bedroht sind. Solche Handlungen sind aber nach dem Strafgesetzbuch als Vergehen anzusehen. Demgemäß werden die verunglückten Bergarbeiter bei derartigen Zuwiderhandlungen nicht nur mit der Geldstrafe, sondern auch mit der Entziehung der Unfallrente bestraft. Wie aber aus der Petition des Verbandes der Bergarbeiter zu ersehen ist, können solche Zuwiderhandlungen bei den oft traurigen Arbeitsverhältnissen der Bergarbeiter auch ohne ein gar zu großes Verschulden der Verunglückten vorkommen. Deshalb sei die Entziehung der Rente in solchen Fällen ganz unbedenklich. — Der Vertreter der preussischen Bergwerksverwaltung versicherte, daß die bestehende Vorschrift ganz unbedenklich sei. Darauf erwiderten ihm die Sozialdemokraten, daß in anderen Bundesstaaten, z. B. in Sachsen, die Zuwiderhandlungen mit Geldstrafen unter 100 M. bedroht sind, also auch nicht als Vergehen gelten, und daß infolgedessen die Bergwerksverwaltung hier ohne Entziehung der Rente auskomme. — Der sozialdemokratische Antrag wurde zwar abgelehnt, dagegen ein Abmilderungsantrag des Zentrums angenommen, nach dem die Verlegung bergpolizeilicher Verordnungen nicht als Vergehen im Sinne dieser Bestimmung gilt. Wegen dieses Antrags stimmten die Konserverativen und Rationalliberalen.

Ferner beantragten die Sozialdemokraten: Die Unfallentschädigung soll nicht erst vom Beginne der 14. Woche nach dem Unfall ab gewährt werden, sondern vom Tage nach dem Unfall, oder mindestens vom Beginne der 5. Woche ab. Die Vollrente soll nicht nur zwei Drittel des Jahresverdienstes, sondern den ganzen Arbeitsverdienst betragen.

Die Sozialdemokraten erinnerten daran, daß das Zentrum früher für diese Forderungen, wenigstens zum Teil, eingetreten sei und damit die Berechtigung der Forderungen anerkannt hätte. Das Zentrum erwiderte, daß es auch jetzt noch für jene Forderungen „im Prinzip“ sei; es könnte aber nicht wagen, den Anträgen zuzustimmen, da dann die Regierungen das ganze Gesetz scheitern lassen würden. Das Zentrum stimmte dann mit den Konserverativen und Rationalliberalen die Anträge der Sozialdemokraten nieder.

Auch gegen den Antrag der Sozialdemokraten, daß die Berufsvereinigungen nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht haben sollten, die Leisrente eines Verunglückten bis zur Vollrente zu erhöhen, so lange der Verunglückte infolge des Unfalls unbeschäftigt oder arbeitslos ist, erklärte sich das Zentrum zusammen mit den Konserverativen und Rationalliberalen. Darauf schlugen die Sozialdemokraten eine solche Fassung der Bestimmung vor, daß die Schiedsgerichte und das Reichs-Versicherungsamt das Recht haben sollten, nachzuweisen, ob die Berufsvereinigungen die Erhöhung der Rente mit Recht verweigert haben. Auch diese Verbesserung stimmte das Zentrum zusammen mit den Konserverativen und Rationalliberalen nieder.

Forschung Freitag.

Aus der Justizkommission.

Sitzung Donnerstag, 22. September 1910.

Der fünfte Abschnitt des vierten Buches handelt von der Strafverfolgung und dem Strafrecht. Nach § 481 haben die Polizeibehörden das Recht, in Uebertretungsfällen Strafbefehle zu erlassen. Dazu liegt ein Antrag unserer Genossen vor, der fordert, daß Polizeibehörden gegen minderjährige Personen keine Strafbefehle erlassen dürfen, ferner daß ein Verweis in einem polizeilichen Strafbefehl nicht enthalten sein. — Trotz der eingehenden Begründung wurde der Antrag mit allen gegen die Stimmen unserer Genossen abgelehnt.

Eine interessante Debatte entspann sich auch beim § 482, zu dem ein sozialdemokratischer Antrag vorlag, der verlangte, daß ein polizeilicher Strafbefehl von einem verantwortlichen Beamten unterzeichnet sein muß. Hierbei kam namentlich die Gewohnheit der Berliner Polizeibehörde zur Sprache, die drei Arten von Strafbefehlen zu erlassen pflegt, von denen keiner den gesetzlichen Vorschriften entspricht. — Ein konservativer Antrag bezweckte, daß, wenn ein Strafbefehl sich gegen einen Jugendlichen richtet, der Strafbefehl auch dem gesetzlichen Vertreter des Jugendlichen zuzuschicken ist. Die Freisinnigen beantragten, daß das Landesgesetz bei den allgemeinen Vorschriften über den Strafbefehlbestimmungen muß, welche Beamten einen Strafbefehl zu unterzeichnen haben. Die Regierungsvertreter wendeten sich gegen die Anträge, insbesondere richteten sie ihre Ausführungen gegen den freisinnigen Antrag, der in das Beamtenorganisationsrecht der Einzelstaaten eingreifen würde. Ferner erklärte ein Regierungsvertreter, daß selbstverständlich Strafbefehle von einem verantwortlichen Beamten unterzeichnet sein müssen. Demgegenüber haben unsere Genossen hervor, daß erst vor wenigen Tagen ein Berliner Amtsgericht entschieden hat, daß die im Schiedsgericht in Menge gegen Streitpolken erlassenen Strafbefehle gültig seien, trotzdem sie nicht unterzeichnet waren. — In der Abstimmung wurden die Anträge der Konserverativen und Freisinnigen angenommen. Durch die Annahme des letzten Antrages war der sozialdemokratische Antrag erledigt.

Zu längeren Auseinandersetzungen führte ein sozialdemokratischer Antrag zum § 483. Nach dem Bestimmung des Paragraphen ist die Beschwerde gegen einen Strafbefehl bei dem zuständigen Amtsgericht einzulegen. Das kann bei der Komplexität der Bestimmungen über die Zuständigkeit der Gerichte häufig dazu führen, daß ein Verstoß seines Beschwerderechts allzu leicht verläßt gehen kann. Unsere Genossen beantragten deswegen, zu bestimmen, daß die Beschwerde bei jedem Gericht eingereicht werden kann. Trotz des Widerspruches der Regierungsvertreter wurde der sozialdemokratische Antrag fast einstimmig angenommen.

Ohne wesentliche Veränderung wurde der § 488 angenommen. Beim § 487 beantragten unsere Genossen, daß die Bestimmung im Entwurf gestrichen wird, nach der die Jurisdiktion des Strafbefehls von der Zustimmung der Staatsanwaltschaft abhängig ist. Der Antrag wurde abgelehnt. Ebenfalls abgelehnt wurden die von unseren Genossen zu den §§ 488, 489 gestellten Anträge. Zum § 440 forderte ein weiterer sozialdemokratischer Antrag, daß Strafbefehle, die nach den gesetzlichen Bestimmungen als unvollständig ausgestellt zu betrachten sind, zurückgenommen werden müssen. Der Antrag wurde abgelehnt; dagegen nahm die Kommission einen Antrag Erdber an, nach dem mit Zustimmung des Beschuldigten ein in sich nicht zuständiges Gericht über einen Strafbefehl entscheiden kann, wenn der Strafbefehl für eine Tat erlassen worden ist, für welche der erlassende Behörde eine Strafbefugnis nicht zuzustand.

Der § 443 enthält die Bestimmung, daß, wenn ein Strafbefehl von einer Behörde erlassen worden ist, die dazu nicht befugt war, vollstreckbar geworden ist, der Täter noch einmal im Wege des ordentlichen Verfahrens verfolgt werden kann. Unsere Genossen beantragten, diese Neuerung glattweg abzulehnen und das Gegenteil in das Gesetz aufzunehmen. Hierzu kommt, daß die weitere Verfolgung in das Verleben der Staatsanwaltschaft gestellt wird. — Die Regierungsvertreter sprachen sich gegen den Antrag aus, der gegen die Stimmen unserer Genossen und eines Polen abgelehnt wurde. Dann wurde der Rest des Abschnittes bis zum § 448 unverändert angenommen.

Auch die §§ 449, mit dem der 8. Abschnitt, „Verfahren gegen Wehrpflichtige“, beginnt, bis 455 wurden ohne Diskussion angenommen.

Beim 7. Abschnitt, „Einzugung und Vermögensbeschlagnahme“, wurden die zu den §§ 456, 457 und 458 gestellten sozialdemokratischen Anträge abgelehnt. Die folgenden Paragraphen bis zum § 461 wurden dann ohne Debatte angenommen. Damit ist das vierte Buch der Strafprozessordnung erledigt.

Beim 1. Abschnitt des fünften Buches, „Vollstreckung“, entspannt sich beim § 466 eine Debatte über die Todesstrafe. Von unseren Genossen war beantragt, in der Strafprozessordnung zu sagen, daß die Todesstrafe nicht vollstreckt werden darf. — Die Freisinnigen und der Regierungsvertreter betonten, daß diese Frage nur im Strafgesetzbuch geregelt werden kann, nicht in der Strafprozessordnung. Der Antrag wurde abgelehnt und die Weiterberatung auf Freitag vertagt.

Aus der Partei.

Ein neuer Frank?

Das „Berliner Tageblatt“ vom Donnerstagabend bringt eine Magdeburger Korrespondenz vom 22. September, in der sein S. Korrespondent, der offenbar von den Stimmungen unserer Genossen so viel weiß wie die Kuh von der Geometrie, zunächst von einer „Kagenjammerstimmung“ der Radikalen phantasiert. Das Vergnügen, sein Blatt durch solchen Blödsinn zu täuschen, soll dem Herrn unbenommen bleiben — fände nicht weiteres in seinem Schreiben, wir hätten deswegen keinen Federstrich getan.

Was uns aber dazu zwingt, ist die Behauptung des Herrn, daß ihm Genosse Dr. Frank eine längere Unterredung gewährt habe, die er folgendermaßen darstellt:

„... Auch Dr. Frank fürchtete keinen Augenblick eine Trennung der Partei, etwa in einen norddeutschen und einen süddeutschen Flügel — daran dächten selbst die extremsten Elemente in beiden Lagern keinen Moment. Dr. Frank berief sich für seine Aufassung der Situation zunächst auf die Erklärung, die er selbst gestern in seinem Schlusswort abgegeben und wo er zwei Dinge festgehalten habe. Erstens, daß gegen die Großblödsinnigkeit bei den Wahlen sowohl in Baden wie im Reich, wie er sie verlangt habe, in den ganzen Debatten sich auch nicht eine einzige Stimme gemeldet habe, daß die sozialdemokratische Partei sich vielmehr noch wie vor eintig sei, diese Art der Großblödsinnigkeit insbesondere auch bei den Reichstagswahlen zu erstreben. In der Budgetfrage, so fuhr Dr. Frank fort, hat man gestern mitten in der Nacht noch unter Nichtbeachtung der Geschäftsordnung und der Kameradschaft nachträglich einen Beschluß gefaßt, der nur als eine Drohung für künftige Budgetabstimmungen aufgefaßt werden kann. Auch dieser Beschluß steht im Widerspruch mit unserem eigenen Parteistatut. In unserer Parteiverfassung ist bestimmt, daß nur die Bezirks- und Landesorganisationen über den eventuellen Ausschluß eines Mitgliedes zu entscheiden, aber auch diese allein einen Antrag auf Ausschluß zu stellen haben. Nach dem Parteistatut kann ferner ein solcher Beschluß in Frage kommen, wenn durch beherrschende Nichtbeachtung von Parteitagbeschlüssen die Partei geschädigt wird. Es ist natürlich ein völliger logischer Unsinn, wenn eine Korporation wie der Parteitag heute schon wissen und entscheiden will, ob in zwei Jahren unter Umständen durch eine Abstimmung die Partei geschädigt werden wird und kann. Durch die Zurückziehung des ersten Antrages Jubel hat ja auch die Mehrheit selber anerkannt, daß ein solches Vorgehen taktisch und politisch unmöglich sei. Dieselben Herren haben ein paar Stunden später zugegeben, daß der neue Antrag, wenn auch in anderer Form, eine Wiederholung des Antrages Jubel war. Damit ist die politische Bedeutung dieses Vorganges genügend gekennzeichnet. Er wird keine direkten politischen Folgen haben. Er war vielmehr nur eine Ausgeburt der Uebermüdung und der Leidenschaft, die bei der Mehrheit herrscht.“

Auf meine Frage, ob auch Dr. Frank die Befürchtung teile, daß die gestrigen Vorgänge auf die Wahlerfolge der Sozialdemokratie, insbesondere aber auf ein Zusammengehen mit der bürgerlichen Linken nicht ohne Einfluß bleiben werden, erklärte Dr. Frank: „Ich teile diese Befürchtung nicht. Für den deutschen Süden zum Beispiel glaube ich bestimmt vorhersagen zu können, daß diese Befürchtungen unbegründet sind.“

Nach der „Kagenjammerstimmung“ - Leistung des Herrn S. könnte man zu der Vermutung kommen, daß er auch diese Unterredung, wenn auch nicht ganz erfunden, so doch erheblich entstellte wiedergegeben hat. Denn daß ein Genosse vor einem Vertreter eines bürgerlichen Blattes sich derartig über innere Angelegenheiten unserer Partei ausgesprochen hat, das vermögen wir erst dann zu glauben, wenn er der Darstellung nicht widerspricht. Gütte Genosse Dr. Frank! Ich wüßte sehr, was vor einem bürgerlichen Journalisten ausgefallen, so hätte er nicht nur eine grobe Geschmackslosigkeit begangen, sondern auch ein eines Parteigenossen unwürdiges Verhalten gezeigt, das auf das schärfste verurteilt werden müßte!

Die Stuttgarter Genossen und das „Redar-Gcho“.

Das „Redar-Gcho“ von Heilbronn, dessen häßlicher Ausfall gegen den Genossen Kinkel und gegen die Stuttgarter Genossen wir dieser Tage tiefer gehängt haben, hatte inzwischen einen neuen Ausfall desselben Kalibers gebracht. Darauf antwortet jetzt in der Schwäbischen „Tagwacht“ der Genosse Bullmer mit folgender Erklärung:

„Unter der Stichmarke „Allzu scharf macht scharf“ richtet das „Redar-Gcho“ vom Dienstag einen zweispaltenlangen Angriff gegen die jetzige Stuttgarter Parteileitung, der augenscheinlich von einem Stuttgarter Genossen ausgeht. In diesem Artikel wird behauptet, daß eine „kleine Gruppe“ von Stuttgarter Parteigenossen unter Führung des Genossen Westmeyer durch die Art, wie sie die Parteidiskussionen pflegt, die Meinungsfreiheit unterdrücke. Ferner sagt der Artikelschreiber, daß diese Gruppe in der Stuttgarter Parteiversammlung am Samstag durch Ueberrumpfung der Parteigenossen versucht habe, ein Misstrauensvotum gegen die Landtagsfraktion durchzusetzen. Zum Beweis dafür wird u. a. gesagt, daß die Genossen Westmeyer und Kullmer für ihre Angriffe gegen die Landtagsfraktion das „wohligesordnete Material zur Hand hätten“.“

Genosse Westmeyer ist gegenwärtig auf dem Parteitag zu Magdeburg, so daß ihm eine rasche Antwort auf diese unqualifizierten Angriffe unmöglich ist. Ich hingegen erhebe mit aller Entschiedenheit Einspruch gegen diese Verdächtigung. Das erwähnte „Material“ bestand in einem Brief des Genossen Kinkel-Göppingen an die Parteileitung und den überall bekannten Versammlungsbeschlüssen der Stuttgarter Genossen zur Budgetfrage, von denen der eine nach dem Münchener Parteitag mit einer Majorität von 600 gegen 13 Stimmen gefaßt wurde. Wie man da von einer kleinen Gruppe von Parteigenossen reden kann, ist mir unerklärlich. Von einer Ueberrumpfung und Vergewaltigung unsequenter Parteigenossen“ kann um so weniger die Rede sein, als ich und

Ein wohl einzig dastehendes Mittel zur Aufbesserung der gefahrenreichen Reichsfinanzen hat die dem Zentrumsabgeordneten Dr. Pichler nahegelegene Passauer „Donau-Zeitung“ entdeckt. In einem Artikel des Zentrumsblattes über die Todesstrafe jammert es in echt christlichem Sinne nicht nur über unsere „Leider so modern ausgestatteten“ Strafanstalten, sondern freut sich auch darüber, daß der Juristentag sich für die Todesstrafe ausgesprochen hat. Um das Angenehme mit dem Nützlichen zu verbinden, findet das Christenblatt in der barbarischen Todesstrafe aber auch ein Mittel, der Ebbe im Reichsportemonnaie entgegen zu wirken. Das Blatt stellt darüber folgende tiefstimmige Betrachtungen an:

„Wenn dann noch etwas weniger von dem Begnadigungsrechte Gebrauch gemacht wird, was doch nur zu Lasten der Steuerzahler geht, wird es schon wieder besser werden.“

Wie schön war es doch im Gegensatz zur heutigen Zeit im klassischen Zeitalter der Inquisition. Da wurde nicht lange gefadelt. Wer sich den unerschütterlichen Glaubenssätzen der päpstlichen Lehren entgegenstellte, oder an ihnen zu zweifeln wagte, wurde nicht erst lange in elegant ausgestatteten Gefängnissen durcgeführt. Die Vertreter des christlichen Glaubens sorgten vielmehr dafür, daß die Welt so schnell wie möglich von demart rachsüchtigen Geschöpfen befreit wurde. Das waren noch Zeiten, die wohl dem Christenblatt bei Abfassung seines Artikels als wünschenswertes, aber leider nicht erreichbares Ideal vorgezeichnet haben.

Die Straßenbahnkatastrophe im Staate Indiana.

Das bereits gestern von uns gemeldete Unglück gehört mit zu den schwersten Katastrophen ähnlicher Art. Nach den letzten Telegrammen hat sich die Zahl der getöteten Personen ganz bedeutend vermehrt. Im ganzen sind 42 Personen getötet worden, außerdem sind viele Personen mehr oder minder schwer verletzt. Das Unglück ereignete sich bei Kingsland auf der Wabash-Valley-Linie durch Zusammenstoß eines Expresszuges mit einem Straßenbahnzuge. Ueber die Katastrophe berichtet ein Augenzeuge: Ich stand auf dem Trittbrett des nordwärts fahrenden Wagens, in dem jeder Zoll von aus der Ausstellung in Wayne zurückkehrenden Ausflüglern besetzt war. Nachdem wir Kingsland passiert hatten, mußten wir eine Kurve nehmen. Jetzt sah ich etwa 200 Meter vor uns einen anderen Wagen mit größter Schnelligkeit herankommen. Ich sah, was kommen werde und sprang ab. Kurz darauf hörte ich ein Krachen, ein Splittern sowie ein mahelndes Geräusch. Der uns entgegenfahrende Wagen schien in die Höhe zu gehen und drang in den anderen bis sechs Fuß tiefein. Schwere Stahlpfosten bogen sich wie leichtes Blech. Nach dem Zusammenstoß herrschte einige Sekunden schauerliches Schweigen. Alsdann hörte man die furchtbaren Töne und Hilferufe der Verletzten und Sterbenden. Aus den Trümmern drang Blut, das bald große Lachen bildete. Ich sah einen jungen Menschen, der zuerst seine Frau tot fand und im nächsten Augenblick seine Mutter. Er wurde vor Schmerz wahnsinnig.

Wenn das nicht hilft...

Eine kräftige Warnung läßt ein Herr Heinrich Schubert zu Boltersgrün in Bayern ergehen, indem er im „Nordhaller Grenzboten“ folgendes kund und zu wissen tut: „Wer mich nochmals trunksüchtig, verschwenderisch oder eifersüchtig nennt, den verklage ich bei der Gendarmerie, beim Amtsgericht und Landgericht, Staatsanwalt!“

Offentlich kommt der gemüthliche Bayer nicht in die Verlegenheit, seine schreckliche Drohung in die Tat umzusetzen!

Kleine Notizen.

Bei einem Zimmerbrande in Nürnberg erlitt eine 21-jährige Arbeiterin und ihr 3/4-jähriges Kind lebensgefährliche Brandwunden. Auch die Mutter wurde bei dem Versuch, das Feuer zu löschen, erheblich verletzt. Ein 21-jähriger Kaufmann, der Geliebte der Arbeiterin, ist verhaftet worden; er soll ein mit brennendem Spiritus gefülltes Glas in das Bett geworfen haben.

Wegen einer Wagenfahrt wurde der Gutbesitzer Degelmann aus Reumarkt (Provinz Sachsen) und sein 16 Jahre alter Sohn gegen einen Kandelaber geschleudert; beide waren sofort tot.

Hochwasser. Die Bergflüsse im Harz und Thüringer Wald wie auch die Unstrut, Saale, Werra und Seine führen bedeutendes Hochwasser. Die Talniederungen sind vielfach überflutet.

Einbruch einer Tribüne. Während eines Stierkampfes in der Nähe Madrids stürzte eine dichtbesetzte Tribüne ein. Zwanzig Personen wurden verletzt, davon eine sehr schwer.

Absturz eines Aviatikers. Die Flugwoche in Folkestone (England) hat mit einem schweren Unfall begonnen. Der Aviatiker Varnes stürzte aus einer Höhe von 20 Metern ab. Varnes erlitt einen schweren Schädelbruch, so daß er kaum mit dem Leben davonkommen wird. Sein Apparat wurde vollständig zerschmettert.

Die Cholera. In Apulien sind während des letzten Tages 16 Erkrankungen an Cholera und 4 Todesfälle vorgekommen. — Auf dem Disabahnhohe in Budapest sind am Mittwochabend ein Wärter und drei aus Ungarn zugereiste Arbeiter unter choleraverdächtigen Erscheinungen erkrankt. Der Bahnhof wurde sofort desinfiziert. Ein anderer Arbeiter ist an Cholera gestorben. — In Belgrad wurde ein aus Ungarn kommender Reisender unter choleraverdächtigen Symptomen ins Spital eingeliefert.

Eingegangene Druckschriften.

Von Heiden und Kämpfen. Bilder aus der Geschichte der Arbeiterbewegung Magdeburgs. Herausgegeben vom Parteitagkomitee. 105 Seiten. Verlag von E. Pannschau u. Co.

Der Infanzknaut als sozialistische Monarchie. Von Verthold Otto. 483 Seiten. Verlag von Pusthammer u. Mühlbrecht, Berlin W. 50, Französischer Straße 28.

Protokoll der 111sten ordentlichen Generalversammlung. Abgehalten am 22. bis 28. Mai 1910, München. Preis für Mitglieder 10 Mk., für Nichtmitglieder 1 Mk. Zentralverband der Schmiehe. Verlag von Fr. Lange, Geneschafterstraße.

Das neueste Münchener Gesetz genannt Reichswertungswahrscheinener. Von Theodor Lorenzen. Preis 1 Mk. Verlag von Lipsius u. Tischer, Kiel und Leipzig.

Ueber krankhafte moralische Entartung im Kindesalter und über den Einfluss der Affekte. Von Prof. Dr. G. Anton. Einzelpreis 1 Mk. Karl Barthold Verlagbuchhandlung Halle a. S.

Antiker Marktbericht der kaiserlichen Markthalen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthalen. Marktberichte: Fleisch-Zufuhr stark, Geschäft schleppend, Preise unverständlich, für Kalbfleisch anziehend. Wild: Zufuhr nicht genügend, Geschäft lebhaft, Preise wenig verändert. Weizel: Zufuhr genügend, Geschäft ziemlich rego, Preise schwankend. Fische: Zufuhr knapp, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Sädfrüchte: Zufuhr reichlich, Geschäft sehr leb, Preise wenig verändert. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

belästigte, mit 4 M. bestrafte, so werde es einen Streikenden, der keinen Menschen belästigte, doch nicht höher bestrafen wollen.

Das Gericht erklärte die polizeiliche Strafverfügung für rechtmäßig, hielt auch die Uebertretung des Angeklagten für erwiesen und verurteilte ihn zu einer Geldstrafe von 10 M.

Das Gericht hält also ein momentanes Stechen aus dem Bürgersteig oder eine nicht mit größter Schleunigkeit ausgeführte Anordnung eines Schutzmans für strafwürdiger als die Belästigung vieler Menschen durch stinkenden Automobiliqualm. Aber der Vorsitzende versicherte trotzdem, daß es gar nicht in Betracht komme, ob der Angeklagte ein Streikposten war oder nicht.

Daß die Handlungen streikender Arbeiter nicht nur von Polizeibeamten, sondern auch von Richtern anders beurteilt werden wie die gleichen Handlungen anderer Leute, das zeigte wieder einmal eine Verhandlung, die am Donnerstag vor dem Schöffengericht Charlottenburg stattfand.

Der Schmiehe Albrecht ging als Streikposten an der Ecke der Kant- und Fasanenstraße auf und ab. Ein Schutzmann wies ihn fort. Dieser Schutzmann sagte auf eine Frage des Richters ausdrücklich, daß Albrecht den Verkehr nicht hinderte. Deshalb er nun eigentlich weggehen wurde, das sagte der Schutzmann nicht. Es wurde auch gar nicht danach gefragt. Doch ist der wahre Grund der Aufforderung des Schutzmans darin zu suchen, daß Albrecht als Streikposten fungierte; denn wie der Schutzmann selbst angab, hat er Albrecht zum Weitergehen aufgefordert mit den Worten: „Sie wissen doch, daß hier gestreikt wird, Sie stehen Streikposten, also gehen Sie fort.“ Albrecht hat darauf ganz richtig geantwortet, daß Streikposten stehen sei ja erlaubt und sei sein gutes Recht. Dann erfolgte eine zweite Aufforderung zum Weitergehen und später ein Strafbefehl.

Der Amtsanwalt bezeichnete die durchaus berechnete Anwendung Albrechts gegen die unberechnete Aufforderung des Schutzmans sogar als Widerspenstigkeit! Das Gericht verurteilte den Angeklagten dem Antrage des Amtsanwalts gemäß zu einer Geldstrafe von 6 M., weil er der Aufforderung, die der Schutzmann im Interesse der Ordnung und Sicherheit an ihn gerichtet habe, nicht gefolgt sei. — Die Behauptung des Angeklagten, er habe die Aufforderung des Schutzmans gar nicht gehört, tat der Gerichtsvorsitzende in der Urteilsbegründung mit der Bemerkung ab: Wenn jemand Streikposten steht und er sieht, daß ein Schutzmann auf ihn zukommt, dann weiß er ganz genau, daß dieser ihn zum Weitergehen auffordern will. Die Behauptung des Angeklagten verdient deshalb keinen Glauben.

Das ist denn doch eine sonderbare Annahme des Richters. Wie kann jemand, im Bewußtsein, daß er nur sein Recht ausübt und keinen Verstoß gegen ein Gesetz begeht, wissen, daß jeder auf ihn zukommende Schutzmann ihm die Ausübung seines Rechtes verbieten, also eine ungesetzliche Handlung begehen will? In der Regel ist das allerdings so. Aber darf jemand nicht annehmen, es könnte ausnahmsweise ein Schutzmann so handeln, wie es Recht und Billigkeit fordert?

Ein Sittlichkeitsverbrechen.

der in ganz systematischer Weise Schulmädchen in seine Wohnung verschleppt hatte, mußte seine Schandthaten mit einer empfindlichen Justizstrafe büßen. Wegen Verbrechen gegen die Sittlichkeit im Sinne des § 176,3 St.-G.-B. war der Postanwärter Robert Giese angeklagt. — Am 22. April d. J. machte die in Schönberg wohnhafte Frau L. die Beobachtung, daß ihre zehn-jährige Tochter Helene ein eigentümlich stilles Wesen zur Schau trug und wiederholt leise weinte. Auf ihre wiederholten Fragen, was denn eigentlich passiert sei, erzählte das Kind, daß es auf der Straße von einem Manne angesprochen worden sei, für den es Pakete habe wegtragen sollen. Sie sei dann mit dem Manne mit der Straßenbahn in eine unbekannte Gegend gefahren und in ein Haus hineingegangen, welches die Nummer 20 getragen habe. In der Wohnung habe sie der Mann dann mit dem Messer bedroht, wenn sie schreien würde. Auf dem Rückweg habe ihr der Mann dann in einem Juwelengeschäft einen Ring gekauft. Frau L. stellte sofort durch Hinzuziehung eines Arztes fest, daß das Mädchen einem schweren Sittlichkeitsverbrechen zum Opfer gefallen war. Die Kriminalpolizei ermittelte den Inhold in der Person des jetzigen Angeklagten. Der Angeklagte legte ein Geständnis ab, welches er später jedoch widerrufen. Mit Rücksicht darauf, daß Kinder gegen derartige Attentate, die in letzter Zeit immer mehr zunehmen, ganz energisch geschützt werden müßten, erkannte das Gericht auf 1 Jahr und 6 Monate Zuchthaus.

Öffentliche Vereinsversammlung.

In Paitburg fand am 10. Januar 1909 eine Versammlung des dänischen Vortragsvereins für Hensburg und Umgegend statt, zu der nur Mitglieder gegen Vorzeigung einer Mitgliedskarte Zutritt hatten. Der Landtagsabgeordnete Rissen-Wibby begann einen Vortrag in dänischer Sprache zu halten. Der hinzugekommene Amisvorsitzer aus Bau, der gegen den Willen des Versammlungsleiters im Saal verblieb, verlangte daß Rissen das Wort entzogen werde oder veranlaßt werde, daß er in deutscher Sprache rede. Der Leiter lehnte das ab. Darauf löste der Beamte auf Grund des § 14 Nr. 6 des Reichsvereinsgesetzes die Versammlung auf. — Da das Verbot, dänisch zu sprechen und die dann folgende Auflösung nur berechtigt wäre, wenn es sich um eine öffentliche Versammlung handelte, so erhob der Vorsitzende, Theodor Hansen, Beschwerde. Er betonte, daß es sich hier um eine Mitgliederversammlung und nicht um eine öffentliche gehandelt habe.

Die Beschwerde wurde verworfen und der Regierungspräsident zu Schleswig wies die weitere Beschwerde ebenfalls ab. Begründend wurde ausgeführt: Die Versammlung sei als öffentliche anzusehen. Unter öffentlichen Versammlungen seien nicht nur die zu verstehen, welche als solche veranstaltet würden, sondern im Gegensatz zu den eigentlichen geschlossenen Versammlungen auch die Versammlungen solcher Vereine, die nach der räumlichen Ausdehnung des Gebiets, das sie umfassen und nach der Zahl ihrer Mitglieder so groß sind, deren Organisation eine so lose ist, sowie bei denen der Erwerb und Verlust der Mitgliedschaft an so geringe Voraussetzungen gebunden ist und so wechselnd ist, daß von ihnen nicht gesagt werden könne, ihre Mitglieder bildeten einen in sich geschlossenen bestimmt abgegrenzten Kreis von unter sich verbundenen Personen.

Herr Christiansen klagte nunmehr beim Oberverwaltungsgericht. Sein Vertreter, Rechtsanwalt Wolfgang Heine, machte unter anderem folgendes geltend: Die Versammlung dürfe nicht als eine öffentliche behandelt werden, denn es handele sich um eine Vereinsversammlung eines ernsthaft bestehenden Vereins, nicht einer Scheinorganisation. Die Annahme einer öffentlichen Versammlung würde hier in striktem Widerspruch stehen mit den Erklärungen des Regierungspräsidenten beim Zustandekommen des Reichsvereinsgesetzes. In Sachen Klüh (betreffend sozialdemokratischen Wahlverein Magdeburg), wo ein obfingendes Urteil erstritten wurde, habe das Oberverwaltungsgericht Wert darauf gelegt, daß der Wahlverein mit seinen mehreren tausend Mitgliedern eine Mitgliederzahl hatte, die im Verhältnis zur Wohnbevölkerung des Bezirks des Vereins nicht groß genannt werden könne. Dieselben Erwägungen seien hier anzustellen.

Das Oberverwaltungsgericht wies jedoch nach längerer Beratung am 20. September die Klage ab und erklärte somit die Auflösung für berechtigt. Gründe wurden nicht verkündet. Es ist aber klar, daß es hier eine Vereinsveranstaltung, zu der nur Mitglieder zugelassen wurden, als eine öffentliche Versammlung angesehen hat, denn nur dann wäre ja das Verlangen des Amisvorsitzers und die Auflösung berechtigt.

sicherlich auch der Genosse Westmeyer keine Kenntnis von der Absicht des Genossen Schumacher hatten. Wohl aber ist es erklärlich, daß die Genossen, nachdem Genosse Keil in der „Tagwacht“ dem Bezirk Westen das Recht abgesprochen hatte, im Namen der Stuttgarter Genossen zu sprechen, das Bedürfnis fühlten, sich auch zu dem Vorgehen der Landtagsfraktion zu äußern.

Wenn schließlich in dem Artikel gesagt wird, daß durch das Vorgehen dieser „Gruppe Genossen“ der bürgerlichen Presse ein gesundes Pressen vorgekehrt wird, so wüßte ich nicht, was der bürgerlichen Presse mehr begehren könnte, als diese fortgesetzten Angriffe des „Kadarecho“ auf die Stuttgarter Parteiteilung und die im Vordergrund der Organisation stehenden Genossen.

Die „persönlichen und gehässigen Auseinandersetzungen, die das Parteileben vergiften“, sind, wie auch dieser Artikel zeigt, doch ganz wo anders zu finden als bei der dem „Kadarecho“ so unbequemen „kleinen Gruppe von Genossen“. Daß deren Arbeit der Stuttgarter Parteiorganisation nicht zum Schaden gereicht, beweist der große Besuch der stattfindenden Parteiverfassungen und die stattliche Zahl der Neuaufnahmen. Das sind Tatsachen, die diese Angriffe aufs treffendste widerlegen.

D. Bullmer,

2. Vorsitzender des Sozialdemokratischen Vereins Stuttgart.

Aus Industrie und Handel.

Die Rentabilität im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe.

Das große und wichtige Gebiet des Nahrungs- und Genussmittelgewerbes hat in den letzten beiden Jahren nicht nur infolge der sinkenden Kaufkraft, sondern auch unter der Steuerbelastung, von welcher eine Reihe wichtiger Nahrungs- und Genussmittel betroffen wurden, schwer gelitten. Wird doch der Konsum gerade der begehrtesten Nahrungs- und Genussmittel nicht allein durch die jeweilige Richtung der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung, sondern auch in recht einschneidender Weise durch die Preisgestaltung beeinflusst. Daß die Rentabilität des im Nahrungs- und Genussmittelgewerbes investierten Kapitals sich im allgemeinen in letzter Zeit trotzdem wieder in der aufsteigenden Linie bewegt, das zeigen die finanziellen Ertragnisse der Aktiengesellschaften dieser Branche. Ingesamt haben in den ersten acht Monaten des laufenden Jahres 320 Aktiengesellschaften des Nahrungs- und Genussmittelgewerbes, die in der Hauptsache dem Mälerei- und Brauereigewerbe sowie der Zuckerindustrie angehören, ihre Bilanzen bekannt gegeben, auf Grund deren sich ein Vergleich der Rentabilität der betreffenden Gesellschaften in den beiden letzten Geschäftsjahren ermöglichen läßt. Es ergibt sich dabei folgendes Bild:

Table with 5 columns: Jahr, Akt.-Kap. in 1000 M., Dividende in Proz., 1908/09, 1909/10. Rows include Brauereien, Mühlen, Zuckersabriken, Sonst. Nahrungsm., Ingesamt.

Bei der Gesamtheit der 320 Aktiengesellschaften des Nahrungs- und Genussmittelgewerbes, die in den ersten acht Monaten des laufenden Jahres ihre Bilanzen veröffentlichten, ist die durchschnittliche Dividende von 5,7 im vorletzten auf 6,0 Proz. im letzten Geschäftsjahre gestiegen, während sich das gesamte dividendenberechtignte Nominalkapital dieser Gesellschaften in derselben Zeit von 429 285 Millionen auf 438 825 Millionen Mark vermehrt hat.

Vom amerikanischen Eisengewerbe. Gary, der Vorsitzende des Verwaltungsrats des Stahl-Ringes“ erklärte die Meldungen, daß eine bedeutende „offene“ Herabsetzung der Preise vor dem Ende der Woche erfolgen werde, für unzutreffend. Einige geringere Preisermäßigungen seien nur seitens einiger kleinerer Hersteller vorgenommen worden, während die wichtigsten Hüttenwerke festgesetzt seien, auf gute Preise zu halten. Im allgemeinen sei die Lage im Stahlhandel befriedigend und das Ausfuhrgeschäft ausnehmend gut.

Gerichts-Zeitung.

Streikjustiz.

Dem Rufe des Hofschmiedemeisters Popp, Wüschiner Straße 15, folgend, erschienen mehrere Schulleute und betrieben einige vor dem Hause stehende Männer, welche von den Schulleuten als streikende Schmiede angesehen wurden. Einer von diesen, der Schmiehe Falbe, fand am Mittwoch vor der 142. Abteilung des Schöffengerichts. Er ist sistiert und angezeigt worden, weil er nach der Behauptung eines Schutzmans auf dem Bürgersteig stand, nach ergangener Aufforderung zwar weitergegangen, aber in kurzer Entfernung wieder einen Augenblick stehen geblieben ist. Der Vorsitzende des zuständigen Reviers, Polizeileutnant Kupsch, hat beim Polizeipräsidenten die strengste Bestrafung Falbes beantragt, weil dieser einer der streikenden Schmiede ist und diese dem Revier viel Arbeit machen. Der Wunsch des Polizeileutnants ist prompt erfüllt worden. Falbe erhielt eine polizeiliche Strafverfügung, welche auf 30 M. lautet. Uebertretung der Straßenpolizeiordnung wird ihm zum Vorwurf gemacht.

Wie in anderen derartigen Fällen, so zeigte sich auch in diesem Falle vor Gericht, daß es nicht eine Verkehrsstörung ist, sondern daß es Streikende sind, welche die Polizei treffen will. Der als Zeuge vernommene Schutzmann Falscher begann seine Aussage mit den Worten: „Als ich nach Wüschiner Straße 15 kam, standen auf dem Bürgersteig Männer, die ich für Streikende hielt.“ — Natürlich sind dem Schutzmann die Streikenden als Verkehrs hinderer erschienen.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Oskar Cohn, bestritt die Rechtsgültigkeit der Strafverhängung, weil sie der vorgeschriebenen Form nicht genügt. Dann berief er sich darauf, daß ja der Angeklagte der Aufforderung, sich zu entfernen, Folge geleistet, sich also nicht strafbar gemacht habe. Mit Bezug auf eine Bemerkung der Staatsanwaltschaft sagte der Verteidiger: Die Erkenntnis der Anklagebehörde, daß Streiken und Streikposten stehen erlaubt ist, sei leider noch nicht bis in die Kreise der Polizei gedrungen, denn wenn der Polizeileutnant strengste Bestrafung beantragt mit der Begründung, es handele sich um Streikende, so zeige dies, daß man die Streikenden, eben weil es Streikende sind, bestrafen möchte. So erkläre sich auch die Höhe der polizeilich festgesetzten Strafe. Wenn ein Student oder ein junger Mann, der sich zum Polizeileutnant vorbereitet, nächstherweise nachführenden Lärm erregt und das Publikum dadurch belästigt, dann werde er mit 3 M. bestraft. Ein Streikender aber, der niemanden belästigt hat, dem man nur eine geringfügige Uebertretung zur Last legt, werde mit einer Strafe von 30 M. bedacht. Das sei einer der Schleichwege, auf dem man den Arbeitern das Streikrecht zu nehmen suche. Der Angeklagte müsse aus den angeführten Gründen freigesprochen werden. Sollte das Gericht aber wider Erwarten zu einer Verurteilung kommen, dann liege doch kein Anlaß vor, die Praxis der Polizei mitzumachen und eine unerhebliche Uebertretung an einem Streikenden strenger zu bestrafen, als sonst geschehen würde. Wenn das Gericht schon erst einen Kraftwagenführer, der in einer belebten Straße Hunderte von Menschen durch stinkenden Rauch

Verantwortlicher Redakteur Richard Barth, Berlin. Für den

Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin, Druck u. Verlag: Vorwärts

Parteitag der deutschen Sozialdemokratie zu Magdeburg.

Vierter Verhandlungstag.

Magdeburg, den 22. September.

Vorsitzender Mühs eröffnet die Verhandlungen um 9 1/2 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht der Bericht über die parlamentarische Tätigkeit der Reichstagsfraktion.

Berichterstatter ist Abg. Koske.

Ich habe nur über eine kurze Tagung des Reichstages Bericht zu erstatten. Viel Gutes können wir Ihnen über die Verhandlungen des letzten Jahres nicht mitteilen.

In dieser Tagungsperiode vom 30. November bis zum 10. Mai stand fortgesetzt noch die Frage der sogenannten Finanzreform.

Finanzreform

Im Vordergrund des Interesses. Der skandalöse Blünderzug auf die Taschen des deutschen Volkes hat zur Folge gehabt, daß ein wahres Schisma zwischen den bürgerlichen Parteien eingetreten ist.

In der bürgerlichen Presse stellt man den neuen Reichskanzler als einen weltfremden Mann hin. Aus der Entfernung sehen sie fremdheit und Unfähigkeit einander an.

An Sensationen hat es während der diesmaligen Tagung des Reichstages nahezu vollständig gefehlt. Die Finanzreform sollte im Zeichen der Sparsamkeit stehen.

Kleines feuilleton.

Der Laubfall. Das gelbe und rote Blätter von Baum und Strauch fallen, das raschende Laub die Erde bedeckt.

Der schnellste Telegraph. Vor einigen Jahren gelang es zwei ungarischen Ingenieuren, Anton Pollak und Joseph Birag, einen Telegraphenapparat zu konstruieren, der an Schnelligkeit, Sicherheit und Billigkeit alle bisher gebräuchlichen Systeme in den Schatten stellt.

Nach dem Urteil der Sachleute stellt der Schnelltelegraph den bedeutendsten Fortschritt des Telegraphenwesens seit Erfindung des Typendruckes dar.

geübt worden ist, ist es zum Teil zum direkten Schaden von Handel und Verkehr und nicht zuletzt auch der Arbeiter geschieden, wie zum Beispiel beim Postetat, wo zum Beispiel große Beiträge bei den ehemaligen Ausgaben zur Ausdehnung des Telegraphen- und Telephonnetzes abgeteilt worden sind.

gegen die arbeitende Bevölkerung

finden kann. Ist doch während der Dauer des Reichstages notwendig gewesen, mit allem Nachdruck Stellung dagegen zu nehmen, daß ein Teil des Heeres dazu Verwendung fand, die streikenden Mansfelder Arbeiter zu Paaren zu treiben.

Die Idee der Verständigung zwischen den einzelnen Völkern über die Beschränkung der Rüstungen hat bei der Regierung nach wie vor keine Gegenliebe gefunden.

Bei der Steigerung der Flottenausgaben ist man zum Teil sogar über das Flottenbudget hinausgegangen, durch größeres Displacement, stärkere Armierung, als vorgesehen war.

Der neue Schatzsekretär Wermuth ist ein Gemütsmensch. Er hat die Veteranen dadurch getroffen, daß er in den letzten Tagen in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ schreiben ließ, daß in anderen Ländern die Veteranen noch mehr und noch zahlreicher hungern.

In der Sozialreform sind wir fast gar nicht vorgekommen. Der neue Staatssekretär des Innern, Delbrück,

ist noch mehr wie sein Vorgänger ein Staatssekretär gegen die Sozialreform. Es ist aus dem letzten Winter überhaupt nur über einen einzigen nennenswerten Fortschritt der Sozialreformgebung hinzuweisen, nämlich auf das Stellenvermittlungsgesetz.

Ich glaube behaupten zu können, daß die Fraktion ihre Pflicht nach bestem Wissen und Gewissen getan, daß sie aus eigener Initiative eine ganze Reihe notwendiger Aktionen eingeleitet hat; aber die von uns eingebrachten Anträge und Gesetzentwürfe kommen fast gar nicht mehr zur Verhandlung, da von den Schwerertagen beinahe gar nicht mehr Gebrauch gemacht wird.

Wahlrechtskampf

unserer preussischen Genossen zu unterstützen. Daß wir fleißig gearbeitet, erkennen selbst unsere Gegner an.

Es dürfte vielleicht zum letzten Male vor den Neuwahlen diesmal der Fraktionsbericht erstattet werden, wenn auch die Mandatsdauer des Reichstages erst im Januar 1912 endet.

Sammelruf

um den anderen an die bürgerlichen Parteien ergehen und auch der Kaiser stimmte in seiner Marienburg Rede ein.

von Philadelphia nun in ihrer Nachbarschaft einen Punkt von ungewöhnlicher Schönheit, da die Prachtbrücke über ein tiefes Tal mit üppiger Vegetation führt.

Theater.

Deutsches Theater: „Die Romanischen“, Lustspiel von Edmond Rostand. Rostands in der Erfindung gekünstelt, aber dennoch sinnvoll amnütige Verkomödie, die in Fuldas gewandter Uebersetzung schon von verschiedenen Berliner Bühnen gegeben wurde.

Notizen.

Ausfuhrverbote für prähistorische Menschen. Der französische Unterstaatssekretär der Schönen Künste hat einen Ausschuh beauftragt, einen Gesetzentwurf auszuarbeiten, durch den verhindert werden soll, daß wichtige geschichtliche Funde aus Frankreich ins Ausland geschafft werden.

Weißfall.) Mit dieser Maßnahme, das glaube ich wohl, werden wir ein lautes Echo finden.

Bestmann-Hollweg überlegt zweifellos und mit ihm die bürgerlichen Parteien, wie man mit einer hurratriotischen Wahlparole bei den nächsten Wahlen Geschäfte machen könnte. Herr v. Bestmann-Hollweg hat allerdings einmal gesagt, daß er kein Freund der hurratriotischen Phrase sei, aber schließlich gibt nur ein Schein mehr, als er hat. Eine

neue Militärvorlage

wird zurechtgebracht oder ist fertiggestellt und wird zweifellos dem Reichstag bei seinem Zusammentritt zugehen. Wie die höheren Militärausgaben bezahlt werden sollen, ist absolut unerfindlich. Dringen doch die neuen Steuern bei weitem nicht soviel Ertrag, wie man in Aussicht genommen hat. Zwar wird erklärt, daß die sogenannte Reichsfinanzreform nicht ein vollständiges Fehlgehirn ergeben habe, aber immerhin sei doch damit zu rechnen, daß der Ertrag um 120 Millionen geringer ausfällt. Der Staatssekretär hat während des letzten Winters kein Hehl daraus gemacht, daß er damals noch völlig unklar war, wie der Etat für 1911 zu balancieren sei. Auch 1910 ist der Etat nur dadurch mit Ach und Krach zur Balancierung gebracht, daß man abermals zu großen Anleihen seine Zuflucht nahm. Wir sind uns darüber klar, daß wir angesichts der Geschäftslage unserer Gegner und der Bestrebungen der Regierung und des Kaisers die bürgerlichen Parteien zusammenführen, allen Anlaß haben, auf der Hut zu sein, und darauf zu achten, daß nicht wieder wie 1906 ein Handreich gegen uns versucht wird. Allerdings bin ich überzeugt, daß wir uns nicht nur nicht überumpeln lassen werden, sondern daß ganz allgemein in der Partei der Wunsch rege ist, daß der Tag der Abrechnung mit den bürgerlichen Parteien so früh als möglich kommen möge. Ganz gleich, welcher Art die Parole ist, wir vertrauen auf die wachsende Einsicht der Volksmassen.

Das deutsche Volk ist seit 1907 zu sehr gebütelt und betrogen worden. Den Wählern, die auf den Dattentottenschwindel hineingefallen sind, sind als Lohn Prügel auf den Magen versetzt worden wie noch nie. Man kann daher wohl annehmen, daß das Volk von jeder Befinnung verlassen sein müßte, wenn es abermals auf einen Wahlswindel hereinfallen würde. Durch Schäden muß doch sogar der deutsche Spielbürger klug werden. Gibt es doch außer den Agrariern und Bonzenplattensfabrikanten keine Bevölkerungsschicht, deren Erwartungen nicht auf das schmachvollste getäuscht worden sind.

Keine der letzten Wahlversprechungen ist gehalten worden.

Auch in der letzten Tagung des Reichstages ist nichts geschehen, was geeignet wäre, den Unwillen der Massen über die Lagen der Reichheit zu verringern. Was ist aus den Versprechungen in bezug auf die Sozialreform, hinsichtlich der Privatbeamten, die unter der Teuerung und unter der Unsicherheit ihrer Existenz schwer zu leiden haben, geworden. Als 1907 bekannt wurde, daß die sozialdemokratische Fraktion fast auf die Hälfte zusammengedrückt sei, da erklärte man: nun erst recht Sozialreform, um den Arbeitern zu zeigen, daß auch ohne eine starke sozialdemokratische Fraktion im Reichstage etwas für die Arbeiter getan wird. 1907 und 1908 ist aber nichts für die Arbeiter geschehen, weil man wie in einem Taumel Geld mit vollen Händen herauswarf, das noch dazu gepumpt war. Man hat 1909 keine Zeit gehabt, an die Arbeiter zu denken, weil man die Kassen des Reiches durch den großen Steuerraub füllen mußte, unter dem auch die bürgerlichen Parteien zu leiden haben. 1909 wurde eingeleitet dadurch, daß man beschloß, die Witwen- und Waisenversicherung nicht in Kraft treten zu lassen. Besonders das Zentrum betrug die Arbeiter. Für alles andere war Geld zu haben, bloß nicht für die Witwen und Waisen.

Mit den hungernden Witwen und Waisen darben die Massen des Volkes infolge jener unheilvollen Zollgesetzgebung, und kommt die Witwen- und Waisenversicherung zustande, dann werden die Arbeiter für die Schädigung durch die Teuerung auch noch höhere Beiträge für die Sozialgesetzgebung zahlen haben. Und da stellt sich der Staatssekretär gegen Sozialreform, Delbrück, im Reichstage hin und stöhnt darüber, daß es leider durch die soziale Gesetzgebung noch immer nicht gelungen sei, die Arbeiter mit der bestehenden Gesellschaftsordnung auszuföhnen! Eine sonderbare Art der Verschönerungspolitik ist es auch, daß die Regierung jetzt keinen Finger rührt, um dafür zu sorgen, daß die

Steuervermehrung

gemildert wird, weil die Agrarier es ihr verbieten. (Sehr wahr!) Auf unsere Interpellationen hat die Regierung immer erklären lassen, die Teuerung sei eine vorübergehende Erscheinung, und mit derselben schalen Redensart begründet man auch jetzt, daß Abhilfemaßregeln nicht geschaffen werden sollen. Es ist ein verteiltes schlechter Trost für die Hungernden, daß sie die Aussicht haben, in absehbarer Zeit wieder zu erträglichen Preisen Nahrungsmittel kaufen zu können, aber lebendig werden dadurch die Kinder nicht gemacht, die infolge der mangelnden Ernährung zugrunde gehen. (Sehr gut!) Wieder gut gemacht werden kann nicht das Unrecht, das an denen begangen wird, die infolge der Teuerung zu Eigentumsvergehen gedrängt werden und die Gefängnisse und Justizhäuser füllen. (Sehr gut!) Wenn der Regierung daran läge, daß dem Volke geholfen wird, dann würde jetzt der Reichstag tagen, um Maßregeln zu beraten, wie es der armen, heillosen Masse leichter gemacht werden kann, sich satt zu essen. (Lebhafte Zustimmung.)

Der Reichstag müßte in dieser Zeit auch deswegen tagen, um erneut Stellung zu nehmen

gegen das persönliche Regiment.

Parteienossen, der Kaiser redet wieder. Erneut rief Wilhelm II. Beunruhigung dadurch hervor, im Inlande sowohl wie im Auslande, daß er entgegen der Zusicherung, die Reichskanzler Bülow im Dezember 1908 gegeben hat, abermals einwirkt auf die politischen Ereignisse durch seine Reden, daß er dadurch, wenn auch ungewollt, Erregung und Unsicherheit hineinträgt in die deutsche Politik. Durch seine Königsberger Gottesgnadenrede hat der Kaiser erneut das

Bekanntnis zum Absolutismus

abgelegt; unbeirrt um die Meinung des Volkes, um die Tagesansichten will Wilhelm II. seine Wege gehen. Wir werden den Rat, den er uns vor Jahren gegeben hat, niemals befolgen, den Staub von den deutschen Pantoffeln zu schütteln. (Bravol) Wir werden allerdings nicht unterjocht lassen, um dafür Sorge zu tragen, daß den Vertretern der Gottesgnadenidee die Luft drückend wird im deutschen Vaterlande. (Lebhafte Bravol) Und wenn sie den Staub von den Pantoffeln schütteln würden, würde ihnen sicher die große Masse des deutschen Volkes keine Träne nachweinen. (Bravol) Vor 20 Jahren hat Wilhelm II. dem deutschen Volke zugerufen: Herrlichen Tagen führe ich Euch entgegen. Wir haben endlich genug von dieser Sorte von Herrlichkeit, die uns beschert worden ist (Bravol) und die darin besteht, daß breite Bevölkerungstreffen hungern, daß die Ausgaben für Heer und Flotte ständig wachsen, die Schuldenlast des Reiches sich ungeheuerlich vermehrt, das Reich nahezu an den Abgrund des Bankrotts getrieben hat. In den schweren Verschuldungen der bürgerlichen Parteien gehört nicht zuletzt, daß sie in jenen Novembertagen aus Anlaß der Kaiserdebatten nur redeten, anstatt hinterher auch zu handeln. Sie haben es versäumt, damals dem persönlichen Regiment in Deutschland ein für allemal ein Ende zu bereiten. (Sehr wahr!)

Die sozialdemokratische Fraktion hat es damals wie im letzten Winter nicht an der Forderung fehlen lassen, durch

Änderung der Verfassung

endlich auch aus dem Deutschen Reich ein modernes frei-

heitliches Land zu machen. Das Bürgerthum hat dabei ver-

folgt, trotzdem die Regierung damals in ihrer Finanznot vollständig abhängig war von der Volkvertretung und alles hätte aus-
gestehen müssen. Wir sind uns darüber klar, daß auch, wenn es zu neuen Kaiserdebatten im Reichstage kommen wird, sobald der Reichstag zusammentritt, wir durch nennenswerte Unterstützung durch die bürgerlichen Parteien kaum zu rechnen haben werden. Es wird der Arbeiterklasse vorbehalten bleiben, Deutschland zu einem freiheitlichen, einem demokratischen Lande zu machen. Dem Bekenntnis des Kaisers zum Gottesgnadentum und Absolutismus setzen wir bei den kommenden Wahlen entgegen

die Forderung nach der Republik.

(Lebhafte Weißfall.) Wir werden bei den kommenden Wahlen das Volk dazu aufrufen, daß es nicht länger seine Geschicke den gekrönten Instrumenten des Himmels anvertraut. (Bravol) Das deutsche Volk ist mündig geworden und muß das bei den nächsten Wahlen zum Ausdruck bringen. Das deutsche Volk kann sich das absolutistische Regierungssystem nicht länger gefallen lassen. Die nächsten Wahlen werden wir unter der Parole führen, daß endlich in Deutschland der Wille des Volkes höchstes Gesetz werde. (Lebhafte Weißfall.) Und wir sind sicher, daß bei diesem Kampfe, bei diesem Streben auch in Zukunft die deutsche Sozialdemokratie, die deutsche Arbeiterklasse einig und geschlossen wie ein Mann den Kampf führen wird. (Stürmischer Weißfall.)

Mit zur Debatte stehen die Anträge 38, 39, 40 und 84*, die sämtlich unterzeichnet werden.

Bromme-Lübeck: Mit dem Antrag 84 soll durchaus nicht gesagt sein, daß unsere Fraktion nicht zu jeder Zeit ihre Pflicht und Schuldigkeit getan hätte. Seit Jahren betrachten die Schergen des Blutgarns auch das Land innerhalb der schwarz-weiß-roten Grenzpfähle als ihre Satrapie und häufen dort Verbrechen auf Verbrechen, sie sind aber niemals von der Regierung angehalten worden, den am Leib und Leben Verletzten genügende Entschädigung oder Vergütung zu leisten, sie sind es eben gewohnt, ihre Hausmacht und Stiefelpumper mit Fußritten zu regalieren. Es wird endlich Zeit, daß bei der nächsten Grenzverletzung der Regierung das Rückgrat gestreift und sie aufgefordert wird, ihre Reichsangehörigen zu schützen. Ich bitte Sie deshalb, den Antrag der Fraktion zu überweisen.

Dittmann-Solingen begründet den Antrag 40. Der Antrag spricht ja eigentlich etwas Selbstverständliches aus, und jeder von uns wird wohl annehmen, daß die Fraktion eine eingehende und gründliche Kritik an der Wahlfreiheit und der Streik-
justiz üben wird, auch ohne daß sie dazu aufgefordert wird. Wenn trotzdem der Antrag gestellt ist, so vor allem, damit hier vor dem Parteitag aufgeföhrt werden kann, daß alle Parteigenossen, in denen während des letzten Jahres in bezug auf Streik- und Wahlrechtprozeduren besonders Hohndühnenes gesehelt ist, das nötige Material an die Fraktion einfinden, um sie in den Stand zu setzen, auch wirklich gründliche Abrechnung mit der Klassenjustiz zu halten. Ich glaube es mir erparen zu können, im einzelnen noch viel Sachliches zur Begründung zu sagen, denn die Strafprozesse, die seit Beginn dieses Jahres aus Anlaß unserer imposanten Wahlrechtsdemonstrationen in Preußen, Braunschweig und anderen Bundesstaaten auf unsere Genossen herabgeprasselt sind, sind Ihnen allen bekannt. Mit Gefängnis und mit Geldstrafen hat man versucht, unsere Wahlfreiheitsbewegung zu ersticken und uns die Lust zu neuen Vorstößen zu nehmen. Sie kennen ja die Urteile gegen Wahlrechtsdemonstranten, gegen Versammlungs- und Organisationsleiter und gegen Redakteure. Sie werden jedenfalls auch gelesen haben, in welcher flagrantem Widerspruch in diesen Prozessen meist die eidlichen Aussagen der Polizeibeamten zu den eidlichen Aussagen der Zivilzeugen gestanden haben, und wie andererseits von den Richtern in fast allen Fällen direkt oder indirekt die eidlichen Aussagen der Zivilzeugen für unglaubwürdig und die der Polizeibeamten ohne weiteres für absolut glaubwürdig erklärt sind. Den Richtern dabei immer den guten Glauben zuzuerkennen, ist mir nicht möglich gewesen, und Ihnen wird es gerade so gegangen sein. (Zustimmung.) Ich habe oft den Eindruck, daß nach dem Grundgesetz verfahren ist: Legt ihr nicht aus, so legt ihr unter. Die Justiz scheint geradezu an manchen Orten in manchen Fällen unter Polizeikommando zu stehen, und die Polizei über Recht und Gesetz.

Kein Wunder, daß da die Polizisten gegen die Wahlrechtsdemonstranten vielfach gehandelt haben wie die Rosaken. Ein trasses Beispiel aus der Streikjustiz will ich erwähnen. Mir ist bekannt, daß der oberste Leiter der Polizeibehörde, der Polizeinspektor, an die Leiter des betreffenden Verbandes, in deren Hand die Leitung des Streikes lag, einen Brief schrieb, in dem es hieß: „Ich werde nicht dulden, daß hundert Schritt auf- und abwärts der Fabrik Streikposten stehen.“ Das Recht auf Streikposten ist also direkt außer Kraft gesetzt worden. Vor Gericht erklärte nun der Herr unter seinem Eide, er hätte keinen Befehl gegeben, Streikposten nicht zu dulden. Das war ein trasser Widerspruch, der durch keine Logik und Sophistik aus der Welt zu schaffen ist. Trotzdem erklärte das Gericht in seiner Urteilsbegründung: zwischen dem Schreiben des Polizeinspektors und seiner eidlichen Aussage besteht keinerlei Widerspruch. Solche Beispiele könnten zu Hunderten aus dem Bande angeführt werden. Ich bitte Sie, derartiges Material zu sammeln und der Reichstagsfraktion zu überweisen. (Weißfall.)

Klara Zeitlin: Es liegt ein Antrag vor, der Reichstagsfraktion nahezufragen, nach dem Muster Italiens einen Gefesentwurf einzubringen gegen die mißbräuchliche Zuführung von Alkohol an Kinder. Ich bitte Sie dringend, diesen Antrag der Fraktion zur Berücksichtigung zu überweisen. Ich weise nur auf die Menge von statistischem Material und Zahlen, auf die unantastbaren wissenschaftlichen Tatsachen hin, die beweisen, daß der Alkoholgenuß durch Kinder zum körperlichen Ruin führen muß. Mit der körperlichen Gesundheit wird aber auch die geistige und sittliche Gesundheit der Jugend vernichtet. Jede Gesellschaft, die ein gesundes Geschlecht heranziehen will, muß mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen den Alkoholgenuß der Jugend auftreten. Die kapitalistische Gesellschaft tut das ja nicht, weil sie den Profit einiger weniger, die an der Produktion und am dem Verkauf von Alkohol interessiert sind, nicht hindern will. Die Arbeiterklasse aber, die eine Klasse der Zukunft ist, kann diesen Dingen nicht ruhig zusehen. Die körperliche, geistige und sittliche Gesundheit der Jugend gehört zu den wichtigsten Faktoren, die den Sieg des Proletariats für die Zukunft verbürgen. (Lebhafte Weißfall.)

Sackelbuch-Berlin: Auch ich bitte, den Antrag als Material zu überweisen. In einem Artikel der „Pädagogischen Zeitung“ wird die schädliche Wirkung des Schnapses auf Kinder in trasser

*) 38. Berlin 4. Kreis, Genosse Kulzinski: Da es ein Verbrechen ist, Kindern Schnaps, Wein oder Bier zu geben, beschließt die Fraktion, die Reichstagsfraktion zu beauftragen, einen Gesentwurf auszuarbeiten, entsprechend dem neuen italienischen Gesentwurf, um die Jugend gegen den Alkoholgenuß zu schützen.

39. Berlin 3. Kreis, Genosse Hallbauer: Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion, einen Antrag einzubringen, in dem der Sonntag als Wahltag für den Reichstag und die Landtage geföhrt wird. Im Falle der Ablehnung des Antrages beauftragt der Parteitag den Parteivorstand, mit der Generalkommission die Frage der Arbeitsruhe an den Wahltagen zu erörtern und eventuell die Arbeitsruhe zu beschließen.

40. Solingen: Der Parteitag ersucht die Reichstagsfraktion, bei der Beratung des Justizgesetzes die Wahlrechtsjustiz und die Streikjustiz einer eingehenden und gründlichen Kritik zu unterziehen.

84. Lübeck: Die Reichstagsfraktion ist zu ersuchen, die Regierung wegen der immer häufiger vorkommenden russischen Grenzübergriffe zu interpellieren, was sie zu tun denkt, um für die Zukunft die Mißgriffe der zarischen Soldateska zu verhindern.

Weise geschilbert. Danach erhielten im Kreise Rummelsburg in Rummern die Kinder, die bei einem Gutbesitzer arbeiteten, zum Frühstück, zum Mittag und zur Vesper Schnaps. Jedemal erhielt ein Kind ein kleines Maß. Das ging so vier bis sechs Wochen lang. So wird das Fundament zum späteren Säuer gelegt. Der Schnaps gilt dabei als ein Teil der Entlohnung und wird auf den Lohn angerechnet. (Hört! hört!) Solchen Mißständen muß entgegengetreten werden. (Weißfall.)

Engler-Freiburg: In der Schweiz ist vor zwei Jahren ein Abstinenzbot erlassen worden. Das war notwendig wegen einiger graufamer Verbrechen, die nach starkem Abstinenzgebot begangen wurden. Nun haben die Abstinenzfabriken ein großes Abstoßgebiet verloren. Daher versuchen sie nun, in Süddeutschland ihr Gift abzusetzen. (Hört! hört!) Dagegen müssen wir einschreiten, ehe dieses Gift seine stetige Wirkung ausübt. (Sehr richtig!) Es ist auch unsere verdamnte Pflicht, die Genossen darauf hinzuweisen, daß Sonntags nachmittags, wenn sie im Biergarten sitzen, die lieben Kinder nicht von jedem Glase Bier oder Schnaps etwas abhaben müssen. (Weißfall.)

Aachen-Nachen: Nehmen Sie Antrag 38 einstimmig an. Speziell in Aachen herrschen noch Mißstände. Unsere Jugendorganisationen werden vom Zentrum, der Alexisei und den „Christlichen“ aufs schärfste bekämpft. Vor drei Wochen hat sich etwas ganz Unglaubliches ereignet. Im katholischen Verein wurde eine Verlosung von — sechs Litern Schnaps veranstaltet. (Lebhafte Hört! hört!) Und die Mitglieder des christlichen Jünglingsvereins gingen in die Fabriken und Häuser, um die Lose an den Mann zu bringen. Es waren 200 Lose a 10 Pf. Wir kamen dahinter und liehen in der „Rheinischen Zeitung“ einen Artikel los, der natürlich erzählerisch wirkte infolgedessen, als die Jünglinge nicht weiter mit den Losen herumgeschickt wurden, sondern daß die Verlosung in einem katholischen Verein stattfand. Das geschah in Aachen am Tage St. Peter. (Stürmisches Hört! hört!) So wird die katholische Jugend mißbraucht, um Lose für eine Schnapslotterie zu verkaufen. Ich möchte auch deshalb ersuchen, den § 38 bestimmt anzunehmen. (Weißfall.)

Wurm-Berlin: Im engen Zusammenhange mit unseren Bestrebungen, die Jugend gegen die alkoholische Vergiftung zu schützen, stehen die Bestrebungen, die ganze Bevölkerung überhaupt vor der Alkoholvergiftung zu bewahren. Wir wissen ja nicht genau, aber können nicht zahlenmäßig feststellen, wie der Konsum der Partei an die Arbeiter, sich des Schnapskonsums unbedingt zu enthalten, sowohl aus gesundheitlichen Gründen, als auch, um den Junkern nicht die Tasche zu füllen, Wirkung getan hat. Aber wenn auch die Statistik des Branntweinverbrauchs mit Hilfe der Spirituszentrale verschleiert wird, so ist doch zweifellos der Schnapskonsum bedeutend zurückgegangen, und daß dieser Rückgang nicht unbeträchtlich sein muß, wird dadurch bewiesen, daß sich die Junker und ihre Regierung anschiden, einen heimtückischen Streich gegen die Schnapskonsumbewegung zu führen. (Hört! hört!) Sie wissen, der Profit der Junker entfiel dadurch, daß die Menge des trinkbaren Branntweins gesetzlich beschränkt und kontingiert wird. Dieses Kontingent, das mit einem niedrigeren Steuersatze belegt ist, wird teils so feilgeboten, daß es den Verbrauch nicht deckt. Nun wirkt natürlich der über das Kontingent hinausgehende Verbrauch preisbildend auf den gesamten Spirituskonsum. In dem Augenblick, wo der Konsum herabfällt auf das gesetzlich festgestellte Kontingent mit dem niedrigen Steuersatze, verschwindet der Extraprofit der Junker, die Liebesgabe. Durch unseren Aufbruch an die Arbeiter ist der Schnapsverbrauch so weit zurückgegangen, daß er dieser Grenze sich offenbar nähert, so daß es möglich erscheint, das Volk von der aufreizenden Liebesgabe, von der Sonderabgabe an die Junker, zu befreien. In dem Augenblick, wo nun das Volk Anstalten macht, sich diese Verneinung durch die Enthaltung vom Schnaps zu verschaffen, beschließt sich der Bundesrat mit dem Plane, die Liebesgabe herabzusetzen. (Stürmisches Hört! hört!), damit der Rückgang des Konsums den Profit nicht schädigt und das Volk auch weiter so ausgebeutet werden kann. Das wurde ausgeplaudert von einem jener Brenner, die mit der geplanten Herabsetzung des Kontingents unzufrieden sind.

Die Spirituszentrale, diese Riesenmacht von Junkern, Banken, Kapitalisten, hat längst großen Einfluß auf die Regierung und den Bundesrat. Vorausgesetzt wird schon in der nächsten Reichstagsession ein solches Vorgehen des Bundesrats zu erwarten sein. Dabei ist noch zu betonen, daß jene agrarischen Volkvergifter und Volksausdrücker den Konsum im Inlande dadurch künstlich verteuern, daß sie fast mit Schaden und unter dem Preise nach dem Auslande verkaufen. Dieselben Herren, die sich nicht genug tun können in Betreibungen ihres Patriotismus, sorgen so mit Unterstützung der für die Volksgesundheit verantwortlichen Regierung für ihre Tasche, indem sie den Markt von dem Schnaps befreien, den die Arbeiter nicht mehr trinken, um den Preis noch weiter hinaufzudrücken zu können. In dreifacher Weise plündern sie die Elendesten und Armen, und wir protestieren hier auf das energischste dagegen, daß dieser Wucher, diese Ausbeutung mit Zustimmung aller einzelstaatlichen Regierungen in Nord und Süd fortgeführt wird. (Lebhafte Weißfall), und wir ersuchen die Fraktion, diese Angelegenheit im Auge zu behalten. (Auseitiger lebhafter Weißfall.)

Wed: Der Reichstag hat sich bereits mit der Frage der Befreiung des erhöhten Abstinenzgenusses beschäftigt, allerdings nur in der Petitionskommission. Ich kann im Augenblick nicht bestimmt sagen, welches das Resultat der Beratungen war. Ich weiß nur, daß es uns nicht gelungen ist, die Angelegenheit vor das Plenum zu bringen. So viel ich weiß, ist die Kommission über die Petition zur Tagesordnung übergegangen, weil eine Mehrheit der bürgerlichen Abgeordneten gegen die Abstinenzindustrie nicht Stellung nehmen wollte und, wenn ich mich recht erinnere, auch die Regierungsbekämpfer erklärt haben, daß die Befreiung noch nicht hinreichend feilgeboten sei. Was die Vergiftung durch Alkohol betrifft, so bekommen in bäuerlichen Gegenden bereits Kinder zu ihrer angeblichen Beruhigung Schnaps. Ich weiß auch, daß Riechwasser in sogenannten Schuullen von Hebammen zu diesem Zwecke verordnet wird. (Hört! hört!) Es muß also dahin gewirkt werden, daß in den Lehrkursen der Hebammen die Gefahr geschilbert und ein Verbot der Verabreichung von Schnaps an Kinder herbeigeföhrt wird. (Bravol)

Rabenstein-Stralsund: Die Befreiung des Alkoholgenußes der Jugend muß durch verschiedene Mittel geschehen. Die Jugend muß planmäßig durch die Schule aufgeklärt werden, und im übrigen werden Maßnahmen zu treffen sein, die im Rahmen der Gewerbeordnung liegen. Daß hier eine besondere Notwendigkeit besteht, das beweist das reiche Material über die ungeheure Ausdehnung des Alkoholgenußes in der Jugend. Es sind darüber in einer ganzen Reihe von Schulen Erhebungen veranstaltet worden. In dem Buch von Hirsch über „Verbrechen und Prostitution“ finden Sie derartiges Material aus Braunschweig und einer Reihe anderer Städte. Daraus ersehen wir, daß in geradezu ungeahntem Umfange den Kindern bis herab zum jüngsten Bier, Wein und sogar Branntwein zu trinken gegeben wird, und daß das in körperlicher und geistiger Hinsicht auf die Kinder von allerschlimmstem Einfluß ist. In einer Reihe von Städten, wie z. B. in Wien, ist der Zusammenhang zwischen Alkoholgenuß und Betrogen der Kinder untersucht, und es hat sich gezeigt, daß in demselben Maße, wie den Kindern Alkohol gegeben wird, ihre Leistungen herabgesetzt werden und ihr Betragen sich verschlechtert. Es handelt sich also um eine ganz besonders wichtige Frage; ich möchte die Aufforderung von Engler unterbreiten. Es ist eine wichtige Pflicht jedes Parteigenossen und jeder parteigenössigen Mutter, nicht selbst zur Vergiftung der Kinder beizutragen. (Sehr richtig!)

Was nun die Frage des Abstinenzverbotes anbelangt, so liegen ja schlagende Erfahrungen aus dem Ausland, aus Frankreich und der Schweiz vor, daß wir nicht nötig haben, erst noch die gleichen schlimmen Erfahrungen zu sammeln. Wir warten ja auch nicht ab, bis die Cholera Hunderttausende von Opfern bei uns ge-

fordert hat, sondern kreffen vorher unsere Vorkehrungen. (Sehr gut!) Gerade in den politisch freien Völkern, der Schweiz und den skandinavischen Ländern hat man sich mit Verwirklichung der Beschränkungen gegen die Alkoholisierung des Volkes beschäftigt, während in den absolutistisch regierten Staaten, Rußland und Preußen, der Alkoholismus verheerend wirkt. — Nun noch ein Wort zum Branntweinbott. Auf dem vorigen Parteitag ist er einstimmig mit großer Begeisterung beschlossen worden. Er hat auch gewisse Wirkungen ausgeübt, aber diese Wirkungen sind weit hinter dem zurückgeblieben, was geschehen kann, wenn der erste Wille vorhanden ist, und das hängt wesentlich von dem Verhalten der maßgebenden Parteiorgane ab. In Breslau ist durch Erhebungen festgestellt, daß in den Arbeiterkreisen der Branntweingenuss außerordentlich zurückgegangen ist, in den Wirtschaften, wo andere Kreise verkehren, nicht. (Hört! Hört!) Die Breslauer „Volkswacht“ hat auch ihre volle Schuldigkeit bei der Propagierung des Branntweinbott getan, ebenso wie die Dortmunder „Arbeiterzeitung“ und andere Parteiblätter. Es gibt aber auch Parteiorgane, die genau entgegengesetzt gehandelt haben. Ich erinnere an den Artikel Mehlings in der „Neuen Zeit“ und an die Bremer „Bürgerzeitung“, die den Beschluß nicht durchzuführen, sondern abzuschwächen versucht haben. In Bremen soll denn auch von den Wirkungen des Botschotts so gut wie nichts zu spüren sein. Wir haben gestern mit großer Mehrheit beschlossen, daß es kein schlimmeres Vergehen gibt, als bewußte Auflehnung gegen einen Parteitagbeschuß. (Sehr gut!) Das gilt auch für den Schnapsbott. Ich bitte Sie, dahin zu wirken, daß auch in den Inseratenspalten der Parteiblätter die Konsequenzen aus diesem Parteitagbeschuß gezogen werden, damit der Beschluß so durchgeführt wird, wie es den segensreichen Absichten, von denen er ausgeht, entspricht. (Lebhafter Beifall.)

Senke-Bremen: Doch von den Wirkungen des Branntweinbott in Bremen nichts zu spüren sein soll, ist eine Unwahrheit. Die Behauptung Kagensteins in bezug auf die Stellung der Bremer „Bürgerzeitung“ stimmt insofern, als diese Zeitung dem Artikel des Genossen Mehlings, wonach der Schnapsbott nicht in der Lage sei, die Wirkungen zu zeitigen, die man sich von ihm versprochen habe, zugestimmt hat. Es ist selbstverständlich erlaubt, an einem Parteitagbeschuß Kritik zu üben. Der Inhalt des Artikels war, daß, wenn es richtig ist, daß die Trinkfrankheiten, wie Alkoholismus eine Wirkung der jeweiligen ökonomischen Zustände einer Zeit seien, wie das die materialistische Geschichtsauffassung behauptet, selbstverständlich nicht von oben herab durch einen Beschluß des Parteitages die Wirkungen erzielt werden können, die man sich vielfach in Abstinenzkreisen davon versprochen hat. Ich gehe durchaus zu, daß der Trinkfrankheiten infolge des Botschotts zurückgegangen ist und ich kann Ihnen als Redakteur der Bremer „Bürgerzeitung“ versprechen, daß dieses Organ, wie bisher, dem Beschluß des Parteitages die größtmögliche Wirkung zu verschaffen suchen wird. Es ist nicht wahr, daß die Bremer „Bürgerzeitung“ sich um diesen Beschluß nicht gekümmert hat. Wenn sie auch ihre gegensätzliche Meinung zum Ausdruck gebracht hat, so hat sie doch, genau wie andere Parteiblätter die Aufforderung zur Befolgung dieses Beschlusses verschiedene Male bei passenden Gelegenheiten, Gewerkschaftsfesten, Raiffeisern usw. gebracht. Sie ist überzeugt, daß die Bremer „Bürgerzeitung“ und die Bremer Parteigenossen Parteitagbeschlüsse achten und ausführen. Wir dachten nicht daran, die Wirkung des Schnapsbott abzuschwächen.

Vorsitzender Mühs: Ich schlage jetzt Vertagung vor. Es ist noch ein Antrag Baumann und Genossen eingebracht, der sich ebenfalls gegen die Steuer- und Zollpolitik und die dadurch hervorgerufene künstliche Teuerung der Lebensmittel wendet.

Kagenstein-Straßend: Ich habe erklärt, daß die Bremer Bürgerzeitung die Wirkung des Schnapsbott abgeschwächt hat. Das ist eine Tatsache. Gewiß, sie hat nachher die Aufforderung gebracht, den Botschott zu befolgen. Wie kann das aber wirksam sein, wenn vorher die Unwirksamkeit des Botschotts dargelegt wird und zwar auf Grund der materialistischen Geschichtsauffassung, die zu allem herhalten muß.

Vorsitzender Mühs: Die Geschichtsauffassung ist nicht persönlich.

Senke-Bremen (persönlich): Ich muß ganz entschieden befreiten, daß durch uns die Wirkung des Botschotts verringert worden ist. Kritik hat die Bürgerzeitung geübt, und das wird sie auch weiter tun.

Heißner-Dresden erhält das Wort zu einer berichtigenden Erklärung: Der Parteitagdelegierte Heißner aus Chemnitz, Redakteur der Chemnitzer „Volkswacht“, hat in diesem Blatte einen Artikel über die Budgetdebatte des Parteitages gebracht. Er hat in diesem Artikel meine Ausführungen in folgendem Satz besprochen: „Nur auf eine Bemerkung aus der Debatte möchten wir besonders hinweisen. Es ist die satte Selbstzufriedenheit, mit der Genosse Heißner-Dresden rühmte, daß die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion auch im schließlichen Landtage wesentlich besser geworden sei.“

Ich möchte sachlich richtigstellen, daß ich weder von Ertrungen-schaften unserer Fraktion im schließlichen Landtage gesprochen habe, noch viel weniger davon, daß es sich um rühmliche Ertrungen-schaften handeln könne. Ich verwalte mich gegen diese ganz willkürliche und völlig unnotwendige Unterstellung. Ueber die durchaus verletzende Form des Angriffs verliere ich kein Wort. (Beifall.)

Darauf werden kurz vor 11 Uhr die Verhandlungen auf Freitag vertagt.

Am Nachmittage unternimmt der Parteitag einen Ausflug nach Thale.

Resolution zur Fleischsteuerung.

Parteiorgan und Kontrollkommission beantragen folgende Resolution:

Der Parteitag erblickt in der herrschenden Fleischsteuerung einen unerträglichen Notstand, der durch die Zoll- und Agrarpolitik des Reiches hervorgerufen ist.

Die künstliche Verteuerung des Getreides durch die Zölle, die in Zeiten hoher Auslandspreise noch gesteigert wird durch die Einfuhrzölle, bedingt neben der Verteuerung der Brotteuerung die Verteuerung der Futterstoffe und damit die Preissteigerung des Viehes und des Fleisches. Diese Preissteigerung wird weiter verschärft durch die Vieh- und Fleischzölle und die schließlichen Einfuhrbestimmungen.

Die hohen Fleisch- und Brotpreise verschlechtern die Lebenshaltung der ärmeren Volksklassen, schädigen ihre Gesundheit auf das schlimmste und führen zu ihrer Degeneration.

Der Parteitag verlangt daher von der Regierung, daß unverzüglich alle Zölle und zollpolitischen Maßregeln, die eine künstliche Verteuerung des Fleisches herbeiführen, beseitigt werden; er fordert weiter die Parteiorganisationen auf, den Kampf gegen die Lebensmittelteuerung mit aller Schärfe weiterzuführen.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Magdeburg, 22. September 1910.

Werte Redaktion!

Die bis zur Entstellung der Tatsachen einseitige Schilderung der Parteitagssitzung vom 21. September 1910 in der Nr. 222 des „Vorwärts“ nötigt uns, Sie zu ersuchen, zur Steuer der Wahrheit Ihren Lesern die nachfolgende objektive Darstellung des Sachverhalts und der Gründe der Minderheit in der nächsten Nummer des „Vorwärts“ mitzuteilen.

Mit Parteigruß

J. H. E. Auer.

Die „objektive“ Darstellung des Sachverhalts lautet wie folgt:

Durch das Verhalten der Mehrheit des Parteitages hat sich eine Anzahl von Delegierten und Abgeordneten genötigt gesehen, ihre Teilnahme an der Verhandlung über den Antrag Zubeil und Genossen Nr. 97 abzulehnen, weil die Mehrheit die einfachsten Forderungen der Kameradschaftlichkeit und Loyalität verletzt hat.

Dieser Antrag Zubeil und Genossen war sachlich und parlamentarisch völlig unzulässig.

Der erste Antrag Zubeil Nr. 93 war zurückgezogen worden, nachdem Genosse Weber in einer jeden Widerspruch ausschließenden Weise dargelegt hatte, daß er mit dem Organisationsstatut unvereinbar sei.

Als die Debatte über die Budgetfrage schon geschlossen war und die Abstimmung vorgenommen werden sollte, hat die Mehrheit die Verhandlungen des Parteitages eine Stunde lang unterbrechen lassen, um unter sich in getrennter Sitzung dem Antrag die neue Fassung zu geben. Darauf hat sie ihn wieder eingebracht, obgleich er zu diesem Zeitpunkt weder beraten, noch zur Abstimmung gestellt werden konnte.

Es ist zum mindesten unloyal, nach ordnungsmäßiger Erledigung eines Punktes der Tagesordnung ihn von neuem in die Debatte zu ziehen, sei es auch unter der Maske eines neuen Antrages.

Vermittlungsversuche, die bis zum letzten Moment von Mitgliedern des Parteivorstandes unternommen wurden, und denen die Minderheit bereitwillig entgegenkam, hat die Mehrheit abgelehnt.

Die Mehrheit hat darauf nach Annahme der Vorstandesresolution die Beratung des Antrages Nr. 97 erzwungen, obgleich der Vorsitzende sie hat, davon abzustehen, und obgleich zu der vorgeschrittenen Nachtstunde eine gründliche Verhandlung ausgeschlossen war.

Dah der neue Antrag Zubeil nichts ist, als eine in andere Form gekleidete Wiederholung des Antrages Nr. 93, und daß er mit diesem sachlich identisch sein soll, hat Genosse Haase ausdrücklich erklärt.

Der Antrag will feststellen, daß jede künftige Zuwiderhandlung gegen die Resolution des Parteitages über die Budgetbewilligung den Fall des Ausschlusses aus der Partei bedeutet. Nach § 23 des Organisationsstatuts aber ist selbst bei beharrlicher Zuwiderhandlung gegen Parteitagbeschlüsse der Ausschluß nicht vorgeschrieben, sondern nur für zulässig erklärt und auch nur für den Fall, daß diese Zuwiderhandlung eine Schädigung der Interessen der Partei bedeutet. Ob dieser Fall vorliegt, kann nur nach Prüfung der besonderen Umstände und nur durch die Organe festgestellt werden, denen das Statut die unabhängige, unbefristete Entscheidung anvertraut, ob sie den Ausschluß für berechtigt und angemessen halten. Nicht aber darf der Parteitag für alle Zeit und für alle Fälle, deren Umstände noch gar nicht übersehbar sind, den Ausschluß vorschreiben. Darin liegt eine grobe Verletzung der grundlegenden Verfassung der Partei.

Obgleich die Minderheit aus diesem Grunde gegen die Verhandlung des Antrages protestiert hat, und obgleich der Vorsitzende sich außerstande erklärte, hat den Antrag, der nicht einmal in zweifelsfreier Form vorlag, zur Abstimmung zu bringen, hat die Mehrheit ihre Absicht zu erkennen gegeben, den Antrag ohne ernstliche Beratung durchzusetzen.

Dies hätte zu Erörterungen und Austritten führen müssen, die die Minderheit angesichts der allgemeinen politischen Lage im Interesse der Partei vermeiden wollte. Deshalb blieb nichts übrig, als der Mehrheit die Verhandlung ihres Antrages und die Verantwortung für die Folgen zu überlassen.

Magdeburg, 22. September 1910.

E. Auer-Rünchen. Geiß-Rannheim.

Die „objektive“ Darstellung ist so objektiv, daß sie zu nächst völlig verschweigt, was zwischen dem Schlußwort Webers und dem Einbringen des neuen Antrags Zubeil-Haase geschehen ist, daß sie verschweigt, was die Mehrheit in die Zwangslage versetzte, nach Schluß der Debatte den Antrag einzubringen: die provozierende Erklärung Frank in seinem Schlußwort!

Gegen den Vorwurf, die Mehrheit habe die einfachsten Forderungen der Kameradschaftlichkeit und der Loyalität verletzt, brauchen wir sie nicht in Schutz zu nehmen. Zu der Behauptung aber, daß die Mehrheit Vermittlungsversuche des Parteivorstandes abgelehnt habe, denen die Minderheit bereitwillig entgegengekommen sei, wollen wir doch bemerken, daß nach unseren Informationen die Mehrheit nicht in der Lage war, darauf einzugehen, weil die Minderheit sich weigerte, eine klare und unzweideutige Erklärung darüber abzugeben, ob sie künftige den Parteitagbeschuß zur Budgetfrage beachten werde!

Das Gerücht von der rechtlichen Unzulässigkeit des Antrages, von der groben Verletzung der grundlegenden Verfassung der Partei ist absolut hinfällig. Der Parteitag ist die oberste Instanz der Partei und ist selbstverständlich durchaus befugt, zu bestimmen, daß die Zuwiderhandlung gegen einen bestimmten wichtigen, grundsätzlichen Beschluß die Einleitung des ordnungsmäßigen Ausschlußverfahrens nach sich ziehen muß. Die „objektive“ Darstellung behauptet, man könne heute noch nicht wissen, ob eine solche Zuwiderhandlung in dem Zeitpunkt, wo sie erfolge, eine Schädigung der Parteiinteressen bedeuten werde. Solche Behauptung können die Verfasser der Darstellung nur aufstellen, weil sie außer acht lassen, daß solche Zuwiderhandlung ein Disziplinbruch wäre!

Sachlich ist es natürlich auch, daß die Mehrheit den Antrag ohne ernstliche Beratung durchsetzen wollte. Das widerlegen die Verhandlungen. Schließlich waren die ganzen zweitägigen Debatten über die Budgetbewilligung Material zur Beurteilung des Antrages.

Möglichst mutet endlich die Minderheit an, daß die Mehrheit den Saal verlassen habe, um „Erörterungen und Austritte“ „angesichts der allgemeinen politischen Lage im Interesse der Partei zu vermeiden“. Diese Befürchtung von „Erörterungen und Austritten“, die die Partei hätten schädigen können, ist deshalb ganz unbegründet, weil in den ganzen zweitägigen Verhandlungen über das Kampfsujet bei aller inneren Leidenschaftlichkeit die parlamentarische Form stets gewahrt blieb.

Die Darstellung der Genossen Auer und Geiß ist also alles andere, denn objektiv.

Aus der Frauenbewegung.

Was der Kaiser wissen möchte.

Was sprach Wilhelm II. in Königsberg von der Königin Luise, diesem Engel in Menschengestalt: „Was sollen unsere Frauen von der Königin lernen? Sie sollen lernen, daß die Hauptaufgabe der deutschen Frau nicht auf dem Gebiet der Versammlung- und Vereinswesen liegt, nicht im Erreichen von vermeintlichen Rechten, in denen sie es den Männern gleich tun können, sondern in der stillen Arbeit im Hause und in der Familie.“ Dieser

Ausspruch zeugt nicht nur von einer ausgeprägten Weltfremdheit, er steht auch mit den geschichtlichen Tatsachen nicht im Einklang. Selbst die byzantinischen Geschichtsschreiber rechnen es der gerühmten „Kaiserin“ als höchste Tat an, daß sie ihre „Hauptaufgabe“ nicht nur in der stillen Arbeit im Hause und in der Familie gesucht hat, sondern tatkräftig — und nebenbei bemerkt unteilhaft — in die Weltbühne und öffentlichen Vorgänge eingriff. Sie verstand es auch ganz gut, Staatsmänner, die sich ihrer königlichen Guld nicht mehr erfreuten zu stützen.

Der Rufus von der Hausfrau in der Königsberger Rede hat denn auch ein lautes Echo in der Frauenwelt aller Kulturländer erweckt. Zeugt sie doch von einer völligen Unkenntnis der Lebenslage weiler Völkern. Daß die gewerbliche Stellung der heutigen Frau vom ehernen Fesseln der Entwidlung diktiert wird, bereiten folgende statistische Feststellungen: Die am 12. Juli 1907 in Preußen vorgenommene Vortriebzählung ergab, daß von der Gesamtzahl der gewerblich tätigen Personen 73,95 Proz. männlichen und 26,05 Proz. weiblichen Geschlechts waren. Die Steigerung zeigte seit 1895 bei den Männern 38,76, bei den Frauen 54,24 Proz. Die Zunahme der Frauennarbeit erstreckt sich über ganz Deutschland. Nach den Berechnungen des kaiserlichen statistischen Amtes vom Jahre 1907 wurden in Deutschland beschäftigt in 89 211 Fabriken 449 238 jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren, darunter 13 054 Kinder unter 14 Jahren! 285 000 waren männlichen, 160 847 weiblichen Geschlechts. Von den Kindern waren 7295 Knaben, 6760 Mädchen. Die Zahl der Fabriken war seit 1906 um 5250 gestiegen, die der jugendlichen Arbeiter um 24 735, darunter 1140 Mädchen und 5522 Arbeiterinnen bis zu 16 Jahren. Außerdem wurden gezählt 449 496 Arbeiterinnen von 16 bis 21 Jahren, und 696 000 Arbeiterinnen über 21 Jahre. Das ist eine Zunahme von 49 638 Arbeiterinnen über 16 Jahre oder 2,3 Proz. binnen zwölf Monaten bei einer Bevölkerungszunahme von nur etwa 0,5 Proz. auf weiblicher Seite!

In ganzen sind in Deutschland zirka 9 1/2 Millionen Frauen und Mädchen, gleich 30,87 Proz. der weiblichen Bevölkerung beschäftigt. In Oesterreich beträgt die Zahl der erwerbstätigen Frauen 6 Millionen. In Dänemark umfaßt die Zahl der arbeitenden Frauen 35/10 in Schweden 23/10 Proz. Deutschland hat ungefähr 1 Million mehr Frauen als Männer und 3 Millionen unbeschäftigter Frauen, von denen 3 900 000 sich durch ihrer Hände Arbeit ernähren müssen. In den Altersklassen von 30—50 Jahren sind 77 Proz. Frauen verheiratet, vom 50. Jahre ab ist jedoch die Mehrheit ohne Ernährer. Die Ehe bildet, wie ja das Leben täglich zeigt, keine sichere Versorgungsanstalt.

Es gibt heute Berufe, wie die Textilindustrie, mit überwiegender Frauennarbeit. Aber auch andere Gewerbegebiete sind stark auf weibliche Arbeitskräfte angewiesen. So unter anderem die Metallindustrie, wo Kleinarbeit und feineres erfundene Einrichtungen die Anstellung von Frauen begünstigen. In zwei Jahrzehnten ist die Entwidlung so weit vorgeschritten, daß z. B. in Maschinenbetrieben wie die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft, die Siemens-Schuckertwerke, Siemens u. Halske usw. die Arbeitskräfte für Maschinenfabrikation fast ausschließlich von Frauen besetzt sind. In Oesterreich waren nach einer Zusammenstellung von Dr. Franz von Reisingen auf Grund der Berufszählung vom 3. Juni 1902 in der Metallindustrie einschließlich der Maschinenfabrikation und Metallverarbeitung in Betrieben und in der Heimarbeit über 30 000 Arbeiterinnen beschäftigt. Nach dem allgemeinen Bericht der Gewerbeinspektoren vom Jahre 1908 waren in der Metallverarbeitung und Maschinenfabrikation und so weiter, und zwar nur in den insipierenden gewerblichen Betrieben allein 27 781 weibliche Arbeiter unter 14 Jahren, unter 16 Jahren und über 16 Jahre. Dabei sind Arbeiterinnen in den von den Gewerbeinspektoren im Berichtsjahre nicht besuchten Betrieben und die Zahl der in der Heimarbeit beschäftigten Metallarbeiterinnen natürlich nicht mitbegriffen.

In der oberirdischen Berg- und Hüttenindustrie bilden die Frauen zirka 9 Proz. der Belegschaft und sie erhalten den horrenden Lohn von 1,24 M. bis 1,30 M., obgleich die Frauen vielfach mit den oberirdisch beschäftigten Männern die gleiche, ja oft noch beschwerlichere Arbeit leisten müssen.

Die Berliner Gewerbeaufsichtsbeamten haben vor einigen Jahren festgestellt, daß die Berliner Arbeiterin im Durchschnitt 11 M. „verdient“. Diesem Lohn haben aber auch ausgerechnet, daß eine alleinstehende Arbeiterin, wenn sie nur notdürftig leben will und ihre Bedürfnisse aufs äußerste einschränkt, also auf dem tiefsten Niveau der Lebenshaltung steht, eine regelmäßige wöchentliche Einnahme von 11,85 M. zum Unterhalt bedürfe. Die Verhältnisse sind mittlerweile noch weit ungünstiger geworden. Mit der enormen Verteuerung der Lebensmittel und aller Bedarfsartikel sowie der Mieten haben die Löhne der Arbeiterinnen keineswegs gleichen Schritt gehalten.

Angesichts all dieser Zustände mutet die Kaiserrede wie der Hauch eines vergangenen Jahrhunderts an. Man weiß nicht, ob man lächeln oder sich entsetzen soll ob der Zumutung, die Frau solle im Hause bleiben und sich nicht an Versammlungen und öffentliche Angelegenheiten kümmern. Die arbeitenden Frauen wären nicht wert, ein besseres Los zu erringen, wenn sie nicht mit aller Macht ihre Stimme erheben gegen ihre Lohnslaveret und gegen die Klassenherrschaft.

Die arbeitende Frau hat an allen, aber auch allen öffentlichen Angelegenheiten das größte und lebhafteste Interesse. Es gibt gar keine Frage, zu der die denkende Frau nicht Stellung nehmen möchte, im eigenen Interesse oder im Interesse ihrer Kinder. Hier sind, die sie nicht zu Delaten, sondern zu Rebellen gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung und ihre Stützen erziehen soll. Das sei die vornehmste Aufgabe der Frau!

Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein

Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Volkswacht“.

Touren

zum Sonntag, 25. September.

1. Bis 10. Uhr: 12 1/2 Uhr: Boden-Remond. Sammelort: Punkt 2 Uhr in Glendel bei Schy. Nachdem die großen Abteilungen: Querndorf (Borsigbusch); die ungetrennten Abteilungen: Stolpe (Bergmann). 11. Uhr: (Sektion der Gesellschaften): Am 25. 9 Uhr: Verbebung. Start: In den bekannten Stellen. Rückkehr: 25. 9. 8 Uhr: Schängel-Tag. Signalbe (Witte). Start: Uhrzeit 74.

A

Arbeiter-Wanderbund
„Die Naturfreunde“.

Wanderfahrten
am Sonntag, den 25. September:
Gemeinsame Wanderfahrt nach **Hohen-Neuendorf**.

1. Treffpunkt 8 Uhr vorm. Endstation der Straßenbahn in Reg. 2. Treffpunkt 12 30 Uhr nachm.: Station Vorort-Bahnhof nach Neuhau. 3. Treffpunkt 2 1/2 Uhr: Stolpe bei Bergmann. Gatte willkommen. 2 1/2

Kausübliche Programme bei Schy. Boyenstr. 19, zu haben.

Humor-Quartett

8. Circus, Kautzenstr.-Höhe 28

„Silesia-Bad“

532° Schlesiische Str. 31

Alle Arten medizinische Bäder.

Lieferant aller Kassen.

Möbel

Lieferant auf Teilzahlung bequem bei kleinsten Anzahlung in bestmöglicher Weise (mit größter Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit)

E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58

Unserem Parteigenossen
Martin Lehmann und Braut
die herzlichsten Glückwünsche zur
10000 **Hochzeit!**
Die alten Genossen d. Bezirks 718.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Stralauer Viertel.
(Bezirk 351b, Teil I.)
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Kasser
Max Lindner
Kobornstraße 20
gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 23. September, nach-
mittags 2 1/2 Uhr, vom Trauer-
hause aus nach dem Kirchhof in
Wilmersberg statt.
Um rege Beteiligung ersucht
220/20
Der Vorstand.

Hierdurch die traurige Mit-
teilung, daß mein lieber Mann,
unser guter Vater 9882

Max Nathow
am 22. September nach langem,
schweren Leiden im Alter von
56 Jahren verstorben ist.
Dies zehrt tiefbetrubt an die
trauernde Witwe
Martha Nathow,
Kind, Mutter u. Verwandte.
Die Beerdigung findet Sonn-
abend, den 24. September, nach-
mittags 2 1/2 Uhr, vom Trauer-
hause Schwedter Str. 90 aus statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 22. September verstarb unser
Mitglied, der Schneider

Max Nathow
Schwedter Str. 90.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonnabend, den 24. September,
nachmittags 2 1/2 Uhr, vom Trauer-
hause aus nach dem Gethsemane-
Kirchhof, Nieber-Schönhausen-
Korfbend, statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
dient am
Prinzenstr. 41, Meritzplatz,
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Deutscher Holzarbeiter - Verband.
Verwaltung Berlin.
Heute Freitag, abds. 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 14/15,
Saal 4 (ArbeitslosenSaal):
Sitzung der Ortsverwaltung.

Achtung! Vertrauensleute.
Die Zahlstelle 58 ist von Stralauer Allee 32 nach Wühlischstraße 31
ins Lokal von Otto Teut verlegt worden.
Montag, den 26. September:
Mitglieder - Versammlungen
der Bezirke und Branchen.
Die Lokale werden in der Sonntagnummer bekannt gegeben.

Polierer!
Sonntag, den 25. September, vormittags 10 Uhr:
Oeffentliche Versammlung der Polierer
auf Stühle und geschweifte Arbeit
im Königstadt-Kaffee, Holzmarktstr. 72.

Tages-Ordnung:
1. Gedenken die Kollegen am 1. Oktober 5 Pros. auf ihren
Zeit- oder Akkordlohn zu fordern? Referent: Kollege Albert Schroder.
2. Diskussion.
3. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes.
Pflicht jedes einzelnen Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu er-
scheinen.
Die Branchenleitung.

Deutscher Metallarbeiter - Verband.
Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau:
Oof I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Oof III. Amt 3, 1937.

Sonntag, den 25. September, vormittags 10 Uhr, im Englischen
Garten, Alexanderstr. 27c (großer Saal):
Branchen - Versammlung
aller in der Metallindustrie beschäftigten
Maschinenarbeiter und Arbeiterinnen.
Tages-Ordnung:
1. Branchen- und Verhandlungsangelegenheiten. 2. Vortrag des praktischen
Arztes Herrn Dr. Flebner über: "Nervenkrankheiten als Berufs-
krankheiten". 3. Diskussion.
Zu dieser Versammlung sind alle in der Metallindustrie beschäftigten
Hobler, Bohrer, Fräser, Stoher, ferner die in den Betrieben der Selbst-
metallindustrie beschäftigten Schmiedearbeiter, an Blechpressen und Stocherwerk
Beschäftigte, ferner alle an Maschinen tätigen Arbeiterinnen freundlichst ein-
geladen.
122/4
Die Ortsverwaltung.

Verantwortlicher Redakteur Richard Barth, Berlin. Für den

**Deutscher
Holzarbeiter - Verband**
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Bodenleger
Nathan Randler
am 20. September gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonnabend, den 24. September,
nachmittags 4 1/2 Uhr, von der
Halle des 2. Schöneberger Ge-
meinderickhofs, Südostgelände
(Blanke Hölle) aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
90/5 **Die Ortsverwaltung.**

Hierdurch die traurige Mit-
teilung, daß meine Frau
Maria Hinzer
am Mittwoch, den 21. September,
verstorben ist.
Um stilles Beileid bitte!
G. Hinzer, Gatte.
Die Beerdigung findet am
Sonnabend, den 24. September,
nachmittags 4 Uhr, von der Halle
der Veitlandsgemeinde, Plögnsee,
aus statt. 9882

Dankfagung.
Für die herzliche Teilnahme sowie
die reichen Kranzspenden bei der
Beerdigung meines lieben Frau
Martha Klos
sagen hiermit unseren herzlichsten Dank.
9872 **Hans Klos u. Eltern.**

Dankfagung.
Für die Beweise herzlicher Teil-
nahme und die reichen Kranzspenden
bei der Beerdigung meines lieben
Mannes, Bruders, Schwagers und
Onkels **Karl Jänsch** sage ich
allen Verwandten, Freunden und
Bekanntem, sowie dem Verein der
Berliner Zimmerer und den Zim-
merern der Zahlstelle Wedding und
Gesundbrunnen meinen herzlichsten
Dank. 9852
Die trauernde Witwe
Auguste Jänsch.

Dankfagung.
Für die überaus herzliche Teilnahme
bei der Beerdigung meines innig-
geliebten Mannes, unseres guten
Vaters sprechen wir hierdurch allen
Verwandten, Freunden, Bekannten,
sowie dem Personal und Kollegen des
Hauses Wästen u. Co. und dem Ver-
band der Maschinisten und Heizer
unseren tiefgefühltesten Dank aus.
Witwe **A. Wittbrodt** nebst Kindern.
Kaulsdorf und Mahlsdorf.
Nur 20 Pf.-Fahrt v. Zentrum Berlins,
trotzdem billig, als weiter v. Berlin
gelegene Orte, wie Hoppegarten,
Neuenhagen usw. M.B. Anzahlung,
langj. Hypotheken. Pläne gratis.
Verkäufer ständig am Bht. Mahlsdorf
im Pavillon. 678L*
J. Rieger, Berlin, Gontardstr. 5.

**Deutscher
Transportarbeiter - Verband.**
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Droschken-
führer
Karl Landig
am 21. September im Alter von
43 Jahren verstorben ist.
Die Beerdigung findet morgen
Sonnabend, den 24. d. M., nach-
mittags 2 1/2 Uhr, vom Trauer-
hause Heidenfeldstr. 13 nach dem
Zentral-Friedhofe in Friedrichs-
felde statt. 51/5

Ferner zur Nachricht, daß unser
Kollege, der Arbeiter
Bruno Schröder
am 21. September im Alter von
37 Jahren verstorben ist.
Die Beerdigung findet morgen
Sonnabend, den 24. d. M., nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Birkow-Krankenhanfes
nach dem neuen Bauls-Kirchhof
Plögnsee aus statt.
Ehre ihrem Andenken!
Die Bezirksverwaltung.

**Zentralverband der Maschinisten und Heizer
sowie Berufsgenossen Deutschlands**
Verwaltungsstelle Groß-Berlin.
Sonnabend, den 24. September 1910, abends 8 Uhr:
Versammlung
in den Arminshallen, Kommandantenstraße 58/59.
Tagesordnung: Vortrag des Herrn Ing. Victor: Die Ent-
scheidung der Braunkohlenbrüfets und ihre Verwendung im Dampf-
kesselbetrieb. Stellungnahme zu dem Bericht Köpfer. 145/19
Das Mitgliedsbuch legitimiert. Das
Erscheinen sämtlicher Kollegen ist dringend notwendig.
Die Verwaltung.



*Sie dürfen nicht
wegfliehen*

sondern müssen, bevor sie ihren Bedarf auf Teilzahlung decken,
das Waren- und Möbel-Kredithaus
Hugo Udo Cohn
No. 13 Kottbuser Damm No. 13
aufsuchen, wo Ihnen bezüglich Anzahlung, Abzahlung und
grosser Auswahl Vorteile geboten werden, wie Sie solche
wohl kaum in einem anderen Kreditgeschäft finden.

Möbel auf Kredit

Mit 1 Kleiderschrank	Mit 1 Kleiderschrank	Mit 1 Herrenstuhle
1 Bettstelle	1 Spiegel	1 Waschtisch
1 Spiegel	1 Bettstelle	1 Spiegel
1 Tisch	1 Matratze	1 Waschtisch
2 Stühle	2 Stühle	1 Herrenstuhle
1 Küchenschrank	1 Tisch	1 Waschtisch
1 Küchenschrank	1 Küchenschrank	1 Küchenschrank
1 Küchenschrank	1 Küchenschrank	1 Küchenschrank

bis 20 M. **Wochenrate 2 Mk.** Anzahlung
bis 50 M. **Wochenrate 3 Mk.** Anzahlung
bis 100 M. **Wochenrate 5 Mk.** Anzahlung

Einzelne Möbelstücke

Ohne jede Anzahlung

Pianos

orklassiges Fabrikat
(9mal prämiert Staats-
medaille) in allen Holz-
und Stilarten von
wunderbarer Tonfülle.

(Flügelton) gegen kleine monatliche Teilzahlung,
ohne jeden Preisaufschlag. 97/10*
Für jedes Instrument gewähre ich 30jähr. schriftl. Garantie.
Berlin, Ansbacher Str. 1
Conrad Krause Nachf., Ecke Kurfürstenstr. Tel. Charl. 10410.
Auch Sonntags geöffnet.

Möbel-Lechner
am Rosenthaler Tor Brunnenstraße 7, am Rosen-
thaler Tor

Wohnungseinrichtungen auf Kredit
- Eichen-Auswahl -

1 Stube und Küche v. M. 200.- an, Anzahlung v. M. 15.- an
2 Stuben und Küche v. M. 525.- an, Anzahlung v. M. 40.- an
Mod. Schlafzimmer v. M. 350.- an, Anzahlung v. M. 30.- an
Mod. Herrenzimmer v. M. 500.- an, Anzahlung v. M. 45.- an
Mod. Speisezimmer v. M. 550.- an, Anzahlung v. M. 50.- an

Bunte Küchen, großes Lager.
Einzelne Möbelstücke von 5 M. Anzahlung an.
Wochenraten nach Uebereinkunft. - Lieferung auch nach auswärts.
Vorzeiger dies. Inserats erhält b. Kauf 5 M. gutgeschrieben.

Sonntags geöffnet v. 8-10 u. 12-2 Uhr.

Oeffentliche politische Versammlungen.

Oeffentliche Versammlung.
Die „gottgewollten“ Abhängigkeiten
und das Volk der Junker
Vortrag des Landtags-Abgeordneten **Adolf Hoffmann**
am **Dienstag, den 27. Sept., abends 8 Uhr,**
in **Hoppes Festsälen, Rixdori, Hermannstr. 49.**
Diskussion.
Eintrittspreis 10 Pf.
Eintrittspreis 10 Pf.
Der Einberufer:
A. Harndt, Pappel-Allee 15.
57/5*

Vorwärts-
getrocknet Cigaretten getrocknet
Das beste an Qualität zurzeit! 9792*
Keine Ausstattung - dafür Qualität!
Nur echt mit zwei roten Fahnen!
Handarbeit! Nur organisierte Arbeiter!

Alle Menschen mit „Humor“
Haben blanke Tür und Tor.



Humor
putzt alle Metalle sauber und geruchlos.
Zu haben in großen Flaschen von 10 Pf. an.
Humor-Werke G. m. b. H., Berlin NO. 18.

Neu! Geben erklennen: Neu!
Kinderlegen und Arbeiterklasse oder Wie schütze ich mich
vor starkem Familienzuwachs auf unschädliche Art?
Preis 30 Pf., gegen Voreinsendung 35 Pf. in Briefmark. portofrei ins Haus.
Zu beziehen durch die Buchhdlg. Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69.

**Sind Sie
Cigarettenkenner?**

Dann sind die Nachahmungen der **Salem Aleikum**
für Sie wertlos.
Einen wirklichen Genuß haben Sie nur von der echten.
Lassen Sie sich nicht durch ähnliche Stempel täuschen
und überzeugen Sie sich, daß der Druck auf der Hülse
lautet:

Fabrik-
Ansicht



Salem Aleikum
Nr.
Orient. Tab.- & Cigart.-Fabr.
Yenidze, Inh. Hugo Zietz
Dresden.
Preise:
Nr. 3 1/2 4 5 6 8 10
3 1/2 4 5 6 8 10 Pf.

Partei-Angelegenheiten.

An die Parteigenossen Berlins und der Provinz Brandenburg!

Anfang Oktober erscheint wiederum eine neue Lokalliste. Wir erlauben daher, alle Änderungen bezw. Neuauflagen bis spätestens Mittwoch, den 28. September, an die nachverzeichneten Kommissionsmitglieder gelangen zu lassen:

- Für den I. Wahlkreis an den Genossen Jakob Ege, O. 19, Hofstraße 81.
Für den II. Wahlkreis an den Genossen Heinrich Schröder, S. 53, Bergmannstraße 95, II.
Für den III. Wahlkreis an den Genossen Gustav Müller, SO. 36, Grünauer Straße 8, V.
Für den IV. Wahlkreis an den Genossen Karl Rott, O. 84, Strahmannstraße 20.
Für den V. Wahlkreis an den Genossen Albert Hahnisch, O. 54, Auguststraße 51, Quartier IV.
Für den VI. Wahlkreis an den Genossen Wilhelm Dams, N. 4, Schlegelstraße 9.
Für Nieder-Barnim an den Genossen Hermann Elias, O. 112, Blumenhalstraße 24.
Für Teltow-Weesow an den Genossen Karl Rohr, Rixdorf, Seldower Straße 15-16, IV.
Für Potsdam-Osthavelland an den Genossen Emil Schubert, Spandau, Kurstraße 21.
Für alle übrigen Orte der Provinz sind Mitteilungen zur Lokalliste durch die Vorsitzenden der Kreise an den unterzeichneten Obmann der Kommission zu richten.

Um das rechtzeitige Erscheinen der Lokalliste zu ermöglichen, erlauben wir die Parteigenossen dringend, alle Mitteilungen in Lokalangelegenheiten für Groß-Berlin dem zuständigen Kommissionsmitglied, für die übrigen Orte der Provinz dem Vorsitzenden des betreffenden Kreises zu übermitteln. Ferner weisen wir wiederholt auf den in den Lokalkonferenzen der Lokalkreise so oft gefassten Beschluss hin, wonach die örtlichen Kommissionsmitglieder unbedingt verpflichtet sind, vor dem Erscheinen jeder neuen Liste rechtzeitig an den Obmann ihres Kreises einen Bericht einzusenden, gleichgültig, ob Veränderungen vorgelommen sind oder nicht.

Orte, aus denen kein Bericht kommt, werden in der Liste nicht weiter aufgeführt und haben sich die betreffenden Genossen die etwa hieraus entstehenden unangenehmen Folgen selbst zuzuschreiben.

Alle nach dem 28. September einkaufenden Meldungen können nicht mehr berücksichtigt werden und ersuchen wir, dies zu beachten.

Des weiteren erlauben wir wiederholt, alle Mitteilungen in Lokalangelegenheiten nur durch die oben genannten Kommissionsmitglieder an den Obmann der Kommission zu richten und nicht direkt an den „Vorwärts“. Es entstehen hierdurch nur unnötige Verzögerungen, und da die meisten Einwendungen immer erst in letzter Stunde einkommen, ist, wenn es sich um eine Sperrenliste handelt (Vergnügen in einem gesperrten Lokal), eine Publikation nicht mehr möglich.

Der Obmann der Lokalkommission: Eibert Hahnisch, O. 54, Auguststraße 51.

Lokalliste. Am Sonnabend, den 24. September veranstaltet der Sparverein Pantwih 1910 in Dohns Restaurant, Kaiser-Wilhelmstr. 34, sowie der Gesangsverein Nieder-Brand, ebenfalls in Pantwih, im Restaurant Gutsche, Kaiser-Wilhelmstr. 20-31 Festlichkeiten. Desgleichen feiert der Raucher-verein Bruderverb in Zehlendorf im Kaiserhof sein Stiftungsfest. Da alle oben genannten Lokale der Arbeiterschaft nicht zur Verfügung stehen, so bitten wir die eventuell angebotenen Willens zurückzuweisen. Die Lokalkommission.

Charlottenburg. Die Parteitagliste Nr. 8523, auf der 110 R. gezeichnet waren, ist verloren gegangen. Wir ersuchen die Liste anzuhalten, falls sie vorgelegt werden sollte. Der Vorstand.

Erster. Sonnabend, den 24. September, öffentliche Versammlung. Genosse Udo spricht über Raubzugsmittelsteuerung und Kaiserreben. Hierzu am heutigen Freitag Flugblattverbreitung von Degebrodt aus. Der Vorstand.

Bernau. Die Wahlvereinsverammlung findet am Sonnabend, 24. d. M., abends 8 Uhr, im Restaurant Velleue, Jnh. Salzmann, statt. Tagesordnung: Die wirtschaftliche Lage. Referent: Genosse Kurt Seinhg. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Der Kampf um das Tempelhofer Feld,

der zwischen der Stadtgemeinde Berlin und der Vorgemeinde Tempelhof geführt wird, ist noch nicht entschieden, aber die Aussichten auf Erfolg sind jedenfalls für Tempelhof sehr viel günstiger als für Berlin. Das Natürliche wäre ja, daß dieses Terrain zu dem Gebiete Berlins geschlagen, durch die Stadt erworben und von ihr bebaut würde. Das sogenannte Tempelhofer Feld ist zwar ein Teil des Gebietes von Tempelhof, seiner Lage nach muß man es aber zu Berlin rechnen, dem es sich eng angliedert. Der Stadt Berlin wär's auch ein Leidtes, die Mittel zum Ankauf des Terrains herzugeben, während das kleine Tempelhof sich in schwere Verbindlichkeiten stützen muß. Der bloße Kaufpreis für den westlichen Teil des Feldes — nur dieser wird vom Militärskus zum Verkauf angeboten — beläuft sich, wie schon mitgeteilt, auf 72 Millionen Mark, zu denen noch ein reichliches Duzend Millionen für Straßenbau, Eisenbahnunterführungen usw. hinzukommen. Um den Kaufpreis aufzubringen, muß die Gemeinde Tempelhof sich mit Terraingesellschaften und Banken verbinden, die im Hinblick auf den winkenden Profit das nötige Kleingeld liefern wollen. Und weil der Militärskus nicht ganz das Vertrauen hat, daß die Zahlung in der ausbedungenen Frist zustande kommt, soll auch der Kreis Teltow mithelfen und erst die Garantie übernehmen. Man steht, für Tempelhof ist das Geschäft nicht so ganz einfach. Doch, wie gesagt, Berlin hat wenig Aussichten, und wahrscheinlich wird nicht das Natürliche, sondern das Unnatürliche zur Wirklichkeit werden: Der Ankauf des Riesenterrains nicht durch Berlin, sondern durch Tempelhof.

In den bisher geführten Verhandlungen hatte der Vertreter des Berliner Magistrats denselben Preis geboten, den Tempelhof mit Hilfe kapitalstärkterer Spekulantengruppen zahlen zu können meint. Aber für Berlin wurde zugleich als etwas Selbstverständliches gefordert, daß das Tempelhofer Feld, wenn der Ankauf durch die Stadt zustande käme, auch in das Stadtgebiet eingemeindet wird. Der Magistrat hatte nicht Lust, mit Mitteln Berlins einem Vorort zu einem Wohnviertel zu verhelfen, das vielen Wohlhabenden ein neuer Anlaß werden könnte, den Zug in die Vororte mitzumachen und so den Steuerfiskus Berlins zu schädigen. Die Eingemeindung war unerläßliche Bedingung, aber sie ist nun zu dem Stein des Anstoßes geworden, an dem die Pläne Berlins zerbrechen sollen. Für Eingemeindungen nach Berlin, Eingemeindungen umfangreicher Teile von Vorortgebieten ist vor allem die Regierung schon längst nicht mehr zu haben. Eine Eingemeindung des Tempelhofer

Feldes nach Berlin ginge aber auch dem Kreis Teltow wider den Strich, da es für ihn durch die bauliche Erziehung zu einer ergiebigen Steuerquelle wird. Das aus demselben Grunde die Gemeinde Tempelhof ebenso wenig Neigung hat, just diesen fetten Hopfen den Berlinern zu überlassen, daß kann man sich denken. Für eine Eingemeindung von ganz Tempelhof nach Berlin wäre in Tempelhof wohl mehr Stimmung vorhanden, aber der Kreis würde einem solchen Plan erst recht seinen Beifall verweigern und Schwierigkeiten machen. Das Kriegsministerium weiß, wie der Wind weht, und steht daher in den Tempelhofern die aussichtsvolleren Bewerber, hinter denen Berlin zurückstehen muß. Im übrigen liegt dem Kriegsministerium offenbar auch an einem baldigen Abschluß des Geschäfts, der aber ist nur zu erwarten, wenn an Tempelhof verkauft wird. Einem Verkauf an Berlin müßte erst die gewünschte Sicherstellung der Eingemeindung vorangehen — und das kann Jahre erfordern.

Darüber, daß das Rennen zugunsten Berlins enden soll, hat in bürgerlichen Blättern sich ein lautes Klagen erhoben. Man will es noch immer nicht begreifen, daß die Stadt Berlin bei der Regierung unbeliebt ist und unbeliebt bleibt, trotz aller „Pflege persönlicher Beziehungen“, durch die der Berliner Stadtschiff „oben“ sich Erfolge zu erschnellen versucht. Bürgermeister Reide, der in dem Handel um das Tempelhofer Feld den Magistrat von Berlin vertritt, wird gewiß „sich die Haden abgelassen“ haben, um etwas zu erreichen. Aber es scheint, daß alles Umherstehen in Minister-vorzimmer, alles Dienern vor Regierungsgewalthabern wieder mal nichts genützt haben soll. Wer übrigens, wie wir, in dem Plan der baulichen Erziehung des Tempelhofer Feldes eine Gelegenheit sieht, endlich einmal mit einer vernünftigen Boden- und Wohnungspolitik der Kommune den Anfang zu machen, der hat von Berlin ebensowenig wie von Tempelhof eine Erfüllung solcher Wünsche zu erwarten. In dieser Hinsicht ist es ziemlich gleichgültig, ob Berlin oder Tempelhof das umstrittene Terrain kriegt. Schließlich ist's doch immer wieder und überall nur das Terrain- und Hauspulantentum, dem die Gemeinden die Wege ebnen.

Aus der Heimstättenverwaltung.

Der „Vorwärts“ hatte vor einiger Zeit eine berechtigte Beschwerde von Besuchern der Heimstätte Buch veröffentlicht, denen eines Sonntags nachmittags trotz strömenden Regens verwehrt worden war, vor Beginn der Besuchszeit die Anstalt zu betreten. Sie waren daher genötigt, einen benachbarten — Kuchplatz aufzusuchen, aus dem sie dann von den Pfinglingen herübergeholt wurden. Die Heimstättenverwaltung hat nunmehr der Leitung der Anstalt aufgegeben, künftig die Warteräume bei ungünstiger Witterung zu öffnen, sobald das besuchende Publikum sich einführt. Bei der Erörterung dieser Angelegenheit konnte Genosse Dr. Wehl darauf hinweisen, daß eine ähnliche Verfügung schon im September 1901 an die Direktionen der städtischen Krankenhäuser ergangen sei. Sie ist im Publikum wenig bekannt und besagt im wesentlichen, daß die Warteräume für das besuchende Publikum bereits eine Viertelstunde vor dem Beginn der festgesetzten Besuchsstunde zur Benutzung zu öffnen sind; ferner sei nach Maßgabe des festzustellenden Bedürfnisses für eine ausreichende Vermehrung der Sitzgelegenheit zu sorgen. Auch in den Krankenhäusern hat bei ungünstiger Witterung die Eröffnung der Warteräume zu erfolgen, sobald das besuchende Publikum sich einführt.

Der große Einbruch in Dahlem, bei dem dem Täter für 88 000 Mark Juwelen und Silberzeug in die Hände fielen, ist jetzt ganz aufgeklärt. Die reiche Beute wurde am Mittwoch fast ganz von der Kriminalpolizei ermittelt und dem befohlenen Bankdirektor Rosler wieder zugestellt. Gleich nach dem Einbruch stand es fest, daß der Diener Verndt, der schon früher als Diener Einbrüche ausgeführt und später ausgeführt hatte, der Täter war. Verndt war in Begleitung eines anderen Mannes am Wedding gesehen worden. Es wurde auch ermittelt, daß er ein Paket nach Paris auf die Post gegeben hatte. Bei den weiteren Nachforschungen ergab sich, daß Verndt öfter den Besuch eines gewerbmäßigen Einbrechers, eines 26 Jahre alten Arbeiters Karl Lieh, eines Bekannten von Pfingstsee her, erhalten hatte und mit ihm bei Vergnügungen gewesen war. Vorgestern nachmittag sahen die Kriminalbeamten Lieh plötzlich mit einem Paket zu dem Althändler Leo Kaczynski in der Rüttkamer Straße 3 gehen. Nachdem er wieder weggegangen war, traten sie überraschend ein und fanden Kaczynski dabei, wertvolle Steine aus ihrer Fassung zu brechen. Hierbei fanden sie fast alles, was dem Bankdirektor Rosler gestohlen worden ist. Kaczynski gab zu, daß schon am Sonnabendmittag, nachdem in der Nacht der Einbruch verübt worden war, Lieh ihm einen kleinen Teil der Sachen angeboten und verkauft habe. Auf seine Frage, woher die Sachen stammten, habe der Verkäufer erwidert, er habe sie von einem Bekannten, der Diener sei, von auswärts erhalten. Die Sachen stammten daher, wo sein Bekannter als Diener in Stellung gewesen sei. Kaczynski kaufte hierauf die angebotenen Sachen für 300 R. Für die anderen, die Lieh vorgestern brachte, zahlte er noch 600 R. Kaczynski wurde festgenommen und nach dem Polizeipräsidium gebracht. Lieh wurde im Laufe des Abends in seiner Stammkneipe überrascht und ebenfalls hinter Schloß und Riegel gebracht. Er hatte den Kaufpreis gleich ausgezahlt erhalten, besah aber fast nichts mehr davon. Der befohlene Bankdirektor wurde von dem Ergebnis der Nachforschungen in Kenntnis gesetzt und erhielt das beschlagnahmte, gestohlene Gut noch gestern zurück.

Einen Prügelknaben sucht die Deputation für das städtische Irrenwesen wegen der abfälligen Kritik, die kürzlich Hermann Heijermans nach dem stundenlangen Besuch der von Geheimrat Moeli geleiteten städtischen Irrenanstalt Herzberge am modernen Irrenwesen geübt hat. Man hat sich den Assistenzarzt Dr. W. herausgegriffen, der gerade Wachdienst hatte, als Heijermans „revidierte“. Und nun möchte man wohl gern annehmen, daß der psychiatrische Sündenbock den Journalisten in Dinge eingeweiht habe, die strengstes Geheimnis bleiben sollten. Als ob nicht alles, was Heijermans schrieb, längst bekannt gewesen wäre! Selbstverständlich hat doch Heijermans die Genehmigung der Anstaltsdirektion oder eines Magistratsmitgliedes zu seinem ausdauernden Besuche gehabt. Oder hat man sich etwa in den schönen Traum gewiegt, daß sich ein anständiger Journalist finden würde, der das moderne Irrenwesen im allgemeinen und unsere städtischen Irrenanstalten im besonderen von den vielen Sünden mit Drücker-schwärze reinwäscht? Die übrigen Assistenzärzte in Herzberge haben sich mit Dr. W., der am Mittwoch in der Deputationsbesprechung verantwortlich dervornommen wurde, solidarisch erklärt, und so kann die Angelegenheit noch recht weite Kreise ziehen. Da nun der Herzbergselbst der leidende Teil ist, wird man sich wohl auch auf dem bevorstehenden psychiatrischen Kongress, dessen Hauptleitung in

den Händen des Herrn Moeli liegt, gütigst herablassen, über Irren-hausverhältnisse ein Wörtchen mitzureden. Vorausgesetzt, daß die gelehrten Herren den Mut dazu finden!

Arbeiterzüge auf der Nordbahn. Die in den letzten Jahren in großer Zahl an der Stettiner resp. Nordbahn errichteten Fabrik-anlagen haben auf dieser Strecke einen so bedeutenden Arbeiter-verkehr gezeitigt, daß die gegenwärtig verkehrenden Züge bei weitem nicht ausreichen. Namentlich in den Morgenstunden tritt diese Notwendigkeit besonders deutlich zutage, wenn die Arbeiter sich zu ihren Arbeitsstellen begeben wollen. Wie eine Korrespondenz meldet, beabsichtigt die Eisenbahnverwaltung nunmehr eine Besserung der Verkehrsverhältnisse zu schaffen. Da der Stettiner Bahnhof schon jetzt überlastet ist und neu einzulegende Züge nicht mehr aufnehmen kann, sollen besondere Arbeiterzüge eingestellt werden, die von der Station Gesundbrunnen aus bis Wittau laufen. Statistische Fest-stellungen sollen ergeben haben, daß mehr als 75 Proz. der diese Strecke befahrenden Arbeiter vom Bahnhof Gesundbrunnen die Bahn benutzen und kaum 25 Proz. schon vom Stettiner Bahnhof aus abfahren. Auch auf der Kremmener Bahn sollen Arbeiterzüge eingelegt werden, die statt wie früher bis zum Stettiner Bahnhof von Ziegel aus nur noch bis zur Station Gesundbrunnen fahren.

Der Zustand des Rektors Bok, der vorgestern von der Irren-abteilung der neuen Charité nach der Gefangenen-Abteilung zurück-überführt wurde, soll sich nunmehr so weit gebessert haben, daß er heute vormittag in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert werden soll. Um dem Verfahren schleunigen Fortgang zu geben, soll auf Verlangen der Staatsanwaltschaft sofort mit den Neugenvernehmungen und den Konfrontationen begonnen werden.

Keine Cholera in Reinickendorf-West. Vorgestern abend wurden in das Pantower Krankenhaus der 30jährige Arbeiter Karl Schäge und seine Ehefrau Charlotte aus der Sädingstr. 22 in Reinickendorf unter Choleraverdacht eingeliefert. Obwohl die inzwischen ein-geleitete bakteriologische Untersuchung noch nicht abgeschlossen ist, hat der klinische Befund doch bereits mit Sicherheit ergeben, daß das Ehepaar nicht an der Cholera, sondern an einer Fleischvergiftung erkrankt ist. Die Familie hatte am Dienstagabend Schabfleisch ge-essen und war nach dem Genuß desselben in der Nacht erkrankt. Das Befinden der beiden Patienten, die hochgradiges Fieber haben, ist besorgniserregend.

Mitglieder des Berliner Magistrats besichtigten gestern vormittag die im großen Festsale des Rathauses aufgestellten Entwürfe für die vor einiger Zeit stattgefundenen Konkurrenz zur Beschaffung eines großartigen Bebauungsplanes für Groß-Berlin. Die Führung hatte der Geheimrat Krause übernommen, der über die prämierten Entwürfe den Herren einen Vortrag hielt. Nach seinen Aus-sührungen dürfte voraussichtlich keiner von den Entwürfen Aussicht haben auf Verwirklichung; wohl aber könnten einige gute Ideen aus den Entwürfen entnommen und ausgeführt werden. Da der Festsaal demnächst für die Abhaltung eines Kongresses gebraucht wird, so müssen die Entwürfe schleunigst entfernt werden.

Für 12 000 Mark Wert- und Schmuckfachen fielen Einbrechern in die Hände, die in Dresden ein Uhren- und Goldwarengeschäft heimlich suchten. Die unbekannteren Einbrecher werden wahrscheinlich ver-suchen, ihre Beute, darunter viele goldene Herrenuhren, Kettenarm-bänder, Vorstednadeln und Kraringe in Berlin an den Mann zu bringen.

Warnung vor einer Privatkrankenkasse. Der Regierungs-präsident in Potsdam warnt in einer öffentlichen Bekanntmachung vor dem Beitritt zur „Justitia“, Kranken- und Begräbnis-kasse für Deutschland in Breslau, die unter dem 16. Oktober 1906 als eingetragene Hilfskasse zugelassen worden ist. Nach den der Aufsichtsbehörde eingereichten Rechnungsab-schlüssen der Jahre 1908 und 1909 hat die Kasse nur einen unverschämte-mäßig geringen Teil der vereinnahmten Beiträge und Eintritts-gelder, nämlich 20,1 Prozent im Jahre 1908 und 21,4 Prozent im Jahre 1909 zur Erfüllung der ihr obliegenden Leistungen, dagegen 70,7 Proz. bezw. 70,8 Proz. für Verwaltungskosten auf-gewendet. Die Verwaltungskosten bestehen vorwiegend in Ausgaben für den Geschäftsführer, die Kassenbeamten, Kassenkontrollure und sonstige Kassenvertreter. Durch den Hinweis auf dem Titelblatt des Statuts, daß sie unter staatlicher Oberaufsicht stehe, sucht die Kasse nach Außen hin den Anschein zu erwecken, daß die Versicherungs-bedingungen günstige sind, während die Statuten in Wirklichkeit derart scharfe Bedingungen enthalten, daß die Kasse fast in jedem Falle die Erfüllung ihrer Verpflichtungen verringern kann.

Bei der Arbeit vom Tode überrascht wurde vorgestern der 60 Jahre alte Karl Lemm aus der Hennigsdorfer Str. 2, der im Schillerpark beschäftigt war. Der Mann brach plötzlich bewußtlos zusammen. Seine Arbeitsgenossen brachten ihn nach der Rettungs-wache in der Müllerstraße, wo ihm ärztliche Hilfe zuteil wurde. Er starb jedoch, ohne die Besinnung wiedererlangt zu haben.

Selbstmord eines Referendars. Am gestrigen Donnerstagsvormittag hat sich der 29jährige Referendar Emil Plonz, Sohn des Direktors der Friedrichsberger Genossenschaftsbank, erschossen. Der junge Mann, stand unmittelbar vor dem Affessoratamen. P., der sich am gestrigen Vormittag in seiner in der Feilnerstraße 12 belegenen Wohnung allein befand, schoß sich eine Kugel in das Herz. Erst einige Stunden später, als die Wirtin, von einem Ausgange kommend, nach Hause zurückkehrte, wurde der Selbstmord ent-deckt. Der hinzugerufene Chezarzt der Unfallstation in der Kommandanten-straße konnte nur noch den Tod des Lebensmüden feststellen. Auf dem Tisch lag ein Zettel, auf dem folgende Worte standen: „Eine lange zurückliegende Tat hat mein Leben verbittert und ruhelos ge-macht. Ich scheide deshalb freiwillig aus dem Leben.“

Ein aufregender Vorfall ereignete sich vorgestern abend auf dem Bahnhof Jungfernheide. Der Arbeiter Adolf Schöffel aus der Kaiser-Friedrich-Straße 19 in Charlottenburg hatte einen Nordring-zug zur Heimfahrt benutzt, war aber eingeschlafen und statt auf der Station Gesundbrunnen auszustiegen, bis zum Bahn-hof Jungfernheide gefahren. Als er hier den Zug verlassen wollte, stolperte er in der Schlaftrunkenheit und geriet mit den Beinen zwischen den Wagnsteig und die Trittbretter des bereits in Bewegung befindlichen Zains. Glücklicherweise war der Unfall von Bahnbeamten und anderen Personen bemerkt worden, die das sofortige Halten des Zuges veranlaßten. Sch. war so fest ein-geklammert, daß die Trittbretter abgeseigt werden mußten, um ihn aus seiner entsetzlichen Lage befreien zu können. Der Verunglückte, der etwa vier Meter weit mitgeschleift worden war, hatte an beiden Beinen schwere Quetschungen davongetragen, die seine Ueber-führung in das Krankenhaus Moabit erforderlich machten.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Gau Berlin. In der Gud-schusitzung am 18. September fanden zwei Vereine zur Auf-nahme. Der Arbeitergesangsverein „Niederlehme“ wurde einstimmig aufgenommen. Ueber die Aufnahme des Vereins „Freie Männer-chor“ in Rathenow entspann sich eine längere Debatte; die Auf-nahme desselben wurde, da er die gestellten Bedingungen nicht an-nehmen wollte, abgelehnt. Der Ausschluß des Vereins „Hilaritas“ wurde zurückgenommen, demselben aber eine scharfe Rüge erteilt. Zur Luftarbeitsteuer lag dem Ausschuß eine vom Vorstand ver-suchte gedruckte Petition mit erläuternden Beispielen vor; dieselbe wurde gutgeheißen. Zum Stiftungsfest wurde beschlossen, dasselbe in ähnlicher Weise wie im vorigen Jahre zu feiern. Die näheren Arrangements wurden dem Vorstand überlassen. Vereine, die hierbei mitwirken wollen, müssen sich bis zum 25. September betim

Briefkasten der Redaktion.

8. 8. 21. 1. Kein 2. Verlangung der Weiterprüfung, Unfähigkeit zur Ausbildung von Lehrlingen. 3. Keine. — **8. 8. 18.** Ihre Fragen sind unverständlich. Kommen Sie in die Sprechstunde. — **Th. 23. 21.** Sie sind an die Verteilung gebunden. — **C. 2. 21.** Wenn Ihr Sohn ohne Ihre Einwilligung fortzuziehen ist, sind Sie nicht zahlungspflichtig. — **8. 6. 25.** Sie sind nicht zahlungspflichtig. — **Kairo 606.** 1. Nur dann, wenn der Lohn laufend mehr als 28,55 M. pro Woche übersteigt. 2. Ja. 3. Bei dem Amtsgericht, in dessen Bezirk der Schuldner wohnt. — **23. 11. 15.** Das ist möglich, soweit das Landtags- und Gemeindevorstand in Frage kommt. — **Senfert.** Naturalisiert kann ein Ausländer werden, bei einem Ausländer, der nicht preussischer Staatsangehöriger ist, kann die Aufnahme in den Staatsverband gemährt werden. — **11. 61. 71.** Die Frau haftet nur dann, wenn die Ware in ihrem Geschäft verwendet ist. Eine strafbare Handlung liegt nicht vor. — **W. R. 100.** 1. Die Bittelnicht, wohl aber die Erlaubnis zur Abhaltung der öffentlichen Luftbarkeit. 2. und 3. Nein. Es kann aber Strafe folgen.

8. 99. 1. Das ist möglich, wenn durch das Heilwerden Aufhebung der Anwaltschaft zu erwarten ist. 2. Berlin, Matthäikirchstr. 19. 3. Es kann gegen die Frau gestellt werden. — **Charlottenburg 48.** 1. Sie können, wenn der junge Mann im April großjährig war, demselben den Antrag zur Verfügung stellen und den vereinbarten Kaufpreis fordern. 2. Vollstreckbare Urteilsausfertigung, die im Termin — falls Beurteilung erfolgt — auch später beantragt werden kann. — **3. P. 31.** Verzehnjährige Kündigung ist möglich. Die Entziehung des Lohnes vor unzulässiger Klage ist beim Gewerbeamt. — **2. 12.** Amtsgericht Berlin-Schöneberg, Grunewaldstr. 94/95. — **Streithammel.** 1. Das hängt von der Theaterdirektion ab. 2. Berufung ist gegen das erstinstanzliche Urteil in Zivil- und Strafprozessen, außerdem gegen die Bescheide der Berufsgenossenschaften und Landesversicherungsanstalten, Revision gegen das Urteil zweiter Instanz in Strafakten sowie bei einem Teil der Zivilprozesse und gegen Urteile zweiter Instanz in Streitigkeiten mit den Versicherungsanstalten, Rekurs in solchen mit den Berufsgenossenschaften zulässig. 3. Kündigung durch eingeschriebenen Brief genügt. — **Christine 12. 21.** Die Klündigung halten wir für wirksam. Die

Verhaftung muss sofort Kenntnis erhalten. — **8. 2. 100.** Es muss durch Nachfrage beim Einwohnermeldeamt und durch nochmalige Anfrage bei der Heimatbehörde versucht werden, die Adresse des Wädchens zu ermitteln. Ist dies gelungen, so muss das Mädchen unter Begleitung einer Person zur Abholung angefordert werden. Nach Ablauf der Frist oder, falls die Adresse nicht zu ermitteln ist, kann der Gegenstand auf Lager gegeben werden. — **2. 1091.** Wir raten, bei der Technischen Hochschule anzutreten. — **8. 21. 54.** Der Abonnementsverein für Dienstverpflichtete für fronte Dienstboten" übernimmt die Herrschaften, soweit sie Mitglieder sind, auf Grund des Gesetzes über die Dienstboten gegenüber obliegenden Verpflichtungen. — **Güterboden 1911.** Das wäre möglich. — **C. R. 2190.** 1. Ja. 2. Als Scheidungsgrund, sofern die Ehegatten nicht getrennt leben, in sechs Monaten von dem Tage ab, an dem der andere Teil Kenntnis erhalten hat; kraftschuldig in drei Monaten nach rechtskräftig geschiedener Ehe. — **R. 3. 100.** Senden Sie uns das Statut ein. — **8. 6. 46.** Die Frage lässt sich nur beantworten, wenn wir wissen, ob Sie verheiratet sind und ob und wieviel Kinder Sie haben, ferner in welchem Verhältnis der Forderungsberechtigte zu Ihnen steht.

Theater und Vergnügungen

Freitag, 23. September, Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Königl. Opern-Theater.
 Cavalleria rusticana. — Der Barber von Seville.
Königl. Schauspielhaus. Wilhelm Tell.
 Anfang 8 Uhr.
 Deutsch. Die Romanischen.
 Rammer die Fe. Das Kloster.
 Lesung. Das Konzert.
 Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen.
 Berliner. Musikantenmädel.
 Neues. Die goldene Ritterzeit.
 Neues Schauspielhaus. Raffles.
 Residenz. Noblesse oblige.
 Kleines. Die verheirateten Frauenzimmer. 1. Klasse.
 Thalia. Polnische Wirtschaft.
 Schiller (Königl. Theater).
 Ballenheims Tod.
 Schiller (Charlottenburg). Die Kreuzschreiber.
 Friedrich-Wilhelmstädtisches.
 Faust.
 Berliner Volksoper. La Traviata.
 (Anfang 8 1/2 Uhr.)
 Linsen. Durchgegangene Weiber.
 Weiden. Die schönste Frau.
 Modernes. Die Wespe.
 Trianon. Pariser Witwen.
 Neues Operetten. Der Graf von Luxemburg.
 Lustspielhaus. Der Feldherrnhügel.
 Herrnfeld. Wenn zwei dasselbe tun.
 Das starke Stück.
 Rote. Dithello.
 Folies Caprice. Der schwarze Schimmel.
 — Bolle Pension.
 (Anfang 8 1/2 Uhr.)
 Metropol. Curra — Wir leben noch!
 Kasino. Der schnelle Rudolf.
 Apollo. Spezialitäten.
 Passage. Spezialitäten.
 Reichshallen. Stettiner Sänger.
 Walhalla. Spezialitäten.
 Wintergarten. Spezialitäten.
 Karl Haverland. Spezialitäten.
 Theater. Der Bettelstudent von Berlin.
 Schweizer-Garten. Spezialitäten.
 Urania. Taubenstraße 48/49.
 Abends 8 Uhr: Weltausstellung in Brüssel.
 Sternwarte. Anfallidenstr. 57—62.

Urania.
 Wissenschaftliches Theater
 Taubenstraße 48/49.
 Heute abend 8 Uhr:
Die Weltausstellung in Brüssel.

ZOOLOGISCHER GARTEN
 Täglich:
Großes Militär-Konzert.
 Eintritt 1 Mark.
 von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter zehn Jahren die Hälfte.

Ausstellungshallen am Zoo
 Riesen-Kinematograph.
 6—11 Uhr.
 Rauchen überall gestattet

Passage-Panoptikum.
 Boddhas dunkles Geheimnis.
 Der Mann mit dem eisernen Schlund!
 Von 4—7 Uhr
Vitaskop-Theater
Aquanoptikum
 Experiment aus der 4. Dimension.
 Alles ohne Extra-Entree!

Passage-Theater.
 Das Eröffnungs-Programm der Winter-Saison!
 Abends 8 Uhr:
Claire Waldoff
 mit ihren neuen Schlegeln von Walter Kollo.
Collins 10 englisch-Backfische.
 Polmey u. May, unerreichten.
George Barrington
 und 12 Starsummern.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
 Freitag, 23. September, abends 8 Uhr:
Faust.
 Sonnabend nachm. 3 1/2 Uhr: Vorstellung d. Klass. Theat.: Kriemhilds Rache. Abds. 8 Uhr: Vierderleinte.

ROSE-THEATER
 Große Frankfurter Str. 132.
 Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Dithello.
 Trauerspiel in 5 Akten von Shakespeare.
 Sonnabend: Die gute Partie.

WINTERGARTEN
Collins and Hart
 die Urkomischen
 sowie das von Publikum und Presse glänzend beurteilte Eröffnungs-Programm!
 Der Gipfel der illustren Varieté-Kunst!

Apollo Theater
 8 Uhr: Das sensationelle Programm.
 9 1/2 Uhr:
 Das Tagesgespräch Berlins
Verbotene Frucht.
 Annie Vanz, Ludwig Martens u. G.
 Ferner: 4 Sisters Amalia.
Gisela Schneider-Nissen.
 Das verrückte Hotel usw.

Schiller-Theater.
 Schiller-Theater O. (Wallner-Theat.)
 Freitag, abends 8 Uhr:
Wallensteins Tod.
 Trauerspiel in 5 Aufzügen von Fr. Schiller. Ende 10 1/2 Uhr.
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
Zapfenstreich.
 Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Neue Jugend.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Bibliothekar.

Schiller-Theater Charlottenburg.
 Freitag, abends 8 Uhr:
 Zum ersten Male:
Die Kreuzschreiber.
 Bauernkomödie mit Gesang in 3 Akten von L. Angenruber. Ende 10 1/2 Uhr.
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Kreuzschreiber.
 Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Egmont.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Robert und Bertram.

Brauerei Friedrichshain
 Am Königstor.
 Größter Konzertsaal Berlins!
 Vom 28. September bis 2. Oktober 1910 täglich:
Gastspiel-Konzerte von Johann Strauß aus Wien
 mit seiner gesamten Kapelle.
 Anfang Wochentags 7 Uhr, Sonntags 4 Uhr. Entree Wochentags 50 Pf., reserv. Platz 75 Pf., Sonntags 1 M. — Sillets im Vorverkauf zu ermäßigten Preisen (Entree 40 Pf., reserv. Platz 60 Pf., Sonntags 75 Pf.) in den „Vorwärts“-Speditionen Zucht, Immanuelkirchstraße 12, Hahnisch, Auguststraße 50 und Mann, Petersburger Platz 3.

Sozialdemokratischer Wahlverein
 für den sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Volklieder-Abend
 am Sonnabend, den 24. September, in den „Germania-Festsälen“,
 Chausseestr. 110.
 Mitwirkende:
 Vortrag: „Die Entstehung und Entwicklung des Volksliedes“.
 Herr Dr. Hugo Leichtentritt.
 Lieder zur Laute: Fräulein Marianne Geyer.
 Lieder für Tenor: Herr Kammersänger Kalweit.
 Klavier: Herr Leo Kestenberg.
 Sängerchor Wedding: Dirigent Herr Emil Thilo.
 Anfang abends 8 1/2 Uhr. × Eintritt 50 Pf. × Tanz 50 Pf.
 Billetts sind zu haben bei Moysa, Boyenstr. 19; Baumans, Bornauer Str. 9; Wahlvereinsbureau Das Komitee.
 (229/18*)

Trianon-Theater.
 Abends 8 Uhr:
Pariser Witwen.

Lustspielhaus.
 Heute abend 8 Uhr:
Der Feldherrnhügel.

Metropol-Theater.
Murra!!!
Wir leben noch!!!
 Große Ausstattungsbühne in 7 Bildern v. 3. Freund. Musik v. G. Dollander. In Szene gesetzt von Dir. R. Schulz. Anfang 7 1/2 Uhr. Rauchen gestattet.

Casino-Theater
 Lothringers Str. 27. Täglich 8 Uhr.
 Die urkomische Fosse
Der schneidige Rudolf.
 Rudolf Pimpelmann: Dir. G. Berg.
 Kocher das glänzende bunte Programm.
 Nur Altkonkurrenz ersten Ranges.
 Sonnt. 3 1/2 Uhr: Der Hochmutstoufel.

Folies Caprice.
 Heute: Premiere
Volle Pension
 Fosse von Satyr.
Neuer bunter Teil.

Der schwarze Schimmel
 Fosse von Glinger u. Lauffg.
 Vorverkauf 11—2, abends ab 8 Uhr.

Stadt-Theater Moabit
 Alt-Moabit 47/48.
 Hans Reis, Ensemble.
 Freitag, den 23. September 1910:
Kyritz-Pyritz.
 Fosse mit Gesang in drei Aufzügen von G. Wilhelms. Musik von G. Michalek.
 Nach der Vorstellung: **Tanz.**
 Kaffeneröffnung 7 Uhr, Anf. 8 1/2 Uhr.

Zirkus A. Schumann.
 Freitag, 23. September, abends 7 1/2 Uhr.
 Besonders hervorzuheben:
Apachen zu Pferde
 geritten von Fr. Dora Schumann und Herrn Karl Heß.
Brothers Miranos!!!
Der Kreisel-Globus.
 Neueste Konstruktion des Direktors **A. Schumann.**
4 Arkonis
 Schwebend-drei-Arkobaten.
Mlle. Bellonis dreifache **Kakadus.**
Luftpotpourri
 der 10 Personen Logg.
Antonet & Brock
 sowie die übrigen für Berlin neuen Spezialitäten.

Gr. Berliner Kunstausstellung 1910
 30. April bis 2. Oktober.
 Am Park täglich **Doppel-Konzert.**
 Eintritt: 10—8 Uhr 1 M., v. 6 Uhr ab 50 Pf., Sonntags 50 Pf. Donert. 6 Pf.

Zirkus Busch.
 Freitag, den 23. September, abends 7 1/2 Uhr:
Große Gala-Vorstellung.
 U. a.: Die berühmte Reiterfamilie **Frediani.** Herr Dir. **H. E. Orlando.** Freiheitsdressuren. **Mons. Velancho.** Fußballspielende Hunde. Gebr. Fratellini, urkomische Clownen. Herr Alfred Ott, Schulkreier. **Banola-Truppe!**
 Um 9 1/2 Uhr, zum 7. Male: **„VENEZIA“** (Marino Falleri). Original-Manegeschaustück.

Königstadt-Kasino.
 Polymarktstr. 72, Ecke Alexanderstraße.
Franz Sobanski.
 Elsa Para, Walter Klär, Geschwister Herrmann, Mstr. Adolph, Geschwister Aletta, Jongleure.
 Um 9 Uhr
 das Lustspiel: **Im Herbstwälder.**

CIRCUS CYRIL HALE
 Berlin N., Tegeler Str. (nächst Müllerstraße).
 Freitag, 23. September, abends 8 1/2 Uhr:
Großer Clown-Abend.
 Nichts als Lachen, Freude und Humor.
 Fernruf: A. Moabit 8212

Volgt-Theater
 Gesundbrunnen Badstr. 68
 Freitag, den 23. September:
Das Opferlamm.
 Schwan in 3 Aufzügen von Oscar Bolcher und Leo Stein.
 Kaffeneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Theater Sanssouci.
 Hochbahnstation Köpenicker Tor.
 32 Fahrverbind. aus allen Stadtteilen.
 Täglich:
 8 Uhr 15 Minuten:
Großer Varieté-Teil.
 5 neue Debüts.
 9 Uhr 30 Minuten die Fosse:
Nu hat's geschnappt.
 Von Oscar Sabe, Musik v. Paul Linde.
 !! Rauchen überall gestattet !!

Moabiter Gesellschaftshaus
 Wielestr. 24. Emdener Str. 40.
 Größtes
Kientopp-Theater
 Moabits.
 Wöchentliches neues Programm.
 Täglich Vorstellung. Anfang 8 Uhr.

Artus-Hof
 Perleberger Str. 23. Anf. G. Birnau.
 Freitag: **„Gros-Berlin“**
 Theater und Varietés-Ensemble.
 Dir.: Titus Reich v. Nollmanns H.
 8 Uhr: **Die Soldatenbraut.**
 Rudolf Wöbke, Mechan.: Dir. G. Reich.
 Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Lessing-Theater.
 Freitag 8 Uhr: Das Konzert.
 Sonntag 8 1/2 Uhr: Einfame Menschen.
 Sonntag 8 Uhr: Einfame Menschen.

Berliner Theater.
 Heute 8 Uhr: Gastspiel Hans Niese:
Das Musikantenmädel.

Neues Theater.
 Freitag:
Die goldene Ritterzeit.
 Anfang 8 Uhr.
 Sonnabend 3. 1. Male: Das Alter.

Modernes Theater
 (früher Hebbeltheater).
 Heute u. täglich: **Die Wespe.**

Berliner Volksoper
 Belfer-Allianz-Str. 7/8.
 Abends **La Traviata.**
 7 1/2 Uhr.

Theater des Westens.
 Anfang 8 Uhr.
Die schönste Frau.
 Sonnt. 3 1/2 Uhr: Ein Walzertraum.

Neues Operetten-Theater.
 Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Graf von Luxemburg.
 Operette in 3 Akten von H. R. W. Müller u. R. Bohndorff. Musik v. Franz Lehár.

Residenz-Theater.
 Direktion: Richard Alexander.
 Abends 8 Uhr:
Noblesse oblige.
 Schwan in 3 Akten von Desmeunier und Weber.
 Morgen und folgende Tage 8 Uhr:
Noblesse oblige.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
 Zum Schluss, neu:
„Im Mausloch“.
 Mittl. Komor. v. Weigel.
 Anfang
 mochenstag
 8 Uhr
 Sonntags
 7 Uhr.

Sung Park
TERRASSEN
HALENSEE
 Größter Vergnügungspark des Kontinents.
 Sonnabend, den 24. September:
Populärer Elite-Abend.
 Eintrittspreis 50 Pf.
Fest der Luna.
 Feenhafte Illumination des Parks und Sees.
3 Kapellen 3
 Konfettischlacht. Luftschlangen.
 Programmänderungen vorbehalten.

Karl Haverland-
 Anfang 8 Uhr. Theater. Kommandanten-
 präz. 8 Uhr. Straße 77/79.
Ganz neues Programm.
Hugo Römer prolongiert.

Walhalla-
Varieté-Theater
 Weinbergsweg 19-20, Rosenthaler Tor.
 Anfang 8 1/2 Uhr.
Die großen
 September-Spezialitäten.

Burgtheater-Kinematograph
 vorm. Groterjan, Ansb.: Rud. Merz,
 Schönhauser Allee 129. Tel. 3, 9353.
Lebende Photographien.
 Eintritt 30 u. 40 Pf., Kinder die Hälfte.
 Anf. 7 1/2 Uhr. Sonnt. 4 Uhr. Vorzugskarten,
 nur wochentl. gültig, 25 Pf. auf allen
 Bühnen. Stets wechsl. Programm.
Dienstag u. Freitag v. 4—6 1/2 Uhr
Kinder-Vorstellung. Kinder 10 Pf.
 Erwachsene 20 Pf. Neben Sonntag
 im Überfall: **Kinderkonzert.**
 Entree 15 Pf. Garderobe 10 Pf.

